

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando
 Vierteljahr 3,00 M., monatl. 1,00 M.,
 wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1,30 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Weiter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2,50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Original täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 7. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Trust der Farbensfabriken.

Während das furchtbare Ringen tobt und die Völker sich verbluten, vollzieht sich geräuschlos und für das große Publikum unbemerkt der Prozeß der kapitalistischen Entwicklung. So ging vor ein paar Tagen durch den Handelsteil der Presse eine kurze Notiz über die Bildung einer „Interessengemeinschaft“ zwischen den beiden Konzernen in der chemischen Großindustrie Deutschlands. Damit wurde faktisch der Trust in der chemischen Industrie, soweit sie auf die Teerfarbenherstellung basiert, perfekt. Es ist das eines der vollständigsten Privatmonopole, das die Welt aufzuweisen hat und verdient daher Beachtung.

Die Herstellung von Farben aus Bestandteilen des Steinkohlenteers ist ein verhältnismäßig neuer Industriezweig (die erste Anilinfarbe brachte der englische Chemiker Perkin 1856 auf den Markt). Die besonderen Verhältnisse brachten es mit sich, daß sich um diesen Zweig andere gruppierten (Herstellung von Arzneimitteln und anderen komplizierten chemischen Präparaten). Die fabelhaften Fortschritte der modernsten der Naturwissenschaften, der Chemie, kamen der Industrie im höchsten Grade zu gute, und der Witz ist dabei, daß die Resultate der Arbeit genialer Forscher den Kapitalisten nichts kosten. Allerdings — ein moderner Großbetrieb dieser Branche beschäftigt oft Hunderte von wissenschaftlich gebildeten Chemikern, aber deren Aufgabe ist es im Grunde nur, die Prinzipien, die dort gefunden werden, wo theoretisch wissenschaftlich gearbeitet wird — in den Laboratorien der Gelehrten, auf den Universitäten — praktisch auszumunten, um den Produktionsprozeß möglichst billig zu gestalten, durch patentierte Verfahren den Konkurrenten zuzuvorkommen. Diese Organisation zur Fruktifizierung der internationalen reinen Wissenschaft ist am zweckmäßigsten in Deutschland durchgeführt worden und darauf beruht der Vorsprung der deutschen chemischen Industrie. In dieser Industrie vollzog sich nun der Konzentrationsprozeß mit ganz besonderer Beschleunigung. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte dabei das Patentwesen. Während nämlich dem Kapitalisten, wie gesagt, die großen Erfindungen der theoretischen Wissenschaft unentgeltlich zur Verfügung stehen, ist er eifrig darauf bedacht, daß die — im Verhältnis mit jenen — kleinen Entdeckungen, die die in seinem Solde arbeitenden Chemiker machen, keinem Konkurrenten zugute kommen, und das spielt in dieser Industrie eine große Rolle. Ein Betrieb nun, der eine Anzahl rentabler Patente besitzt, kann beim Verkauf der garantierten Produkte Riesengewinne einheimen; das setzt ihn dann instand andere, nicht oder nicht mehr durch Patente geschützte Produkte umso billiger abzugeben, wenn die Konkurrenz es erfordert; Patente erwerben, in eigenen Laboratorien systematisch auf Entdeckung hinarbeiten lassen, kann aber der Großbetrieb leichter als der Kleinbetrieb, bei dem die Entdeckung Zufall ist. Das ist einer der Hauptgründe, warum bereits in den achtziger Jahren viele kleinere Fabriken mattrückgegangen waren. Außerdem sind auch in der chemischen Industrie die Vorteile der Betriebskonzentration besonders hoch anzuschlagen (vollkommene Ausnutzung der maschinellen Kraft und vor allem systematische Verwertung aller Abfall- und Nebenprodukte).

So war denn bereits um die Wende des Jahrhunderts die Konzentration in der Teerfarbenfabrikation und den damit zusammenhängenden Zweigen so weit fortgeschritten, daß nur noch einige Großbetriebe übrigblieben. Im Jahre 1905 schlossen sich drei von ihnen zu einem Konzern zusammen, gründeten eine „Interessengemeinschaft“, nämlich die der Farbensfabriken vorm. Friedrich Bayer in Elberfeld, die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen und die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin. Es werden dabei die Gewinne aller drei Gesellschaften zusammengeworfen und aus der Gesamtsumme erhalten die Elberfelder und die badische je 43 Prozent, die Berliner 14 Prozent. Gleichzeitig wurde der Austausch der Patente beschlossen, womit bezweckt wird, daß Patente, die Verfahren sichern zur Verbilligung der Produktion, Gemeingut der drei Gesellschaften werden. In der Praxis ergibt sich daraus eine Arbeitsteilung: jedes der drei Unternehmen hatte seine Spezialartikel, aber alle drei fabrizierten auch die gleichen gangbaren Anilinfarben und andere Artikel, für die die Patente bereits erloschen sind; naturgemäß hat man jetzt die Fabrikation dieser Artikel in jenem Betriebe konzentriert, der am besten dazu geeignet ist, die beiden anderen geben diesen Artikel auf. Selbstverständlich konkurriert man nicht mehr gegeneinander in bezug auf Risiko und Bezugsbedingungen. — Bald darauf vollzog sich der Zusammenschluß dreier anderer Gesellschaften: die Farbwerke vormals Meister, Lucius und Brüning in Höchst liierten sich mit den Farbwerken Leopold Cassella und Comp. in Frankfurt a. M. und der Aktiengesellschaft Sella u. Comp. in Biebrich, wobei ein Aktienaustausch der Gesellschaften stattfand und Vereinbarungen über den Bezug von Rohmaterialien, die Fabrikation und den Absatz getroffen wurden. Das Frankfurter Werk hatte nämlich bis dahin Galbsfabrikate freihändig gekauft, jetzt bezieht es sie von dem Höchstler Werk; ähnlich das Werk in Biebrich. Die Firma Cassella kaufte dann noch die Farbwerke Mühlheim vormals Leonhard auf.

So standen sich in letzter Zeit zwei Konzerne gegenüber: Elberfeld-Ludwigshafen-Berlin und Höchst-Frankfurt-Biebrich. Abseits stand nur noch die Aktiengesellschaft Chemische Fabriken vormals Weiler ter Meer in Herdingen. Jetzt schloßen sich die beiden Konzerne zusammen und auch die Herdinger Gesellschaft tritt der Vereinbarung bei. Diese besteht darin, daß ähnlich wie bei dem ersten Konzern jetzt für sämtliche Gesellschaften eine Verteilung des Gesamtgewinnes nach einem bestimmten Schlüssel stattfinden soll; dieser Schlüssel, das Verhältnis der Verteilung ist indessen noch nicht bekanntgegeben.

Rein formell betrachtet bleiben die einzelnen Gesellschaften wohl selbständig, denn jede von ihnen verfügt über ihre Betriebsverhältnisse, ihre Kapitalien und Profite. In Wirklichkeit haben wir es aber mit einem festgeschlossenen Trust zutun. Die Interessengemeinschaft schließt jeden Konkurrenzkampf aus, Lieferanten und Abnehmer stehen einem einheitlichen Willen gegenüber, Preise und Handelsbedingungen werden ihnen diktiert; die Produktion wird einheitlich geregelt; der Markt wird verteilt. Daß dieses Privatmonopol jemals gebrochen werden könnte durch Aufkommen neuer Unternehmungen, scheint so gut wie ausgeschlossen, denn ganz sicher würde der Trust alle seine Kräfte anwenden, um einem Konkurrenten, der seine Streife stören wollte, nicht aufkommen zu lassen. Dagegen ist es wohl denkbar, daß eine Ausbreitung des Monopols stattfindet. Es sind nämlich die Grenzen zwischen dieser auf der Teerfarbenfabrikation basierten chemischen Großindustrie und anderen Zweigen der chemischen Industrie nicht unüberwindlich. Es hat z. B. diese Industrie sich bereits der Produktion künstlichen Eidschiffes bemächtigt und andere Zweige können folgen.

Bemerkenswert mag noch sein, daß dieser Trust wohl der einzige ist, bei dem die Hochfinanz wenig oder gar nichts zu sagen hat. In den Direktionen und Aufsichtsräten findet man nicht, wie es in anderen Industrien üblich ist, die Namen der Vertreter der Großbanken. Diese werben um die Gunst der Potentaten der chemischen Industrie, nicht umgekehrt. Die Erklärung ist einfach: die chemische Großindustrie arbeitete von Anfang an mit hohen Profiten, das akkumulierte Kapital genigte daher zur stufenweisen Ausdehnung der Produktion; erschlitternde Krisen blieben dieser Industrie erspart, weil der Markt sich schneller erweiterte als die Produktion stieg; deshalb gab es hier nichts zu „Janieren“, die Banken fanden keinen Einschuß.

Die chemische Großindustrie ist in hohem Grade Exportindustrie. Nun haben bekanntlich während des Krieges in Amerika, in England, in Rußland, in Italien und selbst in Japan Bestrebungen eingesetzt, sich von dieser deutschen Industrie zu emanzipieren. In allen genannten Staaten, mit Ausnahme der Union, hat man für diesen Zweck staatliche Mittel mobil gemacht. Es kann also dahin kommen, daß der deutsche Trust den Kampf auf dem Weltmarkt gegen die während des Krieges entstehende fremde Konkurrenz wird aufnehmen müssen. Indes ist auch eine andere Entwicklung denkbar, nämlich das Fortschreiten zum Welttrust. Wir haben ja gerade in der chemischen Industrie ein Beispiel dafür, den internationalen Dynamittrust, wobei die Verdrängung von „nationalen Interessen“ bei der Herstellung von Sprengstoffen sicher dringender ist, als bei Herstellung von Anilinfarben und pharmazeutischen Präparaten. Voraussetzung wäre, daß der deutsche Trust nach Friedensschluß sich an der Entwicklung von Produktionsbetrieben in den einzelnen Ländern beteiligt. Freilich muß das nicht kommen, aber es ist möglich, daß es geschieht. Im anderen Falle ist mit einer Gefahr zu rechnen, die auch beachtet sein will: nimmt der deutsche Trust den Kampf auf dem Weltmarkt auf, dann kann er sich gezwungen sehen, im Auslande zu verlustbringenden Preisen zu verkaufen und diese Verluste würde er auf dem Inlandsmarkte einzubringen suchen, was aber auf die Industrien, die Teerfarben und andere Produkte des Trustes brauchen, sehr ungünstig einwirken kann, besonders soweit sie ihrerseits am Export beteiligt sind, um den Absatz auf fremden Märkten kämpfen müssen.

Für die Arbeiter schließlich bedeutet die Bildung des Trustes eine Schwächung ihrer Position. Ein Proletariat, gleichviel ob wissenschaftlich gebildeter Chemiker oder Handlanger, der sich in einem der Betriebe des Trustes „mischelig macht“ wird fortan todsicher in der chemischen Großindustrie keine Beschäftigung finden. Lohnkämpfe werden hier hoffnungslos sein denn je. Die Löhne und Gehälter sind aber in dieser Industrie, trotz der hohen Profite, die erzielt werden, eher niedriger, als in anderen Industrien.

Wilson und die deutsche Antwortnote.

London, 6. Mai. (W. T. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Der nichtamtliche Text der deutschen Note wird vom Präsidenten Wilson und dem Kabinett sorgfältig erwogen; die neuen Bedingungen an dem Kommandanten der deutschen Seestreitkräfte bilden besonders den Gegenstand der Erörterung. Es werde aber keine Erklärung über die Haltung der Regierung abgegeben werden, ehe Wilson über die Annahmbarkeit der deutschen Note entschieden habe, und dies werde kaum geschehen, ehe der amtliche Text eintreffe.

Amsterdam, 6. Mai. (W. T. B.) „Times“ erfährt aus Washington, daß man in dortigen amtlichen Kreisen energisch betone, Präsident Wilson sei nicht geneigt, seinen Standpunkt aufzugeben, daß der Unterjochbooskrieg, wie er jetzt geführt werde, aufhören müsse. Es sei nicht anzunehmen, daß Wilson auf weitere Verhandlungen eingehen werde, außer wenn Deutschland auf unabänderliche Weise zu erkennen gebe, daß es entschlossen ist, mit dieser Art Kriegsführung aufzuhören. Wenn Deutschland die von ihm geforderten Versprechungen gibt, so würde die erste ungeliebliche Torpedierung eines Schiffes unvermeidlich zum Abbruch der Beziehungen führen.

Washington, 6. Mai. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Nachdem die deutsche Note eingetroffen war, verlautete, daß Wilson wahrscheinlich nicht vor der nächsten Woche eine Entscheidung treffen werde. Aus den verschiedenen Ansichten, die in amtlichen Kreisen geäußert werden, geht das eine klar hervor, daß die Vereinigten Staaten noch wie vor den Meinungsanstausch mit den anderen Kriegsführenden als ohne Einfluß auf den Meinungsanstausch über das Verhalten Deutschlands betrachten müssen. Die meisten Beamten sind ärgerlich über den Ton der Note, haben aber das Gefühl, daß es nicht auf die Ausdrucksweise ankommt, wenn nur die Zusicherung eingehalten werde.

Neue Verletzungen des griechischen Hoheitsrechts.

Athen, 2. Mai. (Verspätet eingetroffen. W. T. B.) Das Ministerium des Innern erhielt vom Präfekten von Florina folgende Nachricht: Drei Kompanien Franzosen besetzten Florina, gerührten die Telephon- und Telegraphenanlagen, brachen in muslimische Häuser ein und verhafteten griechische Untertanen. Der Sekretär des österreichischen Konsulats in Monastir wurde von einer französischen Patrouille verhaftet, als er mit der Eisenbahn von Athen in Florina angekommen war. Trotz energischen Einschreitens der griechischen Behörden, die seine Freilassung verlangten, schleppten ihn die Franzosen mit sich und fuhren in der Richtung Saloniki ab. Die griechischen Militärbehörden in Saloniki erhoben bei General Sarrail Einspruch. Es verlautet, die griechische Regierung werde auf diplomatischem Wege ebenfalls Einspruch gegen diese Arankung des griechischen Hoheitsrechts erheben.

Der Chef der hiesigen britischen Marinemission Admiral Cardell und Kapitän zur See Lecht wurden nach England zurückberufen.

Athen, 2. Mai. (Verspätet eingetroffen. W. T. B.) Wie festgestellt worden ist, haben die Franzosen und die Engländer unter Verletzung der Roten-Kreuz-Flagge die Beförderung der serbischen Truppen bisher ausschließlich auf Lazaretttschiffen durchgeführt, um eine Torpedierung durch U-Boote zu vermeiden.

Bevorstehender Bruch zwischen Griechenland und Vierverband?

Sofia, 5. Mai. (L. U.) Aus Athen wird gemeldet: Die Lage wird immer kritischer. Die Bevölkerung ist über das englisch-französische Regime ungelassen. Infolge der Verhinderung der Lebensmittelzufuhr herrscht in mehreren Bezirken Lebensmangel; besonders in Griechisch-Mazedonien verlangt die Bevölkerung von der Regierung energische Maßnahmen. Die öffentliche Meinung ist sehr erregt. Die Presse schreibt im scharfen Ton gegen die Entente und richtet an die Regierung die Aufforderung, den unbalibaren Zuständen ein Ende zu bereiten. Die Regierung wird unter keinen Umständen den Transport der serbischen Soldaten gestatten. In dieser Frage behanden selbst denizellistische Blätter reservierte Haltung. Die Griechen hegen nämlich die Befürchtung, daß, wenn die Serben nach Saloniki gebracht werden, die Entente, die sich stets großmütig auf fremde Rechnung zeigt, Griechisch-Mazedonien Serbien zufügen wird. In hiesigen kompetenten Kreisen wird mit einem Bruch zwischen Griechenland und der Entente gerechnet.

Landung serbischer Truppen in Saloniki.

Athen, 2. Mai. (W. T. B.) (Verspätet eingetroffen.) Nach einer Meldung aus Saloniki sind dort zwanzigtausend Serben gelandet.

Barzilai gegen serbische Ansprüche.

Vasel, 6. Mai. (W. T. B.) Wie die Agenzia Stefani meldet, hielt Barzilai am Freitag in Genua eine Gedankrede auf den Zug der Tausend nach Sizilien. Ueber Serbien führte er darin aus: Es möge uns gestattet sein, in dieser Stunde um der erhabenen Sache der Entente willen ein aufrichtiges Wort an Serbien zu richten, von dem wir den Anschlag, der im Jahre 1913 gegen das Land geplant war, abgewendet haben, dessen Unabhängigkeit wir stets als unser eigenes Interesse betrachtet haben und dem wir ermöglicht haben, die Reste seiner Armee zu neuen Kämpfen zu sammeln. Serbien möge unverantwortlichen Agenten nicht gestatten, Programme

mit unmäßigen Ansprüchen zu entwickeln, und auf Grund von statistischen und historischen Angaben, die von Oesterreich gefälscht sind, in den Hauptstädten Europas das Programm der italienischen Forderungen abzuschwächen. Unsere nationalen Ansprüche haben ihre Wurzel in völkischen Gesichtspunkten, die durch geographische Gründe mit dem erhabenen Zweck der Landesverteidigung verknüpft werden. Die Interessen des Nationalismus und des Selbstschutzes sind nicht notwendigerweise gegensätzlich; es gibt vielmehr bei gegenseitigem Vertrauen einen offenen Weg für schließliche Verständigung.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 6. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Südlich von der Somme scheiterte ein vom Feinde verführter Handstreich auf die Gräben in der Gegend von Cauchy vollständig. Westlich von der Maas richteten die Deutschen gestern gegen Tagesende nach einer äußerst heftigen Beschließung einen starken Angriff auf die Stellungen nördlich von der Höhe 304. Der feindliche Angriff wurde auf der ganzen Front abge schlagen, und der Feind trat an einigen Stellen unseres vorderen Grabens zurück. Westlich von der Maas und im Nordost-Gebiete zeitweilig ausliegende Tätigkeit der Artillerie. Die Nacht war auf dem übrigen Teile der Front verhältnismäßig ruhig.

Paris, 6. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Die Kampfhandlungen wurden auf dem größten Teile der Front durch schlechtes Wetter behindert; es wird von dort nur Artillerietätigkeit gemeldet. Westlich der Maas dauerte die Beschließung an dem Abschnitt des Höhen 304 tagelänger mit zunehmender Heftigkeit an. In der Gegend des Waldes von Wocourt und des Gaurettewaldes weniger heftiges aber anhaltendes Geschützfeuer. Westlich der Maas und in der Voivre mäßige Artillerietätigkeit.

Orientarmee. Am 5. Mai, gegen 2 Uhr nachts, wurde ein Zeppelin, der Saloniki überflog, von den Geschützen der aktiveren Flotten herabgeschossen. Der Zeppelin fiel brennend in den Bosporus.

Belgischer Bericht. Nachdem die deutsche Artillerie von Tagesanbruch an ein heftiges Feuer gegen unsere Stellungen nördlich von Ebenstrade und Dignuland gerichtet hatte, folgte ein sehr heftiger Kampf mit Mörsern und Geschützen aller Kaliber. Wir haben bei der Beschließung der deutschen Linien feindliche Verteidigungsanlagen stark beschädigt und sie an mehreren Stellen zum Einsturz gebracht.

Die englische Meldung.

London, 6. Mai. (W. Z. V.) Britischer Heeresbericht. Der Feind ließ letzte Nacht bei Reuville Minen springen und heute eine Mine östlich von Albert, ohne daß sich die Lage geändert hätte. Nachts starke Artillerietätigkeit an den Ufern der Somme und gegenüber von Hulluch. Von heute ist nichts zu melden. Die Artillerie war wenig tätig, die Ergebnisse die gewöhnlichen. Gestern fanden Luftkämpfe statt. Die Deutschen zwei feindliche Flugzeuge, hinter den deutschen Linien niedergehen. Das eine ging in Krümmer; die Aufsätze unseres Flugzeuges feuerten auf die Aufsätze des deutschen Flugzeuges, nachdem dies gelandet war, und scherten darauf wohlbehalten zurück. Ein anderes feindliches Flugzeug wurde beschädigt. Wir verloren ein Flugzeug, das in den feindlichen Linien niedergehen mußte.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 6. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 5. Mai. Westfront: An der Dünafont Feuerwechsel. Im Abschnitt südlich des Biedens Krowo ließ der dort stattfindende heftige Artilleriekampf in der Nacht zum 4. Mai nach. Der Feind entwickelte lebhafteste Artillerietätigkeit am Dymoch-Kanal, besonders in der Gegend des Dorfes Wallischtscha. Südlich des Bahnhofes Olyla gingen unsere Truppen ein wenig vor und besetzten das besetzte Gelände. Ein durch heftiges Artilleriefeuer unterstützter feindlicher Gegenangriff war ohne Erfolg; ebenso waren die durch einen Feuerwechsel auf unsere Gräben in der Gegend der Eisenbahn Tarnopol-Jezierna gedeckten Angriffsversuche stärkerer feindlicher Gruppen vergeblich.

Kaukasusfront: In Richtung auf Walsurt wiesen wir einen neuen Angriffversuch der Türken auf einen Abschnitt unserer Stellung zurück. In Richtung Erzindjan machten unsere Truppen, nachdem sie in die feindlichen Gräben eingedrungen waren, viele Löcher mit dem Bajonet nieder und machten Gefangene. — Alle nördlichen Angriffe der Türken in Richtung Vitlis schlugen wir zurück.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 5. Mai. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Freitag. Auf der ganzen Front Artillerietätigkeit. Unsere Artillerie verstärkte ihr Feuer in der Gegend zwischen Tolbach und Junichen (im oberen Draintale). Ein feindlicher Mörser warf vier Bomben auf Limone (am Gardasee), ohne Menschen zu verletzen oder Schäden anzurichten. Versuche feindlicher Flugzeuge, in unser Gebiet einzudringen, wurden durch das Feuer unserer Artillerie und die schnelle Tagwischenkunft unserer Jagdgeschwader abgewiesen.

Cadorna.

Norwegen erhebt Beschwerde gegen die Beschlagnahme der Briefpost.

Antikiana, 6. Mai. (W. Z. V.) Die norwegischen Gesandtschaften in London und in Paris haben entsprechend der ihnen zugegangenen schriftlichen Anweisungen der Britischen und der französischen Regierung die Antwort der norwegischen Regierung auf das Memorandum betreffend die Beschlagnahme der Briefpost auf See übermittelt, das von den genannten beiden Regierungen Anfang April an die neutralen Regierungen gefandt worden war. Die norwegische Regierung vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß sie die Wichtigkeit der Auslegung der Haager Konvention von 1907, Ziffer 11, durch die britische und französische Regierung, nicht anerkennen kann und steht sich deshalb genötigt, über die Maßnahmen Bescheid zu erfahren, die von der französischen und der britischen Regierung im Widerspruch zu den Interessen der Neutralen getroffen wurden. Maßnahmen, welche auf die Durchsicht, das Festhalten und die Beschlagnahme von Artikeln hinführen, die in Briefen und Postbeuteln gefandt werden.

Der Heilige Krieg im nördlichen Sudan.

Konstantinopel, 6. Mai. (W. Z. V.) Nach hier eingetroffenen glaubwürdigen Nachrichten, hat der Imam von Darfur, Ali Dinar, den Heiligen Krieg gegen die Engländer verkündet. Er marschiert mit seinen Truppen und 8000 Kamelen gegen den nördlichen Sudan und treibt die englischen Streitkräfte, denen er auf seinem Marsche begegnet, in wilder Flucht vor sich her. Er plant im Vereine mit den Senussi vorzugehen. Die in einer Proklamation vom 5. April

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 6. Mai 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich und südlich von Armentieres waren Unternehmungen unserer Patrouillen erfolgreich; es wurden Gefangene gemacht und zwei Maschinengewehre, zwei Minenwerfer erbeutet.

Bei Givenchy-en-Chevise wurde ein englischer Angriff gegen einige von uns besetzte Sprengtrichter glatt abge schlagen.

Nordöstlich von Vienne-le-Chateau (Argonnen) scheiterte eine größere französische Patrouillenunternehmung nach Rahtamp.

Auf dem linken Maasufer spannen sich die Artillerie- und Infanteriekämpfe in Gegend südöstlich von Haucourt fort. Sie brachten uns wiederum einige Erfolge, ohne völlig zum Abschluß zu kommen.

Südlich von Warneton hat Bizfeldweber Frank am 4. Mai einen englischen Doppeldecker abgeschossen und damit sein 4. feindliches Flugzeug an der Gefecht gefest. Seine Majestät der Kaiser hat seiner Anerkennung für die Leistungen des tüchtigen Fliegers durch die Beförderung zum Offizier Ausdruck verliehen. Südöstlich von Diederhofen mußte ein französisches Flugzeug notlanden; die Insassen sind gefangen genommen.

Eine große Zahl französischer Zettelballons rief sich gestern abend infolge plötzlichen Sturmes los und trieb über unsere Linien; mehr als 15 sind bisher geborgen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Eins unserer Luftschiffe ist von einer Fahrt nach Saloniki nicht zurückgekehrt. Es ist nach englischer Meldung abgeschossen und verbrannt.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 6. Mai. (W. Z. V.) Amtlich wird verkündet:

Russischer Kriegsschauplatz.

Truppen der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand vertrieben südwestlich von Olyla die Russen aus einem unmittelbaren Vor der Front liegenden Waldchen.

Sonst keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Kampfaktivität war im allgemeinen gering, ein feindlicher Gegenangriff auf die von uns genommenen Stellungen am Kombo wurde abgewiesen.

Auf der Hochfläche von Lafran wurden die Italiener aus ihren vorgeschobenen Gräben nördlich unseres Wertes Usfern vertrieben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Oester, Feldmarschalleutnant.

enthaltene Mitteilung, daß die Engländer die Truppen des Imam geschlagen hätten, ist falsch. Vielmehr befinden sich die Engländer in wilder Flucht auf dem Rückzuge gegen den Nil, seitdem Truppen des Imam ihren Vormarsch gegen Norden fortgesetzt haben.

Englische Arbeiterorganisationen gegen die allgemeine Wehrpflicht.

London, 5. Mai. (Z. U.) Der schottische Gewerkschaftskongress in Glasgow nahm mit 66 gegen 16 Stimmen eine Entschließung an, in der gegen die allgemeine Wehrpflicht Einspruch erhoben wird. Der bekannte Antimilitarist Tom Mann erklärte, er wolle alles tun, um den Sieg der Alliierten zu sichern, bisher sei jedoch keinerlei Beweis dafür erbracht, daß die allgemeine Wehrpflicht unumgänglich notwendig sei.

In London hielten die Gewerkschaften, die lokalen Arbeiterorganisationen, die Sozialisten und die Arbeiterpartei in der Essex-Hall eine Protestversammlung gegen die allgemeine Wehrpflicht ab. In der Resolution wird der entschiedenste Widerstand gegen jeden Zwangsdienst ausgesprochen, sei er militärischer oder industrieller Natur. Außerdem wird die Einberufung einer großen nationalen Konferenz verlangt, um einen Widerruf des Wehrgesetzes herbeizuführen. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Unter lebhaftem Beifall erklärte das Unterhausmitglied Anderson, die Gegner der Wehrpflicht im Unterhause hätten, obgleich in der Minderheit befindlich, ihre Ansicht nicht gewechselt; er habe an der geheimen Sitzung teilgenommen und müsse aufrichtig sagen, er wisse wirklich nicht, warum diese hinter verschlossenen Türen stattgefunden hätte, eine Bemerkung, die lebhafteste Heiterkeit hervorrief. Der Vorschlag einer gemeinsamen Aktion aller Arbeiterorganisationen gegen die Wehrpflicht wurde angenommen.

Lord Curzon für den Krieg bis zum „Sieg“.

London, 5. Mai. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Lord Curzon sagte in einer Ansprache in einer konservativen Versammlung in London: Der Krieg kann noch ein Jahr oder auch zwei Jahre dauern. Ob er aber nun noch lange oder kurze Zeit währt, auf jeden Fall muß er gewonnen werden. Die Regierung und das Land werden ihn bis zu Ende durchfechten. Keiner der Alliierten wankt. Im Kabinett habe ich über vieles sprechen hören, aber das eine, das ich niemals erwähnen hörte, war der Frieden. Frieden ist ein Wort, das wir aus unserem Vorkriegsentfernt haben, bis der Sieg errungen ist. Die Ausrufungen Curzons wurden mit wiederholtem Beifall aufgenommen.

Neue Verurteilungen in Irland.

Dublin, 6. Mai. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Amtlich wird mitgeteilt, daß die Ablieferung der Waffen in befriedigender Weise vor sich geht. Gestern

wurden 36 Personen vor dem Kriegsgericht abgeurteilt. Drei Rebellen wurden zum Tode verurteilt, aber nur einer von ihnen wurde erschossen; den beiden anderen wurde die Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit verwandelt. Am 2. Mai wurden drei Personen zu je drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Rotterdam, 6. Mai. (W. Z. V.) Der „Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Die „Times“ berichtet, daß eine sehr wichtige Versammlung der irischen nationalistischen Partei für Dienstag im Unterhause einberufen ist. — „Daily Chronicle“ und „Daily News“ bringen Leitartikel über die neuerliche Hinrichtung von vier Rebellen. „Daily News“ sprechen die Hoffnung aus, daß man von keinen weiteren Hinrichtungen in Dublin mehr hören werde. Man dürfe keine neuen irischen Märtyrer mehr schaffen.

England und Japan.

Das englische sozialistische Blatt „Justice“ schreibt am 27. April: Japans Eintritt in den Krieg als Verbündeter Großbritannien ist von Anfang an ein zweifelhafter Vorteil für uns gewesen. Durch seine erfolgreiche Wegnahme von Kiautschou hat es die Möglichkeit gehabt, die es längst ersehnte, in China festen Fuß zu fassen, ohne daß es Japan viel gekostet hätte. Inzwischen hat es bereits diese Eroberung zu seinem Vorteil ausgenutzt. Jetzt beginnt man in Japan eine noch verhängnisvollere Feindseligkeit gegen Großbritannien zu zeigen. Vor kurzem hat der japanische Minister des Äußeren Baron Ishii im Oberhaus erklärt, daß die beiden Regierungen über japanische Auswanderung verhandeln. Hierbei befinden sich aber Bestimmungen in dem bestehenden Vertrage, so daß das Gerücht sich verbreitete, der bestehende Vertrag werde aufgehoben, und tatsächlich ist ein Preisfeldzug gegen das bestehende englisch-japanische Bündnis im Gange. In der Zeitung „Yamato“ (Tokio) erklärt Professor Raichō Zeit, daß es keine gemeinsamen Ideale zwischen England und Japan gäbe; er meint: Japan ist für Loyalität und Gerechtigkeit, Deutschland für Loyalität und Ungerechtigkeit, England aber nur für Eigennutz und Ungerechtigkeit. Unter den Zeitungen, welche sich gegen das bestehende englisch-japanische Bündnis aussprechen, gehören: „Kolumin“, „Yorobzu“, „Yamato“, „Chugai Shogho“ und „Sefai“ in Tokio und „Kajahi“, „Kainichi“ in Osaka.

Einberufungen in Holland.

Haag, 6. Mai. (W. Z. V.) Die Dienstpflichtigen des Milizjahrganges 1916 werden in der Zeit vom 16. bis 20. Mai in die Miliz eingereiht werden.

Die Kriegsgefangenenpost durch die Schweiz.

Eine vor kurzem veröffentlichte amtliche schweizerische Statistik gibt einen Überblick über den Umfang der durch die Schweiz geleiteten Kriegsgefangenenpost. Hiernach wurden durch das Postamt in Bern im Monat März 4 127 000 Briefe und Karten und 328 800 kleine Pakete nach Deutschland verandt; 3 337 100 Karten und Briefe und 225 050 Pakete nach Frankreich, 510 780 Briefe nach Oesterreich-Ungarn, 678 110 nach Italien, ferner viele Tausende von Sendungen nach England, nach der Türkei und nach Bulgarien. Insgesamt wurden demnach von diesem Postamt in Bern 8—9 Millionen Briefe und Postkarten und über eine halbe Million kleinere Pakete nach den verschiedenen kriegsführenden Staaten befördert. Wehrliche Ziffern weist der Postverkehr von Basel auf: 2 294 700 Pakete für englische und französische Kriegsgefangene in Deutschland, 188 972 für deutsche Kriegsgefangene in Frankreich, 307 für Kriegsgefangene in Japan usw. Was die Geldsendungen angeht, so wurden von Bern aus im Monat März befördert: 137 177 Postmandate über eine Summe von 1 480 802 Fr. für französische Kriegsgefangene in Deutschland, 62 000 Mandate für 814 201 Fr. für deutsche Kriegsgefangene in Frankreich; 9308 im Werte von 179 150 Fr. für österreichische Gefangene in Rußland usw. Insgesamt 316 218 Mandate über einen Gesamtbetrag von 4 176 466 Fr.

Der gesamte postalische Verkehr von September 1914 bis Ende März 1916 beläuft sich auf 99 897 454 Briefe und Postkarten, 5 729 064 kleine Pakete, 28 068 929 größere Pakete, 1 008 516 Postmandate im Gesamtwert von 3 097 400 Millionen, und 3 834 536 Postmandate über eine Gesamtsumme von 52 485 744 Fr.

Diejenigen Sendungen, die nicht portofrei sind, ergaben eine Portoeinnahme bis Ende März 1916 von 1 408 462 Fr. für Briefe und Karten, 881 937 Fr. für kleine Pakete, 11 549 465 Fr. für große Pakete, 803 158 für Postsendungen und 1 312 394 Fr. für Postmandate, was insgesamt eine Portoeinnahme von über 15 000 000 Fr. ausmacht. Hiervon entfallen auf Frankreich und England fast 13 000 000 Fr., auf Deutschland 2 000 000 Fr., auf Oesterreich-Ungarn 183 000 Fr., auf Italien rund 70 000 Fr. und auf Rußland etwa 190 000 Fr. (2)

Der russische

Ex-Kriegsminister Suchomlinow verhaftet.

Petersburg, 5. Mai. (W. Z. V.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der Senator Sogorodskij, der mit der Untersuchung der Angelegenheit des ehemaligen Kriegsministers Suchomlinow, der des Mißbrauchs seiner Amtsgewalt, verbrochener Fahrlässigkeit, der Verschleierung der Wahrheit in seinen Berichten und des Hochverrats beschuldigt wird, beauftragt ist, hat Suchomlinow am 3. Mai in seiner Wohnung verhaftet. Er erklärte es nach der Vernehmung für notwendig, Vorbeugungsmaßnahmen gegen Suchomlinow zu ergreifen, namentlich ihn zu verhaften. Suchomlinow wurde am selben Tage in der Peter-Paul-Festung interniert.

Die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland

erhalten aus ihrer Heimat wenig Unterstützung. Warum das der Fall ist, darüber klären gelegentliche Auslassungen in der russischen Presse auf, deren zufolge die in Gefangenschaft geratenen Russen ihre Pflicht nicht getan haben sollen.

Wie die „Wschewija Wjedomosti“ vom 22. März berichtet, hat ein gefangener Russe aus Deutschland der Abteilung für Kriegsgefangene des Petersburger Bezirksauschusses vom russischen Städteverband dem niederträchtigen Gefühl Ausdruck gegeben, welche die vorliegende Auffassung bei den gefangenen Russen hervorgerufen hat und hervorrufen mußte.

„Viele von uns“, schreibt der Kriegsgefangene, „die in deutsche Gefangenschaft geraten, haben dies nicht aus Feigheit getan und wir leben dort in der Hoffnung, daß man in Rußland von uns nicht wie von Verrätern spricht.“

Das wird aber dem gefangenen Schreiber und seinen Schiffsgesellen wohl wenig helfen, wenn bis in die höchsten russischen Kreise hinein die Auffassung besteht, die der Gefangene bekämpfen möchte. Dieser Auffassung hat in jüngster Zeit ein russischer Gouverneur dadurch schärfsten Ausdruck gegeben, daß er in seinem Bericht die Verarmung von Soldaten für Kriegsgefangene Russen kurzer Hand verbot. (2)

Die Perspektiven des Krieges.

Genosse J. Bilchki schreibt im russischen Arbeiterblatt „Kajsch Wolos“ (Samara):

„Einige sehr naive Leute glauben, der jetzige Krieg werde der letzte sein; wenn wir den deutschen Militarismus schlagen, sagt man auf der einen Seite, so wird der Frieden auf Erden einzutreten; wenn wir die englische Seeherrschaft brechen und ein freies Meer schaffen, vertritt man auf der anderen Seite, so wird Ruhe und Frieden herrschen.“

Allein gerade der jetzige Krieg hat deutlich gezeigt, daß er zahlreiche keine künftiger Verwicklungen in sich birgt. Der hochentwickelte Kapitalismus ist den nationalstaatlichen Rahmen entzogen, die in der vorberühenden kapitalistischen Epoche entstanden sind; er strebt nach Schaffung gewaltiger Weltmächte, die ganze Gebiete mit hunderten Millionen von Einwohnern umfassen ...

Es entstehen Staaten mit einem bis zum äußersten entwickelten Kapitalismus, der nach neuen Märkten gierig, seinen Einfluß unaußhaltbar zu erweitern sucht, in zahlreichen Verbänden organisiert ist und von der ganzen Macht der Staatsgewalt gestützt wird. Zur Aufrechterhaltung der ungeteilten Herrschaft im Lande selbst werden die bestehenden Zollmauern zwischen den Weltmächten demohrt oder neu geschaffen. Das notwendige Ergebnis einer solchen Politik ist ein Handelskrieg und damit auch ein wirklicher Krieg.

Der Imperialismus will aber die Erfahrungen des jetzigen Krieges in allen Beziehungen annehmen. Er stellt sich eine Weltmacht nicht anders als bis zu den Jähren bewaffnet vor. Doch damit nicht genug. Der Militarismus dringt in alle Gebiete des Lebens ein: in Wirtschaft, Schule und Wissenschaft.

In Anbetracht der ungeheuren Bedeutung der Schwebegraben im Kriegesfeld ist die Imperialisten das künftige Europa nur in Form von Kriegslagern vor, die durch eine ununterbrochene Kette von Kämpfen, Drohverhören und Forts voneinander getrennt sind. Innerhalb des Landes befinden sich ungeheure Kriegsvorratshäuser, in denen Getreide, Fleisch, Baumwolle, Wolle, Kohle usw. für die Dauer von zwei bis drei Jahren aufgespeichert werden.

Auf diese Weise wird der Staat auch in Friedenszeiten eine enorme Rolle im Handelsverkehr spielen. Auch seine Rolle in der Industrie wird bedeutend wichtiger werden. So viel man auch die notwendigen Bedarfsartikel besteuern sollte, die so gewonnenen Beträge werden nicht ausreichen, um die Kosten der Kriegsanforderungen zu decken ...

Neben den Staatsmonopolen werden in den Weltmächten die Trusts und Syndikate noch mehr als bisher zur Hilfe gelangen; denn je größer das Tätigkeitsfeld der vereinigten Unternehmer, desto intensiver entfaltet sich ihre Tätigkeit ...

Das Kapital strebt nach ungezügelter Herrschaft und Vernichtung aller geschichtlichen und nationalen Grenzen ... Die Sicherung der internationalen Herrschaft des Kapitals — das ist das Ziel und der Zweck des Imperialismus, d. h. des Kapitalismus in seiner vollendeten Form.

Politische Uebersicht.

Nach dem Kriege?

Die „Voss. Zig.“ macht folgende Mitteilung:

„Im Wahlverein der Fortschrittlichen Volkspartei zu Stettin hat jüngst, wie uns geschrieben wird, Justizrat Lippmann-Stettin über die Tätigkeit des Landtags Bericht erstattet. Er behandelte aber auch die Frage der Wahlreform und führte dazu u. a. aus: Ich glaube mitteilen zu dürfen, daß wir, d. h. die drei Vorstandsmitglieder der Fortschrittlichen Fraktion im Landtag, einige Wochen vor dessen Eröffnung beim Reichskanzler waren. Wir wollten ihn fragen, ob die Regierung genehmigt sei, eine Wahlreform zu machen und dem Volke weitere Rechte zu geben, und wenn ja, wann und wie die Regierung diese Dinge in die Wege leiten wolle. Aus der fast einstündigen Audienz haben ich und meine Freunde die bestimmte Ueberzeugung mitgenommen, daß der Mann, mit dem wir sprachen, wirklich willens ist, eine solche Reform zu machen, daß er voll anerkennt, daß es ein Gebot der Stunde, der nächsten Stunde ist. Daß während des Krieges eine Wahlreform nicht gemacht werden kann, ist selbstverständlich. Aber die Thronrede, so sagte Justizrat Lippmann, gibt die Hoffnung, die Gewißheit, daß sie nach dem Kriege kommen wird.“

Die „bestimmten“ Ueberzeugungen, die „Gewißheiten“ liberaler Politiker haben schon oft getäuscht. Die Verurteilung Lippmanns auf die Thronrede muß besonders ruhig machen; denn schon einmal ist das Versprechen einer Thronrede (1908) unerfüllt geblieben.

Gründe billig wie Brombeeren.

Oegen die Novelle zum Reichsvereinsgesetz, die auch die Zulassung von jugendlichen Personen unter achtzehn Jahren zu nichtpolitischen Vereinen vorseht, erhebt die „Kreuzzeitung“ die allerschwersten Bedenken erzieherischer und religiös-sittlicher Art:

... denn die Schwierigkeit einer glatten Unterscheidung von wirtschafts- und sozialpolitischen Vereinigungen und politischen Vereinen wird sich in der Praxis kaum überwinden lassen. Durch das Hineintragen einer politischen Agitation in die jugendliche Seele muß aber unbedingt das sittlich-religiöse Fundament unseres Volkes aufs schlimmste gefährdet werden, und dies um so mehr, als gerade jetzt im Kriege der Jugend in ihren läuternden Entwicklungsjahren eine kraftvolle erzieherische Leistung und Beratung meist fehlt. Darum ist es dringend zu wünschen, daß bei der Beschlußfassung über diese dem Reichstage vorgelegte Novelle zum Vereinsgesetz angedacht ihrer einschneidenden Bedeutung für unser kulturelles Volksleben nicht bloß Erwägungen politischer Natur, sondern in erster Linie die Rücksicht auf die Bewahrung der Jugend vor neuen Gefahren im Blick auf ihre sittliche Erhaltung maßgebend seien.“

Nicht irgendeine Agitation, sondern die wirtschaftlichen und sozialen Zustände haben das „sittlich-religiöse Fundament“ der Jugend erschüttert. Aber die „Kreuzzeitung“ wird wenig Laune haben, auf diese tieferen Zusammenhänge einzugehen. Ihr genügt es, irgendeinen Vorwand zu finden, um die Teilnahme von Jugendlichen an Vereinen zur Debung der geistigen und wirtschaftlichen Lage dieser Jugendlichen zu vereiteln.

Reichsvereinsgesetz und religiöse Vereine.

Auf Anlaß der Novelle zum Reichsvereinsgesetz hat der Vorsitzende des Bundes freier religiöser Gemeinden Deutschlands an Bundesrat und Reichstag eine dringende Vorstellung gerichtet, die ungenügende Ausnahmestellung der religiösen Vereine in einzelnen Bundesstaaten, wie z. B. in Preußen, beiseite zu wälzen: „Soweit die religiösen Vereinigungen nicht korporationsrechte haben, unterliegen sie noch allen Härten des alten preussischen Vereinsgesetzes, die sonst allgemein beseitigt sind. Sie haben sämtliche Vereinsmitglieder bei der Polizei anzumelden, müssen noch die schriftlichen Versammlungsanzeigen einreichen usw. Sie sind also z. B. untreuer gestellt, als selbst die politischen Vereine. Das dürfte kaum in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben, als er im Reichsvereinsgesetz so viele Erleichterungen brachte und die

religiösen Vereine wohl nur deshalb der Landesgesetzgebung überließ, weil speziell kirchliche Vereine darin noch weitreichende Privilegien genießen. Die empfindliche Fikse, die für die nicht mit korporationsrechten ausgestatteten religiösen Vereinigungen damit geschaffen worden ist, dürfte in der Jetztzeit mit in erster Linie zu beseitigen sein, da die religiöse Gleichberechtigung und Freiheit aller Deutschen, die immer eine höhere Frage war, jetzt ganz besonders der entgegenkommendsten Würdigung bedarf.“

Die Angstmacherei vor dem „Auslande“.

Die amtliche Korrespondenz für Ernährungsfragen“ wandte sich in einer Notiz „Kritik und Gewinninteressen“ gegen die Zeitungskritik der staatlichen Maßnahmen in der Lebensmittelfrage. Das amtliche Organ wird von der „Täglichen Rundschau“, die den Lebensmittelwucher anerkennend-erweiternd immer mit Entschiedenheit bekämpft hat, scharf abgefertigt. U. a. schreibt die „Tägliche Rundschau“:

„Es ist furchtbar nett von der amtlichen Korrespondenz, daß sie so gütig voraussetzt, die Kritiker an den unerhörten Zuständen, die auf unserem Nahrungsmittelmarkt seit Jahr und Tag unter der pfleglichen Duldung durch unsere nicht aus ihrem Amtskämmlertrab zu bringenden Behörden sich herausgebildet haben, hätten nicht die Absicht, das Vaterland zu verraten und den Feinden den Mut zu stärken. Es widerspricht aber glatt den Tatsachen, wenn die Korrespondenz behauptet: „An eine Unterbindung der Kritik hat niemand gedacht“. Die Wahrheit ist, daß man sich lange Zeit sehr lebhaft an der Unterbindung der Kritik bemüht hat, offenbar aber fühlt man seit einiger Zeit, daß man auf die Dauer dem angekauften Wah von Empörung ohne Gefahr nicht jede Möglichkeit des Ausbruchs verlagern kann ...“

Die „Tägl. Rundschau“ kritisiert sodann die Regierung mit ihren „Wach-mir-den-Helz, mach-mich-nicht-nach“-Methoden und fährt fort:

„Mit der ewigen Angstmacherei vor dem „Eindrud im Auslande“, mit der man immer wieder und in allem und jedem die Unzulänglichkeit unserer Regierung vor gedächter Kritik sichern möchte, sollte man sich doch nicht mehr kommen. Das heißt immer wieder die Symptome unterdrücken wollen, statt die Krankheit zu heilen ... Daß wir deshalb aufhören sollten, die Kriegswirtschaft unserer Regierung eine betrübende Unzulänglichkeit zu nennen, ist eine sehr naive Zumutung. Im Gegenteil, es wird immer notwendiger und immer mehr gebieterische Pflicht, gegen diese bewährte Unzulänglichkeit zu wirken.“

Großhändlermonopole.

Wer die Anzeigen unserer großen Blätter liest, ist überrascht, welche Riesensummen auf der verschiedensten Waren in einzelnen Händen zusammengestapelt sind. Um einige Beispiele aus nur einer Nummer eines großen Blattes zu erwähnen: Eine Firma bietet 500 Kilo Blockschokolade, 10 000 Kilo Schokoladenpulver, 2000 Dosen Leberwurst, 10 Zentner Käse, jedes Quantum Milchpulver, Pfannkuchen usw. an; eine andere Firma bietet Marmelade, Schokolade und Seife „nur englos an Selbstkäufer“ an. Ein dritte Firma bietet 25 000 Kilo Himbeerlast, 3000 Kilo roten Zitronensaft, 6000 Kilo eingekochten Zitronensaft, 6000 Kilo Dörrengemüse, 24 000 Kilo Milchschokoladenpulver an und er bietet sich zur Abnahme „jeden Postens“ Schokoladenpulver, Dörrengemüse und Dörrobst, Fleisch und Butterschmalz. Auf fallend ist die merkwürdige Zusammenstellung; Blockschokolade wird neben Leberwurst, Himbeerlast wird neben Dörrengemüse, Dörrengemüse und Schokoladenpulver, Schokolade und Marmelade neben Seife offeriert. Die Anbieter müssen Kapazitäten in der pfleglichen Behandlung und Lagerung so grundverschiedener Dinge sein, andernfalls mühte man annehmen, daß ihnen, und was bedeutend schlimmer ist, unserer Nahrungswirtschaft ungeheure Nahrungswerte verderben. Voller muß man annehmen — viele Verkaufsgebote großer Mengen verdorbener Fleischwaren beweisen es — daß letzteres der Fall ist. Es handelt sich um Riesensummen, die da in einzelnen Händen sich befinden, und deren Preis somit entsprechend reguliert werden kann — die meisten derartigen Offerten tragen den Vermerk: „Nur gegen Höchstgebot“. Hier liegt wirklich ein dringendes, öffentliches Interesse vor, einzuführen und die Monopolstellung bestimmter Großhändler zu durchbrechen. Unter heutigen Umständen haben wir nicht das geringste Interesse daran, daß einzelne starke Hände zusammenlaufen, was uns allen nottut. Behörden und Preisprüfungsstellen würden gut tun, die Handelsteile der großen Blätter auf solche Anzeigen hin sich genauer anzusehen, und überall da in schärfster Weise einzuschreiten, wo es sich um Wahrung eines öffentlichen Interesses handelt.

Einheitliche Regelung der Fleischversorgung in Bayern.

In Bayern ist seit dem 1. Mai die Fleischkarte eingeführt. Begleitend mit dem 15. Mai 1916 hat nun das bayerische Staatsministerium neue Anordnungen erlassen, durch die eine einheitliche Regelung der Fleischversorgung gesichert werden soll.

Der Bayerischen Fleischverorgungsstelle wird die Regelung des Verkehrs mit Vieh jeder Art, Geflügel, Kaninchen, Wild, Fleisch und Fleischwaren und die Beschaffung des Viehs für die Truppen, Lazarette, Gefangenlager und die Kommunalverbände übertragen. Die Fleischverorgungsstelle kann mit Genehmigung des Ministeriums des Innern Höchstpreise für Vieh jeder Art, Fleisch und Fleischwaren usw. festlegen.

Die Fleischverorgungsstelle verteilt die für Bayern von der Reichsfleischstelle zugelassenen Schlachtungen auf die Kommunalverbände. Diese verteilen die auf sie entfallenden Schlachtungen auf die Gemeinden oder auf die Metzger ihres Bezirkes. Die Schlachtungen von Rindern, Schweinen und Schafen darf nur auf Grund eines vom Kommunalverband ausgestellten Schlachtbescheides erfolgen.

Die Kommunalverbände und die Gemeinden können die Metzger ihres Bezirkes zu Zwangsverbänden zusammenschließen. Sie können auch die Schlachtungen und den Abfall des Fleisches selbst übernehmen und haben Fleischpreise zu erlassen.

Der Ankauf von Schlachtvieh zur Deckung des Bedarfs der Zivilbevölkerung erfolgt durch die Kommunalverbände, gegebenenfalls durch die von der Bayerischen Fleischverorgungsstelle aufgestellten Kommissionäre und deren Bevollmächtigten (Unterkauf) für Rechnung der Kommunalverbände.

Eine Verfassungsfeier.

Die Tatsache, daß am 5. Mai die sachsen-weimariische Verfassung 100 Jahre alt wurde, gab Anlaß zu einer Feierlichkeit und zu großen Dankesandgebungen der bürgerlichen Landtagsabgeordneten Sachsen-Weimars an den Großherzog. Die sozialdemokratischen Abgeordneten lehnten die Beteiligung an diesen Kundgebungen ab.

Staatsbevilligung in Jülich.

In der Stadt Jülich i. V. haben die Sozialdemokraten dem Haushaltsplan 1916 zugestimmt unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die vorliegenden Eingaben der Hilfskommission und der städtischen Arbeiter um Erhöhung der Feuerungszulage zustimmend erledigt werden. Der Haushaltsplan balanciert in Einnahme und in Ausgabe

mit 4 724 508 M. gegen 2 562 200 M. im Vorjahre. Diese Erhöhung ist auf das betrübliche Anwachsen der Kriegsunterstützungen aller Art zurückzuführen. Wenn trotzdem nur eine Erhöhung des Umlagenjahres um 5 Proz. (von 100 auf 105 Proz.) eintreten brauchte, so ist das der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung der städtischen Werke zuzuschreiben. Statt der bei der Staatsausstellung befürchteten Defizite wurde ein Ueberschuß bei dem Gas-, dem Elektrizitäts- und Wasserwert von zusammen 395 744 M. erzielt. Leider ist dieser günstige Umlagenjahre zum Teil darauf aufgebaut, daß die bürgerlichen Parteien im Jahre 1915 eine Erhöhung der Gaspreise um 20 Proz., eine solche der Strompreise von 10 Proz. durchsetzten und dadurch die Konsumenten zugunsten einiger großer Umlagenzahler mit indirekten Abgaben schwer belasteten.

Zur Versorgung mit Kaffee.

Berlin, 6. Mai. (W. T. V.) Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. in Berlin, Wallerstraße 14, macht bekannt, daß Aussicht besteht, den Kaffee-Verkehr, deren Betriebe infolge der neuen Verhältnisse stilllegen, ersatzweise Getreide zum Rösten zuzuteilen. Voraussetzung für die Zulassung von Getreide zur Herstellung von Kaffee-Ersatzmitteln ist, daß die hierzu notwendige technische Einrichtung vorhanden ist. Kaffeeeröstereien, die eine solche Einrichtung nachweisen können, wollen einen entsprechenden Antrag an den Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. richten.

Der genannte Kriegsausschuß macht ferner bekannt, daß Kaffee-Ersatz- und Zusatzmittel G. m. b. H. von den Verkäufern nicht zurückgehalten werden dürfen. Die Abgabe an den einzelnen Verbraucher darf ein Pfund auf einmal nicht übersteigen. Wer dem Vorstehenden zuwiderhandelt, hat die Inhaberfirma dieses Teiles seines Handelsbetriebes auf Grund der Bekanntmachung vom 22. September 1915 (R. V. M. S. 603) zu gewärtigen.

Besteuerung der Nebergewinne.

Die schwedische Regierung unterbreitete dem Reichstag ein Verschickungsabgabengesetz, von dem ein Ertrag von 5 250 000 Kronen erwartet wird.

Die Needer der neutralen Staaten haben durch den Krieg gewaltige Profite erzielt, die nun in Schweden durch ein besonderes Verschickungsabgabengesetz teilweise den Staatsfinanzen zugute kommen sollen.

Streikrawalle in Pittsburg.

Ein Sonderberichterstatter des „Secolo“ meldet: In zahlreichen Metallwerken Pittsburgs sind Streiks ausgebrochen. Die Truppen feuerten auf die Arbeiter der Tompsonwerke, von denen 7 getötet und 20 verwundet wurden. Darauf dehnten sich die Unruhen auf die ganze dortige Arbeiterchaft aus. Der Gouverneur verlangte telegraphisch zwei Regimenter zur Unterstützung.

Kriegsbekanntmachungen.

Kriegsgefangenenpakete nach Rußland.

Wegen Eingangs auf dem Torneostrom kann die schwedische Postverwaltung jetzt Kriegsgefangenenpakete nach Rußland nicht weiterbefördern. Solche Pakete sind daher bis auf weiteres von der Annahme bei den Postanstalten ausgeschlossen.

Letzte Nachrichten.

Der Verlust eines Zeppelins über Saloniki.

Saloniki, 6. Mai. (W. T. V.) Neuester Meldung. Der Zeppelin erschien ungefähr zwei Uhr morgens. Ein Kriegsschiff im Hafen schoß drei rote Feuerkugeln ab. Einige Sekunden später bestrahlte ein Scheinwerfer den Angreifer, der gerade über der Mitte der Stadt war. Eine Granate folgte. Französische Brandgranaten erhellten die ganze Stadt. Der Zeppelin setzte seinen Kurs gegen die See fort und bot den Kriegsschiffen ein gutes Ziel. Er stieg hoch auf und nieder, fuhr im Hidsch und verdammt schließlich. Er hatte sich offenbar selbst in eine Dampfvolle gefüllt. Dann wurde plötzlich einmal ein scharfer Knall vernommen, dem eine helle Flamme folgte. Ein französischer Flieger, der in der Finsternis ausstieg, behauptet, das Luftschiff mit zwei Bomben getroffen zu haben.

London, 6. Mai. (W. T. V.) Amtlich. Vizeadmiral de Robet meldet: Die Ueberlebenden der Besatzung des bei Saloniki abgeschossenen Zeppelins, vier Offiziere und acht Mann, wurden zu Gefangenen gemacht.

Das Vorgehen der Entente-Truppen in Griechenland.

Athen, 6. Mai. (Vom Berichterstatter des W. T. V.) Es wird bestätigt, daß die Franzosen nach ihrer Magia in Florina einen Vorstoß auf dem Vahudof zurückgelassen und so die Befestigung der Bahn Saloniki-Florina vollendet haben. Seit einiger Zeit war bereits das Bestreben der Engländer und der Franzosen erkennbar, die Front in Mazedonien nach Westen auszuweichen. So wurde der Streifen von einer französischen Division überföhrt und in Ughosani ein Stabsquartier eingerichtet. Neue Kräfte, die auf Florina zu verhöben werden, lassen die endgültige Besetzung dieser Stadt als bevorstehend erscheinen.

Ein parlamentarischer Ausbruch der Ententemächte.

Bern, 6. Mai. (W. T. V.) Einer Sondermeldung vom „Zeit Parisien“ zufolge ist in Rom im Auftrag eines aus der Kammer und dem Senat gebildeten interparlamentarischen französisch-englischen Ausschusses Franklin-Bouillon eingetroffen, um mit den italienischen Kollegen über die Mittel zur Bildung eines ständigen Ausschusses zu beraten, dem sich Italien und später auch Rußland anschließen sollen. Die Versammlungen sollen alle drei Monate stattfinden. Franklin ist bereits von Romino empfangen worden.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

Budapest, 6. Mai. (T. U.) Nach einer kühnen Meldung verhandelte die englische Regierung den rumänischen Botschafter Konstantinow, daß England die von Rumänien bestellten 700 000 Sacke nach Bladiwohod abgehandelt habe. Der rumänische Gesandte Dyamandi verhandelt jetzt in Petersburg wegen des Transports der Sacke nach Rumänien.

Nach dem „Sofioter „Mito“ haben neuerlich wirtschaftliche Verhandlungen zwischen Rumänien und Bulgarien begonnen, die einen günstigen Verlauf nehmen.

Die „Tagespost“ meldet, daß die rumänische Regierung, die Verhandlungen mit England abgeschlossen haben, seitdem in Konstantza eine Vereinbarung mit der Türkei wegen Lieferung von 150 Waggons Wehl getroffen haben.

Todesstrafe eines französischen Fliegers.

Bern, 6. Mai. (W. T. V.) Die „Zeit Journal“ meldet, hat sich auf dem Flugfeld von St. Renehoub ein tödlicher Unfall des Piloten Georges Suisse ereignet, der von einer Jagd auf deutsche Flugzeuge niedergehend, sich mit seinem Apparat überschlug und vom Motor erdrückt wurde.

Gewerkschaftliches.

Die gewerkschaftliche Internationale ist nicht tot.

Das Züricher „Volkrecht“ schreibt: So tief bedauerlich auch das Verhalten eines großen Teiles sowohl der deutschen wie auch der französischen und englischen Gewerkschaftsführer und der Gewerkschaften selbst in ihrer Stellung zum Krieg ist, die gewerkschaftliche Internationale ist dennoch nicht tot. Das zeigt nicht nur der Verbandstag der schweizerischen Holzarbeiter und die dort angenommene Kundgebung; das geht auch aus dem Schreiben hervor, das der Holzarbeiterverband auf die Einladung zum Verbandstag hin vom Vorstand des englischen Möbelarbeiterverbandes erhielt. Das Schreiben lautet:

„Der Vorstand des englischen Möbelarbeiterverbandes bedauert, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Entsendung eines Delegierten nicht möglich ist“, und fährt dann fort:

„Nichtsdestoweniger senden wir Euch unsere besten Wünsche für eine erfolgreiche Tagung, und wir glauben ebenso fest an die Macht der Internationale wie vorher. Wir sehen voraus, daß unser Anteil an internationalen Werk ebenso wichtig für uns alle sein wird, als vor der durch den Krieg verursachten Unterbrechung. Wir glauben ebenso wie vorher, daß die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt die gleichen sind, und daß wir gegen die gemeinschaftliche Unterdrückung durch den Kapitalismus vereint bleiben müssen.“

Mit besten Grüßen verbleibt in Brüderlichkeit
(z) ges.: A. Goffio, Generalsekretär.“

Berlin und Umgegend. Der Kern der Sache.

Die Freitagsnummer des „Vorwärts“ brachte eine Auslassung des Herrn Rosseano, die sich als Verächtlichung eines von mir verfaßten Veranlassungsberichtes darstellt, ohne jedoch etwas zu berücksichtigen. Dagegen ist Herr Rosseano um den Kern der von ihm angeschnittenen Streitfrage herumgegangen. Es handelt sich um folgendes:

Vor der Schlichtungskommission wurde festgestellt, daß er für Drillschloßen zwischen 30 und 40 Pf. Arbeitslohn gezahlt hatte, während das Bekleidungsamt dem Lieferanten vorgegeschrieben hatte, einen Arbeitslohn von 1,05 M. für diesen Artikel zu zahlen. Die Bezahlung des Bekleidungsamtes ist so berechnet, daß eine tüchtige Arbeiterin dabei in der Woche 24 M. verdienen soll. Herr Rosseano zahlte einen Lohn, bei dem sie bei regulärer Arbeitszeit im besten Falle auf 8—10 M. in der Woche zu kommen vermag.

Wenn Herr Rosseano das Unrecht einer solchen Handlungsweise nicht einsieht, so ist mit ihm darüber nicht zu streiten.

G. Reule, Richter-Statler.

Deutsches Reich.

Der Töpferverband im Jahre 1915.

Der Töpferverband zählte am Schlusse des Jahres 1915 noch 3340 Mitglieder. Bei Ausbruch des Weltkrieges betrug der Mitgliederbestand 10337. Demnach beträgt der Gesamtanhang an Mitgliedern während des Weltkrieges bis zum Jahreschlusse 1915 6997. Der Hauptteil davon sind Kriegsteilnehmer. Rechnen wir die während der Kriegszeit vollzogenen Neueintritte davon ab, dann er-

gibt sich immer noch, daß 2048 Mitglieder seit dem 1. August 1914 dem Verbanne ohne zwingende Gründe den Rücken gekehrt haben.

Verhältnißlich wirkt im Verwaltungsbericht der Stand der Verbandskasse. Angehends des gesunkenen Mitgliederbestandes sind zwar die Einnahmen rapid gesunken, jedoch ist das gleiche auch bei den Ausgaben der Fall. Im Jahre 1914 betrug die Gesamteinnahme der Hauptkasse abzüglich der an die amtlichen Verwaltungsstellen geleisteten Zuschüsse 257 699,50 M., im Jahre 1915 nur 134 178,70 M. Also ein ganz gewaltiger Rückgang an Einnahmen, vor allem bei den Mitgliederbeiträgen, die im Jahre 1914 240 448,74 M., 1915 dagegen nur 125 408,11 M. einbrachten. Dafür sind aber die Ausgaben entsprechend zurückgegangen. Sie betragen im Jahre 1914 298 005,98 M., im Jahre 1915 nur 148 924,58 M. Am Schlusse des Jahres 1914 hatte der Verband einen Kassenbestand von 337 023,39 M., am Schlusse des Jahres 1915 von 322 115,95 M., davon allein in der Hauptkasse 317 669,91 M. Alle bisher gemachten Erfahrungen und Zukunftsalkulationen lassen den Schluß zu, daß die Verbandskasse nicht nur bis Friedensschluß alle an sie gestellten Ansprüche befriedigen kann, sondern daß auch genügend Reserven verbleiben, um den dann in erhöhtem Maße an uns heran tretenden Anforderungen gerecht werden zu können.

Loosbewegungen haben außer der Tarifregelung für Dörschreien nicht stattgefunden. Die Konjunktur in der Ofenbranche lag fast völlig daneben. Trotzdem sind aber in einer stattlichen Reihe von Ortschaften Feuerungszulagen erfolgt, vor allem in den Steingewand- und Schweißschloßbetrieben, die eine günstige Konjunktur zu verzeichnen hatten. Dann um die Wende des Jahres 1915 und hauptsächlich im Jahre 1916 erreichten auch in einer stattlichen Anzahl Orte Ofenheizer und Ofenformner Feuerungszulagen. Die ungeheuer bedrückend gewordene Verteuerung aller Lebensmittel veranlaßte auch für die Unternehmer zur moralischen Verpflichtung den Arbeitern gegenüber. Für die Provinz Dörschreien wurde ein Einheitslohn geschaffen.

Unter den bisher gefallenen oder in Lazaretten verstorbenen Kollegen befinden sich viele, die mit Herz und Hirn treue Verbandsmitglieder und stets bemüht waren, ihr Bestes für das Gesamtinteresse einzusetzen. Ihrer gedenkt der Bericht mit Ehrfurcht und Dank.

Gewerkschaften und Parteistreit.

Die „Lebender-Zeitung“ äußert sich in ihrer Nummer vom 5. Mai:

„Allseitig wünscht man, eine Spaltung der sozialdemokratischen Partei möge sich vermeiden lassen, zum mindesten aber sollte durch eine solche unsere gewerkschaftliche Aktion nicht gestört werden. Dieser Meinung sind auch wir, wenn jedoch die „Holzarbeiter-Zeitung“ meint, gerade weil ein Ubergreifen der Spaltung auf die Gewerkschaften die Arbeiterbewegung ungeheuer schädigen würde, hätten wir alle Ursache, der Spaltungspolitik entgegenzuwirken, so können wir diesen Standpunkt nicht teilen. Wir sind vielmehr für strikte Neutralität der Gewerkschaften dem Parteistreit gegenüber, denn der Versuch, der Spaltungspolitik von gewerkschaftlicher Seite entgegenzuwirken, muß notwendigerweise dazu führen, Streit durch die eigene Bredse und Verwirrungen in die Gewerkschaften zu verpflanzen. Eine gewerkschaftliche Aktion gegen die Parteimeinigkeiten führt zu nichts als zur Erweiterung der Kluft, durch welche jetzt die politische Arbeiterbewegung bereits in mehrere Lager gespalten ist. Das wäre ein Versuch mit untauglichen Mitteln, dessen Nachteile diejenigen zu tragen hätten, die ihn anwandten.“

Von solchen Erwägungen ausgehend, haben wir uns entschlossen, den Parteidifferenzen gegenüber gänzlich neutral zu bleiben. Die sozialdemokratische Partei muß mit sich selbst fertig werden, es ist ihre Sache, den in eigenem Hause ausgebrochenen Brand selbst zu löschen. Aufgabe unseres Blattes soll sein, die wirtschaftlichen Interessen der Berufsge nossen und diejenigen ihrer Organisation zu fördern, über Vorkommnisse innerhalb der sozialdemokratischen Partei werden wir fernerhin nur berichten, wenn solche von entscheidender Wichtigkeit vorliegen. Und selbst in solchen

Fällen werden wir lediglich sachlich, ohne Stellung zu nehmen, die vollzogenen Tatsachen registrieren. Unseres Erachtens können Partei und Gewerkschaften nicht mehr ein sein, wenn die Sozialdemokratie selbst nicht mehr ein einiges Ganzes, sondern in sich gespalten ist, wir müssen uns dem neu geschaffenen Verhältnis anpassen, bis sich das frühere zwischen Partei und Gewerkschaft bestandene wieder aufrichten läßt.“

Feuerungszulage und Tarifverlängerung in den Hafensbetrieben der Unterweserorte.

Der Transportarbeiterverband hat nach längeren Verhandlungen mit dem Hafensbetriebsverein und den anderen zuständigen Unternehmerorganisationen in den Unterweserorten Bremen, Bremerhaven und Brake für die Hafens-, Expeditions-, Holzplazarbeiter und Baumwollkäufer eine Feuerungszulage von 3 M. wöchentlich vereinbart. Diese Feuerungszulage wird gezahlt, so lange die Feuerung anhält. Für die am 1. Juli d. J. ablaufenden Tarifverträge wurde eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer abgeschlossen. Der Tarif für die Holzplazarbeiter in Bremen wurde bis neun Monate nach Friedensschluß verlängert. Die Tarife der anderen Gruppen bis 12 Monate nach Friedensschluß. Für die Hafensarbeiter in Nordenham wurde für die Tagelohnarbeit bis zum Abschluß eines neuen Tarifs eine Feuerungszulage in derselben Höhe gewährt.

Im Transportgewerbe wurde für die Fuhrleute und Kohlenarbeiter eine Feuerungszulage von 3 M. wöchentlich vereinbart. Auch kam es zwischen dem Transportarbeiterverband und dem Verband der Unternehmer in den Transport-, Handels- und Verkehrsberufen zum Abschluß einer Vereinbarung über die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten. Es wurde ein paritätischer Fürsorgeauschuß gebildet, der die Aufgabe hat, darüber zu wachen, daß im Sinne der Vereinbarung gehandelt wird.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Oberschlesische Aktiengesellschaft für Fabrikation von Lignosol, Schießwollfabrik für Armees und Marine, veröffentlichte ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1915. Mit behaglichen Schmäuzeln werden die Aktionäre barmommen haben, daß 21 Prozent Dividende verteilt werden, noch Aktie 250 M. oder insgesamt 588 000 M. Ferner erhalten sie noch an Gewinnbeteiligung 4 Proz., wofür die Summe von 112 000 M. ausgeworfen ist. Auch der Aufsichtsrat kann sich nicht belanzen, denn für die Herren Aufsichtsräte sind 65 333 M. bestimmt. Für die Zukunft sorgt man auch vor, denn für 1916 ist ein Vortrag von 51 883 M. auserselien. Ferner wurden für Abschreibungen 680 000 M. zurückgelegt. Der Reingewinn betrug im Jahre 1915 die stattliche Summe von 1 250 021 M., dazu kommen noch 47 459 M. Vortrag aus dem Jahre 1914, während das gesamte Anlagevermögen nur 4 402 790 M. beträgt.

Der Köln-Neussener Bergwerksverein hat in seiner Generalversammlung am 29. April beschlossen, eine Dividende von 35 Prozent zu verteilen. Trotz dieser hohen Prozente konnte noch eine Million Mark als Kriegsrücklage beiseite gelegt und dem Aufsichtsrat eine Fünftel von 283 048 M. bewilligt werden. Da elf Aufsichtsräte in Betracht kommen, erhält jeder dieser Herren die Summe von 25 731 M. Ob diese goldfördernde Bergwerksvereinsgesellschaft jetzt auch an ihre Arbeiter denkt, die all diese Schätze heben? Mit Recht drängen die Arbeiter auf Lohnzulagen, denn ihr Lohn reicht kaum, das Leben zu fristen, viel weniger noch etwas zurückzuliegen.

Ungarische Eier nach Deutschland.

Aus Ungarn werden monatlich 120 Waggons Eier ausgeführt. Ein großer Teil dieses Quantums wurde für die Berliner Zentral-einkaufsgesellschaft nach Deutschland exportiert.

A-WERTHEIM

G.m.
b.H.

Damenkleider

- Kleid aus weißem Waschbatist, Taille mit Valenciennes- und Stickereieinsätzen, Rock mit gezogener Hupasse, Stickereieinsätzen u. Stufen garniert 13.50
- Kleid aus weißem Baumwoll-Voile, Rock und Taille mit reicher Stickerei, Seidenbandrüsche und Blumengarnitur 25 M.
- Kleid aus weißem Stickereistoff, Taille u. Rock reich m. Spitzeneinsätzen durchzogen, m. plissiert. Pelerinenkrag, aus Glasbatist u. Stehkrag, aus Seidenband 29.50
- Kleid aus buntemustertem Baumwoll-Voile, weißer Glockenrock, Taille mit Glasbatist garniert und Bonddurchzug, verschiedene Farben 29.75
- Kleid aus weißem Baumwoll-Voile, Taille und Rock reich mit Spitzeneinsätzen durchzogen, Seidenbandgürtel, Rock mit Volantsgarnitur 35 M.
- Kleid aus weißem, mit Punkten bestickten Baumwoll-Voile, Taille und Rock reich mit Stufen und Einsätzen, mit Häkelknöpfen garniert, Gürtel aus Seidenband, verschiedenfarbig gestickt 37 M.
- Kleid aus weißem Baumwoll-Voile, reich mit handgestickten Motiven u. Seidenbandgürtel garn., Taille m. mod. Pelerinenkrag, Rock neue Fassung m. Überwurf 46 M.

Damenhüte

- Fescher Rundhut mit Bandrüsche und Blumentuff 9.50
 - Moderner Rundhut aus Glas-Batist mit Blumen 10.25
 - Eleganter Tagal-Rundhut mit Wadustudi-Garnitur, Blumen oder Flügel 14.75
 - Mod. Rundhut mit Chiffon-Volant, Blumen oder Flügel 16.50
 - Florentiner mit Chiffon-Biende, hängendem Band und Blumenranke 19.50
- Ungarniert**
- Wurzel-Litzenhut schwarz 2.80
 - Bast-Hüte schwarz und weiß 3.25
 - Feiner Litzenhut schwarz 3.50
 - Tagal-Hüte neueste Formen, schwarz und farbig 5.25 6.50

Waschblusen

[Verkauf
am Wäsche-
lager]

- Weißer Batist-Bluse mit Stickerei-Einsätzen, halstreu 3.75
- Batist-Bluse farbig bedruckt, mit Umlegkragen 5.90
- Weißer Batist-Bluse Vorderteil mit Stickerei und Einsätzen 6.50
- Batist-Bluse weiß-schwarz gemustert mit Pikee-Einsatz 6.75
- Voile-Bluse farbig gestreift, mit modernem Umlegkragen 8 M.
- Weißer Punkt-Voile-Bluse mit angekrausstem Vorderteil 9 M.
- Weißer Voile-Bluse mit gesticktem Vorderteil und halb offenem Kragen 9.75
- Weißer Voile-Bluse mit handgesticktem Vorderteil und Spitze 11.75

Weißwaren

- Nackenrüsche doppelt, aus Glasbatist 65 Pf.
- Nackenrüsche doppelt, aus Glasbatist mit Hohlraum 80 Pf.
- Nackenrüsche doppelt, reich bestickt 95 Pf.
- Pelerinenkragen aus reich gestickter Tüllspitze, mit Stuartrkragen und Sammelband 4.75
- Pelerinenkragen aus Tüll, mit Säumchen, gebogener Nackenrüsche und Sammelband 2.85
- Blusenfishus aus Batist, mit breiter Valenciennes-Spitze 1.50
- Blusenfishus aus gestickten Tüllspitzen mit Stuartrkrag, u. Sammelschleife 3.25

Waschstoffe

- Baumwoll-Musselin in großer Muster-Auswahl 1.15 bis 1.25
- Baumwoll-Krepp bedruckt 1.15 bis 1.30
- Baumwoll-Krepplin bedruckt, Blumenmuster 1.65 bis 2.25
- Baumwoll-Atlas (Foulardine) Seidenglänzendes Gewebe in neuen Farbestellungen M. 2.25
- Zephir u. Perkal für Blusen, Kleider und Herrenwäsche 1.10 bis 1.50
- Baumwoll-Serge mit eingewebt, breiten Bandstreifen 1.85
- Schleierstoffe glatt, weiß 2.25 bis 3.25
- Schleierstoffe weiß, bestickt 3.25 bis 6.50

- Schleierstoffe mit gestickten Karfen (Volants) 5.50 bis 14 M.
- Schleierstoffe bestickte Bulgarenmuster, etwa 120 cm breit, Meter 5.75 bis 8 M.
- Schleierstoffe bedruckt, Meter 2.25 bis 2.75
- Schleierstoffe mit eingewebten Bandstreifen und Karos, etwa 110 cm breit 3.75
- Bestickter Batist 1.30
- Woll-Musseline 1.75 bis 3.50
- Gabardine für Kostüme 110 cm breit 2.75 bis 3.25
- Wasch-Popeline etwa 120 cm breit 3.00 bis 3.90
- Kräuselstoffe weiß, etwa 110 cm breit, Meter 2.10 bis 2.75
- Kräuselstoffe kariert, etwa 110 cm breit, Meter 2.50 bis 2.90

Hutgarnituren

- Kirschluff mit Laub 18 28 Pf.
- Hyazinthenbund 30teilig 28 Pf.
- Asterluff 40 Pf.
- Balist-Rosenpiket 50 Pf.
- Stielrose aus Seide und Batist 65 Pf.
- Weinbeerenpiket mit Seide bez. 65 Pf.
- Kirschranke 65 Pf.
- Mod.Ranken 95 Pf. 1.35 1.90 3.25
- Neue Flügel weiß, schwarz u. farbig 1.10
- Neue Flügel elegante Form 1.25
- Zweiteiliger Flügel 1.75
- Eleg. Doppelflügel m. Eisenreiter 2.75

Der Postetat

vor der Haushaltskommission des Reichstags.

Am Sonnabend trat die Kommission in die Beratung des Postetats ein. Dazu lag ein gemeinsamer Antrag der Parteien vor, in dem der Reichstagskanzler ersucht wird:

- 1. die für die Bewilligung von Kriegsbeihilfen festgesetzte Einkommensgrenze von 2100 M. für Beamte auf 3000 M. und von 2400 M. für im Vertragsverhältnis stehende Angestellte auf 3300 M. zu erhöhen;
2. die Kriegsbeihilfen auf die Postagenten auszudehnen, deren Einkommen vorwiegend in der Vergütung für Wahrnehmung der Postdienstgeschäfte besteht;
3. den Ruhegehaltsempfängern und den Hinterbliebenen von Reichsbeamten im Falle der Bedürftigkeit entsprechende Unterstützung zu gewähren;
4. durch einen Nachtragsetat die Mittel zur Gewährung von Kriegsteuerzuschüssen an untere und mittlere Reichsbeamte, einschließlich der nicht etatsmäßig angestellten, und an im Vertragsverhältnis stehende Angestellte und Arbeiter, soweit sie jährlich nicht mehr als 2400 M. Gehalt oder 2700 M. Vergütung bzw. Lohn beziehen, anzufordern.

Ausgeschlossen von den Steuerzuschüssen sind die Beamten, Angestellten und Arbeiter, die bei dem Heere oder der Flotte Dienst tun, die Beamten usw., die bei der Militär- oder Marineverwaltung oder bei den Verwaltungen in den besetzt gehaltenen feindlichen Gebietsstellen beschäftigt werden und über ihre Friedensbezüge hinaus bereits Zulagen erhalten, und die im Sanitätsdienste tätigen Beamten usw.

Demnach wurde beantragt, den Entwurf einer dritten Ergänzung des Besoldungsgesetzes in der vom Reichstag am 18. Mai 1914 beschlossenen Fassung möglichst bald wieder einzubringen.

Außerdem wird der Reichstagskanzler ersucht, eine Erhöhung der Bezüge der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphenassistenten, der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphengehilfen und der Postboten, sowie der Vergütungen der Gehilfen bei Postämtern III möglichst bald durchzuführen.

Schließlich wird noch beantragt, Anordnungen zu treffen, daß die im Disziplinarwege gegen Reichsbeamte verhängten Strafen nach Ablauf einer angemessenen Frist durch Ermäßigung aller Merkmale in den Veranlassungen gelöst werden.

Der Berichterstatter Meyer-Dorferd (natl.) dankte der Feldpost für ihre Leistungen. Im übrigen fordert er, im Einverständnis mit allen Parteien, neue etatsmäßige Stellen zu schaffen.

Staatssekretär Krawinkel: Im Kriege sind bereits 7500 Postbeamte gefallen. Die Verwaltung bedauert lebhaft, daß die Beförderung der Beamten in höhere Stellen ins Stocken geraten ist. Der Ausgleich wird im Frieden gefunden werden müssen. Die Probezeit der Beamten wird auf das Dienstalter angerechnet. So weit als möglich wird darauf gesehen, daß die Lage der Landbriefträger verbessert wird. Während des Krieges war es leider nicht möglich, die Tagelöhner zu erhöhen. Die Verfestigung der Straflisten ist nicht möglich, es muß dabei sein Bewenden haben, daß nach fünfjähriger guter Führung die Strafen gelöst werden.

Staatssekretär Hefflerich erklärt, die geforderten finanziellen Verbesserungen seien schwer zu erfüllen. Man müsse auf den entsprechenden Betrag von 1 1/2 Millionen bei der Allgemeinen Finanzverwaltung zurückgreifen.

Abg. Jubel (Soz. Verb.): Außerordentlich bedauerlich ist es, daß nun bereits seit zwei Jahren keine neuen etatsmäßigen Stellen geschaffen worden sind. Bei der gegenwärtigen Teuerung sind die Bezüge der unteren Beamten und Angestellten in keiner Weise mehr zureichend.

Abg. Jubel (Soz. Verb.): Es ist vorgekommen, daß die Reichspostverwaltung Vermisse für tot erklärt, trotzdem die Militärbehörde genaue Angaben darüber nicht machen konnte. Frauen der Vermissten wurden dadurch in ihren Bezügen geschädigt. Gegen die Postmänner muß mit aller Strenge eingeschritten werden, aber nicht nur bei den unteren Beamten, sondern auch bei den Oberen. Hedner führt einen Fall an, in dem ein Postsekretär Verzeihen von Poststücken abgelöst haben soll. Beamten, die den Täter schützen, wurde Stillschweigen geboten.

Geheimrat Peter erklärt, daß die Angelegenheit der Todeserklärung von Vermissten inzwischen geregelt sei.

Abg. Kaden (N.): Die Landbriefträger seien um so übler daran, als nach Ablehnung der feinerzeit für sie in Aussicht genommenen Zulage andere in ähnlicher Stellung befindlichen Beamten in Preußen 100 M. Zulage erhalten hätten. Die Merkmale über die erlassenen Disziplinarstrafen müßten aus den Personalakten entfernt werden. Hedner spricht noch den Wunsch aus, daß man den Handwerkervereinigungen mehr entgegenkomme. Ein Ministerialdirektor bemerkt hierzu, daß infolge des Stoffmangels eine weitere Ausgabe von Arbeit zunächst nicht zu erwarten sei.

Abg. Dr. Dertel (N): Der höhere Gehälter der Beamten müßte, müsse auch für die erhöhten Postgebühren eintreten. (Zuruf: Die Erbschaftsteuer!) Die Briefträgerinnen sind viel schneller und geschickter als die Männer. Reinen bisherigen ablehnenden Standpunkt gegenüber dem weiblichen Personal in der Postverwaltung werde ich entsprechend revidieren.

Abg. Ebert (Soz.): Der vorgeschlagene Abschluß des Posthaushalts vom Vorjahr ist, trotzdem er durch die Feldpost stark beeinträchtigt wurde, verhältnismäßig günstig. Die Ausgaben für die Feldpost gehören aber zu den Kriegsausgaben. Die sozialdemokratische Fraktion hat auch Vorschläge gemacht, die den Bedarf vollumfänglich decken, so daß die vom Abg. Dertel empfohlenen erhöhten Postgebühren zur Deckung der Gehaltserhöhungen nicht gebraucht werden. Die Post ist während des Krieges ihren großen Aufgaben gerecht geworden; auch wir erkennen die Leistungen der Verwaltung und aller Beamten gern an. Leider haben sich die Klagen über die Verteilung des verfassungsmäßig gewährtesten Briefgeheimnisses in den letzten Wochen gemehrt. Dem Herausgeber einer Korrespondenz in Düsseldorf wurden Briefe geöffnet, ohne daß er Ahnung hatte, warum diese Maßregel über ihn verhängt worden war. Im bayerischen Landtage wurde von den Sozialdemokraten ein Antrag auf Wahrung des Briefgeheimnisses eingebracht, weil man Briefe von Abgeordneten erbrochen hatte. Mit welchem Recht kommt die Postverwaltung zu diesen Maßnahmen? Dringend notwendig ist, daß die Einkommensgrenze für Pakete, die Soldaten aus dem Felde in die Heimat schicken, auf mindestens ein Pfund erhöht wird. Besonders Gewicht legen wir dem Antrage bei, der Teuerungszulagen für Beamte und Arbeiter verlangt. Die Leute mit kleinerem Einkommen leiden besonders schwer unter der herrschenden Teuerung. Die Zulagen müssen in abgestufter Form, das heißt, den Verheirateten höhere als den Ledigen, gegeben werden. Besonders zahlreich gehen auch Klagen aus den Kreisen der nicht etatsmäßig angestellten Postboten usw. ein. Mit Löhnen von 8,70 M. (Berlin), 2,00 bis 3,60 M. (Wiesbaden) usw. kann kein Familienvater heute auskommen. Notwendig ist auch, die in großer Zahl geforderten Ueberstunden entsprechend zu bezahlen, was heute nur teilweise geschieht. Bezüglich der Familien der Vermissten erfordert es die Gerechtigkeit, daß in den zu der Neuregelung der Frage liegenden Fällen Nachzahlung geleistet wird. Auch wir erkennen an, daß sich die Frauen bei der Postbestellung bewährt haben, doch man solle mehr als bisher noch Kriegsbeschädigte einstellen. Der aufgestellte Grundsatz, während des Krieges keine neuen Stellen zu schaffen, sei unhaltbar. Hedner bittet zum Schluß noch, den Eingaben der

Schneiderinnung nach Möglichkeit Rechnung zu tragen, das liegt auch im Interesse der Arbeiter.

Staatssekretär Krawinkel: Infolge des Belagerungszustandes müsse die Postverwaltung bezüglich des Briefgeheimnisses dem Verlangen der Militärverwaltung Rechnung tragen. In dem vom Abg. Jubel vorgeschlagenen Falle sei der Diebstahl nicht erwiesen, im übrigen werde in solchen behauerlichen Fällen bei den oberen Beamten genau so verfahren wie bei den unteren.

Die vorliegenden Anträge finden die Zustimmung der Kommission. Der von den Parteien gemeinsam gestellte Antrag, die Kriegsteuerzuschüsse betreffend, wird bis zur Beratung der Allgemeinen Finanzverwaltung zurückgestellt.

Im Anschluß daran wird noch der Etat der Reichsdruckerei ohne Diskussion erledigt.

Die Kommission verlegt sich dann auf Montag, Tagesordnung: Etat des Staatssekretärs des Innern.

Wie die Sozialdemokratie unschädlich gemacht werden soll.

In letzter Zeit macht sich in der Behandlung der sogenannten „Neuorientierung“ der deutschen Sozialdemokratie in der bürgerlichen Presse eine gewisse Wandlung bemerkbar. An die Stelle der Juristerei, die man gegenüber den Vorgängen in der Sozialdemokratie im allgemeinen übte, tritt jetzt das unverfennbare Bestreben, den günstig erscheinenden Augenblick auszunutzen, um die deutsche Arbeiterbewegung in andere Bahnen zu lenken. Recht bezeichnend ist in dieser Hinsicht ein Artikel, den der frühere Sozialdemokrat G. O. Hildebrandt in Nr. 17 der „Reformation“ veröffentlicht. Es heißt in diesem Artikel (wir zitieren nach dem „Reichsboten“ Nr. 215 vom 28. April):

„Neu haben wir die Katastrophe unter den Führern. Hier deutsch — hier international! Hier soziale Praxis auf dem Boden einer deutsch-orientierten Politik! Hier revolutionäre Phrasen der Internationalen, wirklich „Vaterlandslosen“. Wie verhält sich die Masse dazu? Zunächst das eine: eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung ist noch nicht gefallen. Überall schwankt man noch. Doch ist infolge der wirtschaftlichen Krisen, die der Krieg hier und da hervorgerufen hat, eine leicht erklärliche Tendenz zum alten, radikalen Extrem vorhanden. Diese Tendenz wird nach Möglichkeit von den Katastrophopolitikern für ihre Zwecke ausgenutzt. Und hier liegt die Gefahr, auf die bereits der Landtagsabgeordnete v. Jedlich-Neufeld in einem Artikel der „Post“ hingewiesen hat. Er meint, die Verwirrung ist nicht ganz abzuweihen, daß die deutsch gesinnten Elemente, um dem Rückwärtigen der radikalen Gruppe mit Erfolg zu begegnen, auch ihrerseits im Verkehr mit den Massen möglichst scharfe Töne anschlagen werden. Und dem ist leider so. Dem aufmerksamen Beobachter, der sich auf diesem Gebiete orientieren kann, fällt das Verhalten gewisser Parteinstanzen den Massen gegenüber auf. Er bemerkt, daß man hier nach einer Formel sucht, die die vollenzogene Neuorientierung mit der alten radikalen Propaganda-Phrasologie in Einklang bringt. Man will mit der Stimmung der Masse rechnen, um das ungeschmälerte Fortbestehen der Organisation nicht zu gefährden.“

Damit aber wird die als absolut notwendig empfundene „Neuorientierung“ dieser breiten Volksschicht ernstlich gefährdet. Denn herrscht in der Bewegung erst wieder einmal die alte utopistische Phrase, dann werden auch die besonnensten Führer gegen den durch sie geschaffenen Geist und seine praktische Auswirkung nichts ausrichten können. Man kehrt wieder in das alte Geleise harter Parteidogmatik zurück und verächtelt sich selbst damit den Weg zum wahren Fortschritt, der nun einmal, wie es der Krieg gezeigt hat, auf dem „deutsch-nationalen Boden“ liegt. Ich glaube nicht, daß die Masse so ohne weiteres aus sich heraus, beinhalten durch den Krieg, an sich eine Neuorientierung vollzieht. Vielmehr ist es hier eine eiserne Notwendigkeit, daß diese Neuorientierung bei jedem einzelnen Gliede der Masse sich einzeln vollzieht. Durch ein stetes Einwirken geeigneter Persönlichkeiten auf die durch den Krieg entstandenen neuen Verhältnisse und ihre geistigen Voraussetzungen und Konsequenzen wird hier vielleicht noch am ehesten die Kritik an den alten, nicht mehr stichhaltigen „wissenschaftlichen“ Grundrissen wachgerufen. Gerade die Männer der gewerkschaftlichen Kleinarbeit, die bereits auf einem christlich-deutschen Boden stehen, können, in propagandistischer Hinsicht günstig neutral bleibend, schon jetzt bei ihren Arbeiterkollegen dahin wirken, daß dieselben auf die bestehenden Irrtümer aufmerksam werden. Auch die leider noch immer fehlende christliche unabhängige Arbeitspresse könnte hier, wenn sie bestände, wichtige Pionierdienste leisten. Auch von der unter einheitlichen Gesichtspunkten vereinigten evangelisch-sozialen Bewegung wird man hier viel erwarten können. Geeignetes Propagandamaterial läßt sich zudem zum großen Teil aus den Veröffentlichungen der Sozialdemokratie selbst nehmen. So bieten zum Beispiel die im Verlage der „Internationalen Korrespondenz“ (Berlin-Karlshorst) herausgegebenen „Kriegsprobleme der Arbeiterklasse“, die Schriften K. Haenischs u. a. eine Menge verwendbaren Stoff.“

Bei der Verwendung dieses kostbaren „Stoffs“ zur Unschädlichmachung der deutschen Sozialdemokratie rät Hildebrandt das eine im Auge zu behalten:

„Es handelt sich nicht darum, bestehende Organisationen zu bekämpfen und aus ihren Anhängern Profiteure zu machen, sondern es heißt hier in erster Linie bestehende Redaktoren in der breiten Masse zu besitzigen, und in Volksgenossen das Rationalbewußtsein und die christliche Welt- und Lebensanschauung wieder zu erwecken und zu fördern. Der Arbeiter muß einsehen, daß er auch als „Sozialist“ ein guter Deutscher und aufrichtiger Christ sein kann, ja sogar sein muß. Gerade der Krieg hat diese Notwendigkeit auf das eklatanteste erwiesen. Nur auf diesem Boden wird es möglich sein, wirklich praktische Arbeit, fahndend auf realer Grundlage, zu leisten, und man wird dadurch wirksam verhindern, daß sich wertvolle Kräfte in maßlosen, doch nicht erfüllbaren, utopistischen Forderungen verzetteln. Deutsche, die sich mit diesen Gedanken vertraut gemacht haben, werden dann selbst als Mitglieder der alten Organisation die Unsinnigkeit der marxist-lasalle'schen Phrasologie einsehen und mit ihr nichts mehr zu tun haben wollen.“

Es handelt sich demnach für die Gegner der sozialistischen Bewegung nicht mehr darum, die bestehenden Organisationen zu bekämpfen, sondern ihnen von innen heraus einen deutsch-nationalen und christlich-sozialen Charakter zu verleihen. Das evangelische Wort: „Seid klug wie die Schlangen und ohne Falch wie die Tauben“ wird von Hildebrandt in eigenartiger Weise angewandt. Voll äußerlicher Sanftmut, aber nicht ohne Falch, will er die bestehenden Organisationen der Arbeiterklasse erhalten wissen: er weiß — es kommt oft nicht so sehr auf die Quantität als auf die Qualität an, und selbst große Massen werden ungenügend, wenn ihnen der geistliche Wille und der vorwärtsstrebende Geist geraubt worden sind. Um dies zu bewerkstelligen, bedarf es aber unter den heutigen Verhältnissen nicht einmal der Klugheit der Schlangen.

Die Gegner müßten ja blind sein, wenn sie nicht den Vorteil wahrnehmen würden, den eine gewisse, von Hildebrandt so warm empfohlene Literatur für ihre Zwecke bietet. Geeignetes „Propagandamaterial“ können die Deutschnationalen und die Christlichsozialen in der Tat kaum wünschen; wozu sich also noch in geistige Anstöße stürzen? Ausgerüstet mit diesem „Stoff“ können sie es ruhig wagen, nach dem Rezept, das schon „Monitor“ vor mehr als Jahresfrist in den „Preussischen Jahrbüchern“ verfaßte, an die geistige Unterhöhlung der deutschen Sozialdemokratie zu schreiten, die unter Beibehaltung der äußeren Formen der Bewegung in eine bürgerliche Reformpartei verwandelt werden soll. Es wäre ein vergebliches Bemühen, wollten wir hier unser mahnendes: Caveant consules — mögen die Konsuln auf der Hut sein! rufen. Die Gefahr, die der deutschen Sozialdemokratie und damit auch der gesamten deutschen Arbeiterbewegung wirklich droht, kann nicht von „oben“ her, sondern nur durch die von zielklarem Willen besetzte Selbsttätigkeit der Massen der Parteigenossen abgewendet werden.

Aus der Partei.

Erläuterung.

„Kann jemand, der Parteioorganisationen öffentlich, schriftlich und mündlich auffordert, keine Beiträge an den Parteivorstand abzuführen, also die Desorganisation propagiert, der Redaktion des Zentralorgans der Partei angehören?“

Zu dieser Frage mußte der Parteivorstand Stellung nehmen, nachdem festgestellt war, daß der „Vorwärts“-Redakteur Dr. Meyer schriftlich und mündlich die Organisationen aufgefordert hatte, in diesem Sinne zu wirken. Der Parteivorstand hat diese Frage verneint und er stellte deshalb, nachdem Meyer zugegeben hatte, daß er die Lösung auf Sperrung der Beiträge an den Parteivorstand ausgegeben habe, bei der Preßkommission des „Vorwärts“ den Antrag, Meyer seines Postens als „Vorwärts“-Redakteur zu entheben. Die Preßkommission lehnte diesen Antrag einstimmig ab. Der Parteivorstand rief darauf die Kontrollkommission an, die nach dem Organisationsstatut der Partei bei Meinungsverschiedenheiten über Anstellung und Entlassung des Personals als dritte Körperschaft mitzuentcheiden hat. Der Kontrollkommission lagen folgende Fragen zur Entscheidung vor:

Antrag des Parteivorstandes:

Kann der Genosse Meyer, der Parteioorganisationen öffentlich, schriftlich und mündlich auffordert, keine Beiträge an den Parteivorstand abzuführen, also die Desorganisation propagiert, der Redaktion des Zentralorgans der Partei angehören?

Antrag der Preßkommission:

Soll Genosse Meyer als Redakteur des „Vorwärts“ entlassen werden, weil er im Flugblatt „Die Lehren des 24. März“ die Beitragsperrung an den Parteivorstand durch die Organisationen propagiert hat?

Die Kontrollkommission hat in ihrer Sitzung vom 4. Mai beide Anträge mit Stimmengleichheit abgelehnt. Beide Entscheidungen haben sich gegenseitig auf. Die Kontrollkommission hat damit auf das ihr nach dem Organisationsstatut zustehende Mitbestimmungsrecht verzichtet.

Nachdem die Kontrollkommission sich so selbst ausgeschaltet hatte, mußte der Parteivorstand von neuem entscheiden.

Der Parteivorstand muß dabei bleiben, daß das Amt des Redakteurs am Zentralorgan der Partei ein Vertrauensamt ist und daß der Inhaber eines solchen auch außerhalb seiner eigentlichen Berufstätigkeit unter keinen Umständen zur Sperrung der Parteibeiträge, und damit zur Sperrung der Parteioorganisation auffordern darf. Der Parteivorstand kann die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß ein Redakteur des Zentralorgans, der in solcher Weise die Zerstörung der Partei propagiert, auf seinem Posten bleibt. Der Parteivorstand hat deshalb den Verlaß des „Vorwärts“ beauftragt, Meyer unter Fortzahlung des Gehalts für die Kündigungszeit von seinem Posten zu entheben.

Berlin, den 6. Mai 1916.

Der Parteivorstand.

Der Parteivorstand versucht durch diesen Akt einen neuen Gewaltstreich zu verüben.

Die Sachdarstellung des Abstimmungsverfahrens innerhalb der Kontrollkommission vermögen wir auf ihre Richtigkeit im Augenblick nicht nachzuprüfen, da uns zur Stunde der Entscheid der Kontrollkommission noch nicht vorliegt. Die Kontrollkommission selbst wird also den Sachverhalt erst einmal darzulegen haben.

Das aber ist völlig offenbar, daß es der Kontrollkommission gar nicht eingefallen sein kann, sich selbst auszuschalten. Diese Behauptung des Parteivorstandes ist nicht die Feststellung einer Tatsache, sondern nichts als eine ganz schiefe, völlig willkürliche Konstruktion des Parteivorstandes.

Das ergibt sich nicht nur aus der Tatsache, daß die Kontrollkommission die Entlassung Meyers ausdrücklich abgelehnt hat, sondern schon daraus, daß die Kontrollkommission laut Organisationsstatut die Pflicht hat, in Streitfällen zwischen Parteivorstand und Preßkommission eine Entscheidung herbeizuführen. Von einem Rechte der Kontrollkommission, sich bei solchen Fällen selbst auszuschalten, ist in dem Organisationsstatut mit keiner Silbe die Rede. Schon der Gedanke an eine solche Ausschaltung ist widersinnig, weil ja dann Differenzen zwischen Parteivorstand und Preßkommission überhaupt unentschieden bleiben würden.

Doch darauf dem Parteivorstand die Antwort zu geben, ist zunächst Sache der Kontrollkommission selbst.

Aber selbst wenn die völlig organisationsstatutwidrige Auslegung des Parteivorstandes zuträfe, hätte der Parteivorstand nicht das leiseste Recht, sich unter völliger Ausschaltung der Preßkommission und ihrer statutarisch verbürgten Rechte als selbstherrlicher Machtfaktor aufzuspielen und eigenmächtig die Kündigung unseres Redaktionskollegen auszusprechen. Selbst dann wäre der Fall unentschieden, solange bis die Kontrollkommission von neuem einen klaren Entscheid gefällt oder der Parteitag gesprochen hätte.

Natürlich hat unser Kollege Meyer sofort die Rechtungsgültigkeit dieser nach dem Organisationsstatut unmöglichen Kündigung erklärt. Die Redaktion schließt sich diesem Protest gegen die Willkür des Parteivorstandes an.

Sache der Parteigenossen selbst wird es nunmehr sein, dem Parteivorstand sowohl wie dem Genossen Fischer mit dem durch die Sachlage gebotenen Nachdruck zu machen, daß ihre Kompetenz nicht weiter gehen, als sie durch das Organisationsstatut der Partei gezogen sind.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Wie geistreich!

In der gleichen Nummer der „J. N.“, in der Genosse Boecksch seinen Groß abläßt, findet sich unter der Überschrift „Ist es erlaubt?“ folgende überschlauze Frage:

Darf man fragen, warum die Redaktion des „Vorwärts“ von ihrem unerschütterlichen Menschenrecht, sich so gut zu bloßieren, wie sie kann, gar so ausgiebigen Gebrauch macht? Am Tage, als die amerikanische Drohknecht bekannt wurde, veröffentlichte der „Vorwärts“ einen ungemein aktuellen Artikel über „Utopismus“. Und als er nach der Feiertagspause wieder erschien, leitartikelte er über den „Liberalismus in — — — England“. Endlich aber, nach wiederum zwei Tagen, tauchte Ede Verrücktheit mit einem knirschenden Geschrei auf (worin er die Amerikaner um Entschuldigung ansieht, daß wir überhaupt existieren) und verfiel den „Vorwärts“-Lesern die ungemein erfreuliche, der Sachlage offenbar auch durchaus angepaßte Versicherung, dasjenige Blatt verleihe seine Pflicht gründlich, welches seine Leser nicht ausgiebig und sorgfältig über — — den amerikanischen Streitfall unterrichte.

Da lachen doch die Döhner!

Aber gewiß, Ihr Schlaumäße von der „J. N.“, Ihr dürft schon fragen. Wir halten es aber mit dem alten Sprichwort: Ein Narr fragt mehr, als zehn Weise beantworten können.

Die Hege gegen die Berliner.

Einer der berufensten Kämpfer für Parteieinheit und Verständigung, der Genosse Hugo Boecksch, macht in der letzten Nummer der „J. N.“ wieder einmal seinen schönen Herzen Luft. Unter dem Titel: „Die Ministerarbeit der Opposition und ihre Folgen“ wettet er zum so und sovielen Male zum Gaudium der bürgerlichen Presse, die seine Hornesepistel mit Schonen abdruckt, folgendermaßen gegen die Berliner:

In Berlin treiben die Dinge weiter, so, wie es kommen mußte. Nicht die Haase-Debour-Gruppe, sondern die Spartacus-Leute gewinnen mehr und mehr die Oberhand. Die Fraktionsspaltung, so hatte die Opposition behauptet, brauche und solle nicht auch eine Spaltung der Partei im Gefolge haben. In Wirklichkeit wird die Groß-Berliner Organisation schon heute fast ganz vom Geiste der Spartacus-Leute beherrscht. Im Zentralvorstand müht sich eine besonnenere Minderheit, die Berliner Organisation noch vor dem Schlimmsten zu bewahren. Der kürzlich veröffentlichte Beschluß hat gezeigt, wohin die Reise geht. Es soll eine Generalversammlung einberufen werden, die alle jene Leute aus den verschiedenen „Anstalten“ beiseite schiebt, die sich noch bemühen, die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten. Bei Beginn des Krieges war beschlossen worden, während der Dauer des Beschlusses Generalversammlungen nicht abzuhalten. Neuwahlen der Funktionäre nicht vorzunehmen. Dieser Beschluß ist wiederholt erneuert worden. Das Statut fordert ganz selbstverständlich, daß vor den Wahlen der Vorstand Rechenschaft über seine Tätigkeit abzugeben hat. Trotzdem dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen gar nicht möglich ist, trotzdem die Mehrzahl der Parteimitglieder sich im Felde befindet, soll die Prozedur, d. h. die Abgabe aller unfehlbaren Elemente, vor sich gehen. Alle Parteigenossen, wie Eugen Ernst, Theodor Fischer, Boeske, Bohl und andere, sollen durch Leute von der Opposition ersetzt werden.

Schon im Januar war im sechsten Wahlkreis beantragt worden, den Berliner Parteiführer Nidder seines Postens zu entheben. Er habe sich als „unbrauchbar für jegliches Amt innerhalb der Partei“ erwiesen. Die erste revolutionäre Tat, die von den Leuten vollführt wird, welche in anonymen Flugblättern oder unter dem Schutze der Immunität die Arbeiter zu unbesonnenen und nutzlosen Handlungen verleiten möchten, richtet sich gegen die eigenen Parteigenossen. Ein Gewalttäter, der wenig Mut, nur eine reichliche Portion Skrupellosität erfordert. Die ersten Absichten verfolgt man mit der Reuekommission, auch diese soll mit Oppositionsmitgliedern besetzt werden, um damit die vollständige uneingeschränkte Herrschaft auch über den Verlag, über die Geschäftsleitung des Zentralorgans zu erlangen.

In den Sitzungen des Zentralvorstandes sind wiederholt Beschlüsse gefaßt worden, wonach die Funktionäre verpflichtet waren, die Verbreitung von Flugchriften durch die Organisationen in den Kreisen nicht zuzulassen, jedem Versuch der Disziplinlosigkeit und Parteierweiterung entgegenzutreten.

Und was ist geschehen? Die unterirdische Ministerarbeit der Stetigharuppe setzte sehr bald nach Ausbruch des Krieges ein, die offene derer um Haase und Ledebour folgte. Ein von der Partei angeführter Wanderredner näherte seine reichliche Freizeit (die Wanderkurse waren durch den Krieg sofort unterbunden), die Jugend „aufzuklären“, Flugblätter wurden von Parteifunktionären in Jahrlabern verbreitet, Sammellisten für die Opposition ausgegeben und so der Boden gebühert für die Stimmung in den Massen, die für die Parteiführer notwendig war, um den Disziplinbruch zu wagen. Unnötig, hinzuzufügen, daß der gewissenlosen tendenziösen Verichterstattung des „Vorwärts“, dessen Redaktion sich gänzlich in den Dienst der Opposition stellte, ein gut Teil Schuld an der Parteierweiterung in Berlin mit beizumessen ist. . . .

Zu spät! Die Parteiverhältnisse in Berlin sind vollkommen gerüttelt. Zu spät werden auch die Arbeiter einsehen, daß sie gewissenlosen Phrasen gefolgt sind, die das unglückliche Weib und das Weib, das der Krieg über die Menschen gebracht, in demagogischer Weise ausgenutzt haben, um ihre Sonderzwecke zu erreichen. Kein Wunder, wenn diese Elemente sich jetzt anmachen, die einzig wahre Opposition zu sein, wenn sie die Degenermänner mit Hohn und Spott übergehen. Diese haben Wind gefaßt, sie haben Sturm gemacht. Einen Rißse und Viehrecht hätte die Partei leicht überwunden, die größere Schuld fällt auf Haase, Ledebour und Genossen.

Es genügt wohl, diese neueste Sammlung von Entstellungen und Geschäftigkeiten des Genossen Boecksch und der „J. N.“ niedriger zu hängen und der Nachwelt aufzubewahren.

Berichtigung. Vom Genossen Weis erhalten wir folgende Zuschrift:

Der „Vorwärts“ bestatigt in seiner Nr. 124 der „Leipziger Volkszeitung“ eine Darstellung über die Beziehungen zwischen den Leuten der „J. N.“ und den Herausgebern der „Fackel“, die sie unter der Überschrift: „Des Käse's Lösung“ wiedergibt.

Die Redaktionen beider Blätter haben sich das „Mittelstücken“ zu leicht gemacht. Das sie es nicht gelöst haben, beweist der Umstand, daß die Beziehungen zwischen „J. N.“ und „Fackel“ lediglich darin bestehen, daß die erstere gegen Bezahlung 300 Exemplare der „Fackel“ bezieht und einem Teil ihrer Auflage beilegt. Wir sind bereit, mit dem „Vorwärts“ wie der „Leipziger Volkszeitung“ unter denselben Bedingungen in genau die gleichen „Beziehungen“ zu treten, da sich mit der größeren Auflage die Herstellungskosten der „Fackel“ verbilligen. Otto Weis.

Trotzdem wir in der obigen Zuschrift keine Berichtigung erbitten, sind wir natürlich gern bereit, diese Bestätigung der engen geschäftlichen Verbindung zwischen der „Fackel“ und der „J. N.“ zu bringen; daß wir uns nicht danach sehnen, in gleicher Beziehung zur „Fackel“ zu treten, brauchen wir wohl kaum mitzuteilen.

Staatsarbeiter und Vereinsgesetznovelle.

Eine Vertretung deutscher Staatsarbeiterverbände fand am Freitag im Besaale des Lehrervereinshauses statt. Es waren Vertreter aus allen Teilen des Reiches in großer Zahl, außerdem der Vizepräsident des Reichstags, Geh. Justizrat Dove, die Abgeordneten Dr. Struwe, Kopik, Stankenburg, Behrens, Giesberts, Hubrich, ferner Professor Dr. Zimmermann als Vertreter der Gesellschaft für soziale Reform, Obersekretär Capaner als Vertreter der königlichen Eisenbahndirektion Berlin erschienen.

Beteiligt an der Rundgebung waren der Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter, Sig Berlin, der Zentralverband deutscher Eisenbahner, Sig Elberfeld, der Bayerische Eisenbahnerverband, Sig München, der Bund deutscher Telegraphenarbeiter, Vorarbeiter und Handwerker, Sig Berlin, der Verband deutscher Post- und Telegraphenarbeiter, Sig Bochum-Essen, und das Reichskartell der Staatsangestelltenverbände, Sig Elberfeld.

Der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter J. Aler, bemerkte: Die Staatsarbeiter verlangen keine Vorrechte, sie wollen aber nicht minderen Rechts sein. Sie wollen vor allem, gleich den Privatarbeitern,

volles Vereins- und Koalitionsrecht.

Dies werde aber den Staatsarbeitern noch vielfach vorenthalten. Einige Eisenbahndirektionen stellen sogar die Forderung, daß der Vorsitzende eines Staatsarbeiterverbandes Eisenbahnbeamter sein müsse, um das Disziplinarrecht zu haben. Die Staatsarbeiter stehen treu zu Kaiser und Reich, sie haben keinerlei unzulässige Absichten, sie verlangen aber, daß sie, gleich den Privatarbeitern, als freie Männer behandelt werden. Es müsse ihnen das Recht zugesichert werden, Lohnforderungen zu stellen, zu denen sie infolge der täglich steigenden Lebensmittelpreise gedrängt werden. Nur dadurch sei es möglich, den Geist der Treue und nationalen Gesinnung unter den Staatsarbeitern dauernd aufrechtzuerhalten. Deshalb sei der Vertreterlog der Berufung worden. Es sei zu hoffen, daß diese Zusammenkunft zur Verbesserung der Lage der Staatsarbeiter und zur Erweiterung ihrer Rechte beitragen werde. (Beifall.)

Generalsekretär Riedel-Charlottenburg vom Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter führte diesen Gedanken weiter aus. Im weiteren mißbilligte er der Redner, daß die Regierung mit Vertretern der Sozialdemokratie über die Handhabung des Vereinsgesetzes und des Koalitionsrechts verhandelt habe, ohne die Vertreter der nationalen Arbeiter hinzuzuziehen. Die Staatsarbeiter seien sozialdemokratischen Einflüssen nicht zugänglich, sie wollen

keinen Klassenkampf.

Es sei den Staatsarbeitern oftmals gesagt worden: Ihr wollt nur immer höhere Löhne. Diesmal handele es sich aber nur um ideale Forderungen. Die Staatsarbeiter wollen von dem kulturellen Aufstieg nicht ausgeschlossen werden. Der Kaiser habe schon 1890 gesagt: Es müssen soziale Einrichtungen geschaffen werden, mit denen die Arbeiter zufrieden sind. Die nationalen Arbeiter verlangen, daß sie bei diesen sozialen Einrichtungen als gleichberechtigt behandelt werden. (Beifall.)

Landtagsabgeordneter Schmidt (L) sprach ebenfalls sein Mißfallen aus, daß die Regierung mit Führern der Sozialdemokratie verhandelt habe, ohne die nationalen Arbeiter hinzuzuziehen. Nicht bloß die Staatsarbeiterverbände, auch die Fachpresse werde unter die Disziplinargewalt gestellt. Die Behörde verlange, daß der verantwortliche Redakteur eines Staatsarbeiter-Fachblattes ein Beamter sei, der der Disziplinargewalt unterliege. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß baldigt ein Rechtsboden geschaffen werde, auf dem auch die Staatsarbeiter ihre Forderungen stellen können, ohne eine Disziplinarstrafe befürchten zu müssen. (Beifall.)

Er erfuhr, folgender Entschlieung zustimmen:

„Obwohl § 1 des Vereinsgesetzes grundsätzlich allen Reichsbürgern das Recht zur Vereinsbildung gewährt, hat die Regierung ihm bisher die Auslegung gegeben, daß die Rechte des Staates als Arbeitgeber mit Bezug auf die Vereinsfähigkeit seiner Beamten und Arbeiter vom Vereinsgesetz unberührt gelassen würden. Diese Auslegung hat in der Praxis häufig zur Einschränkung der Vereinsfähigkeit der sämtlichen staatlichen Beamten und Arbeiter auch in geduldeten Vereinen geführt. Wenn daher die Befreiung grundlos werden soll, daß die Novelle zum Vereinsgesetz für die staatlichen Beamten und Arbeiter belanglos sein wird, weil der Staat als Arbeitgeber diejenigen Beschränkungen weiter vornehmen wird, welche die Novelle der polizeilichen Handhabung entgegensteht, dann muß einwandfrei erklärt werden, daß das Vereinsgesetz auch in vollem Umfange auf die Vereine der staatlichen Beamten und Arbeiter Anwendung findet, soweit nicht andere reichsgesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen.“

Es sprachen darauf Kochler (Elberfeld), Wilhoim (Berlin), Nibel (Worms), Lechleiter (Elberfeld), Valentin (Berlin), Wich (Kattow) und Streiter (Worms). Sie erklärten sich sämtlich mit den Ausführungen der Referenten und mit der beantragten Entschlieung einverstanden und betonten die Notwendigkeit, den Staatsarbeitern volles Koalitionsrecht zu gewähren. Valentin verlangte die Einsetzung eines

Reichsarbeiterausschusses.

Die Entschlieung gelangte darauf einstimmig zur Annahme. — Im weiteren wurde beschlossen, Jubiläumstelegramme an den Kaiser und an den Reichskanzler zu senden. Von letzterem war noch im Laufe der Verhandlung ein Dankesgramm eingetroffen.

Der Vorsitzende Abg. J. Aler dankte den Abgeordneten für ihr Erscheinen und sprach den Wunsch aus, daß diese für die Forderungen der Staatsarbeiter eintreten werden.

In der gestrigen geschlossenen Sitzung des Vertretertages deutscher Staatsarbeiterverbände wurde beschlossen, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß bei Beratung der Novelle zum Vereinsgesetz die Regierung zu einer Erklärung veranlaßt werde, in Zukunft dem § 1 des Vereinsgesetzes eine für die Staatsbediensteten nicht mehr ungünstige Deutung zu geben. Die im Staatsinteresse notwendigen Beschränkungen sind im § 1 durch die Ermächtigung der anderen reichsgesetzlichen Bestimmungen genügend berücksichtigt.

Ferner gelangten nach eingehender Erörterung folgende Entschlieungen zur Annahme:

„Die am 5. und 6. Mai 1916 in Berlin versammelten Vertreter deutscher Staatsarbeiterverbände erklären es für eine Selbsthaltungspflicht der deutschen Arbeiterschaft, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, was dazu beiträgt, die Güter unserer Feinde zu schänden zu machen und den deutschen Fahnen ruhmreichen Sieg zu verleihen.“

Sie halten es aber angesichts der schweren Daseinsorgen ihrer mit ungesteigertem Einkommen lebenden Mitglieder für ihre Pflicht, der Regierung diese Sorge nachdrücklich zur Berücksichtigung bei allen Maßnahmen zur Regelung des Verbrauches und der Preisbildung zu empfehlen.

Darüber hinaus halten die Vertreter es für eine Pflicht der Verbände, in kommenden Friedenszeiten sich größeren Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Wirtschaftspolitik zu sichern.

2. Die Vertreter der Handwerker, der Hilfsbeamten und Arbeiter in den Betrieben der staatlichen Eisenbahndirektion, der Wasser- und Strombauverwaltung und der Reichspost- und Telegraphenverwaltung haben die bisher gewährten außerordentlichen Teuerungsbefreiungen dankbar begrüßt.

Die Entwicklung der Lebensmittelpreise und -Verteilung ist aber inzwischen eine derartige geworden, daß die bisherigen Teuerungsbefreiungen nicht im entferntesten ausreichen, um das Mindestmaß an Ernährung sicherzustellen, dessen sie selbst bei der augenblicklichen Kräfteanspannung, dessen auch ihre Familienangehörigen bedürfen.

Die Vertreter der Verbände erachten daher einstimmig eine Erhöhung der Teuerungsbefreiungen für ein dringendes Bedürfnis.

Endlich wurde noch beschlossen:

Die Vertreter deutscher Staatsarbeiterverbände halten in Anerkennung der gewaltigen Verdienste unserer deutschen Sozialversicherung um den siegreichen Ausgang des Weltkrieges es für dringend geboten, die Erhaltung und den weiteren Ausbau der sozialen Versicherung im Interesse des Vaterlandes zu sichern und zu fördern und zu diesem Zweck Maßnahmen rechtzeitig vorzubereiten, welche die deutsche Sozialversicherung von den direkten und indirekten Kriegslasten zu befreien geeignet sind, mögen nun diese Maßnahmen die Versicherungsmittele und -Einrichtungen allein betreffen oder sich darüber hinaus auf Wohnungsfürsorge, Ernährungswesen und ähnliche Fragen der Sozialpolitik erstrecken.“

Die weiteren Beratungsgegenstände betrafen innere Angelegenheiten des Verbandes.

Soziales.

Entlassung kriegsunbrauchbarer Mannschaften.

Am 7. April nahm der Reichstag mit 142 gegen 110 Stimmen den Antrag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an, mehr als bisher die Entlassung dauernd kranker und dienstuntauglicher Mannschaften zu beschleunigen. Im Reichstag hatte der Abgeordnete Dr. Oskar Cohn zur Begründung unter anderem angeführt, daß es vorgekommen ist, daß sogar dienstuntaugliche Ersatz- und Sozialdemokraten erst entlassen seien, nachdem die Verwaltungsbehörde bescheinigt habe, daß sie politisch unbedenklich sind. Außerdem wäre der Militärbehörde ein reiches Material übermietet, das die Zurückbehaltung befristete. Im Sinne des Reichstagsbeschlusses liegt folgender, im neuesten „Armee-Verordnungsblatt“ veröffentlichter Erlaß:

Mannschaften, deren Kriegsunbrauchbarkeit mit oder ohne Verlegung festgestellt, sind nicht länger als unbedingt erforderlich in Dienst zurückzuhalten und mittels eines beschleunigten Verfahrens seitens der sich vertretenden Generalkommandos zu entlassen. Zur Vermeidung von Verzögerungen der Entlassung ist es geboten, daß sämtliche beteiligte Dienststellen so frühzeitig wie möglich alle Unterlagen beschaffen, die für die Beurteilung der Kriegsunbrauchbarkeit und der etwaigen Verlegung des Mannes erforderlich sind. Diese Unterlagen sind umgehend dem zuständigen Ersatztruppenteil zuzuleiten, der ebenfalls für die rechtzeitige Beschaffung aller für die Beurteilung der Kriegsunbrauchbarkeit usw. in Betracht kommenden Unterlagen Sorge tragen muß. Die verfallene Entlassung darf nicht etwa wegen Fehlens der Militärpapiere verzögert werden. In diesem Falle ist den zu Entlassenden ein vorläufiger Ausweis zu erteilen, der später durch den Militärpaß zu ersetzen ist.“

Berichtszeitung.

Einbruch in eine Kirche.

Der Einbruch in die Nicolaiskirche zu Dranienburg, der in der Nacht zum 20. März verübt wurde, beschäftigte gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts III.

Die auf wiederholten schweren Diebstahl bezüg. Widerstand gegen die Staatsgewalt lautende Anklage richtete sich gegen den Neumal, auch schon mit schweren Justizstrafen bestraften Adolf Esche und den zwölfmal vorbestraften Heinrich Kundraß. In der genannten Nacht stiegen Einbrecher der Nicolaiskirche in Dranienburg einen Versuch ab. Sie hatten das Kirchenfenster eingedrückt, nachdem sie den Zaun überstiegen hatten, und stahlen einen hölzernen Kasten, in dem sich zwei Kassetten befanden. Diese erbrachen sie im Garen und teilten das darin vorgefundene Geld unter sich. Ferner wurde ein in der Nähe des Altars befindlicher kleiner eisenbeschlagener Eisenkasten erbrochen und seines Inhalts von etwa 40 M. Opfergeld beraubt. Weiter drückten die Diebe die Scheibe eines an der Wand befestigten Öfenkastens ein und entnahmen ihm 57 M. Orden, Kriegsdenkmalen und Ehrenzeichen von 1864, 1866 und 1870/71, zum Teil von erheblichem Werte. Diese sind später in der Wohnung des Angeklagten Esche, der bei dem zweiten Angeklagten einwohnte, vorgefunden und dem Superintendenten Hiele zurückgegeben worden. Die Täter wurden durch einen Zufall entdeckt. In der Nacht eines Morgens einer Frau die Taische auf, daß zwei Männer einen mit Gegenständen beschwerten Kinderwagen in den Wald schoben. Sie machte die Polizei darauf aufmerksam und ein Kriminalbeamter überraschte die beiden gerade, als sie im Walde eine neue Kassette erbrechen wollten, die aus einem Einbruchdiebstahl in der Regel herrierte. Der Kinderwagen, der noch andere aus Diebstählen stammende Sachen enthielt, war gleichfalls gestohlen und zum Transport benutzt worden. Esche wurde festgenommen, Kundraß aber gelang es, zu entkommen. Später wurde er in Berlin festgenommen. In seiner Wohnung wurden die Orden und Ehrenzeichen vorgefunden und dadurch die Täterschaft bei dem Kirchenraub nachgewiesen. Die Strafkammer verurteilte Esche zu 5 Jahren Zuchthaus, Kundraß zu 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht. Den Angeklagten wurde 1 Monat als Verbüßt angerechnet.

Ein Kriegsgeschäft.

Wegen Vergehens gegen § 329 des Strafgesetzbuches stand gestern der Fabrikant Paul Stübner aus Jülich vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III. Er wurde für überführt erachtet, die mit einer Behörde geschlossenen Lieferungsverträge über Bedürfnisse des Heeres nicht zur bestimmten Zeit und nicht in der vorgeschriebenen Weise erfüllt zu haben. Er wurde zu vier Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.

10 000 Mark Steuern hinterzogen.

Unter der Anklage, 10 000 M. Staats- und Gemeinde-, sowie 1850 M. Wehrsteuer in dem Zeitraum seit etwa zehn Jahren hinterzogen zu haben, stand gestern vor der Dortmund Strafkammer der frühere Direktor der Zeche Sibirnia, Felix Bruchhausen. Bruchhausen war auch seit 1907 Direktor bei der Garpener Bergbau-Mitgesellschaft und bezog als solcher ein Jahresgehalt von 18 000 M. und etwa 8 bis 12 000 M. jährliche Tantieme. Außerdem bezog er von seinem Schwiegervater, Fabrikbesitzer Bremer (Firma Schästermann u. Bremer) eine von jährlich 40 000 bis über 50 000 M. steigende Rente. Der Angeklagte soll von 1904 bis 1914 über 200 000 M. Einkommen beschworen und dadurch das Reich um 1850 M. Wehrsteuer, den Staat und die Gemeinde um mehr als 10 000 M. geschädigt haben. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Aus aller Welt.

Ostern in Warschau.

Keiner von uns hätte im Vorjahre daran gedacht, Ostern 1916 in Warschau zu verbringen. Und doch sitzen wir seit einem halben Jahre hier in der Hauptstadt von Rußisch-Polen und versehen unseren Dienst.

Am Anfang der Karwoche erfuhren wir, daß wir an den Feiertagen Konzert, veranstaltet von Berliner Mädchen, hören sollten. Mäander Kamerad lächelte ungläubig. Aber die Nachricht stimmte. Am Karfreitag trafen die Sängerinnen hier ein. Über 200 junge Berlinerinnen, welche sich vorgenommen hatten, uns Feldgrau zu den Feiertagen mit ihrem Gesange zu erfreuen. Es war der bekannte "50 Personen starke Mittelchor", welcher unter Führung des Dirigenten Herrn Bruno Mittel nach hier kam.

Das war ein Leben und Treiben, als die ganze Gesellschaft zu den telegraphisch für sie bestimmten Hotels geleitet wurde, um sich von den Strapazen der 15-tägigen Reise zu erholen.

Am Sonnabend kramte die Bevölkerung, als sie diese Schar weißgekleideter junger Mädchen zur russischen Kathedrale pilgern sah. Denn in diesem gewaltigen, mit fünf goldenen Kuppeln geschmückten Bauwerk sollte am ersten Feiertag das Konzert stattfinden, zu dem am Tage vorher die Probe vorgenommen wurde.

Wie freuten wir uns — mein Kamerad und ich — als wir am späten Abend so recht vertraulich und doch zaghaft angesprochen wurden in reinem unverfälschtem Deutsch: „Ach, Sie entschuldigen, wie kommen wir zu unserem Hotel, wir haben uns wohl verlaufen.“ Wie angenehm waren wir berührt, als wir endlich mal wieder von Damen in der Heimatsprache angesprochen wurden, während wir sonst nur polnisch, russisch und allenfalls noch das jüdische Deutsch hörten. Als sich nun noch herausstellte, daß auch wir Berliner waren, da war die Freude groß. Natürlich liehen wir uns es nicht nehmen, die Damen zu ihrem Hotel zu begleiten, zumal wir auf Grund unseres ziemlich halb-jährigen Aufenthaltes hier selbst mit der Stadt und ihrem Leben und Treiben genau vertraut waren. Wie dankbar wurde unser Vorschlag angenommen, an den beiden Feiertagen in der abgelaufenen freien Zeit der Särensleiter durch Warschau und Umgegend zu sein. Pünktlich zur verabredeten Stunde am nächsten Morgen ging's los. Wie kramten die Besucherinnen, als sie die Pracht der Kirchen, Paläste und Parkanlagen sahen. Wie mitteilig wieder waren alle gestimmt bei dem in den Judenvierteln herrschenden Elend, und wie füllte sich manches Auge mit einer Träne, als wir an den endlosen Kassengräbern mit ihren zahllosen Kreuzen auf dem hiesigen, außerhalb liegenden Militärfriedhof entlang gingen. So mancher Gedanke mag in der Ferne geweilt haben bei einem lieben Angehörigen, der auch an diesem gewaltigen Völkerringen teilnimmt oder den schon irgendwo anders in Feindesland der lähle Asten deckt. Was für Gedanken mögen durch diese Köpfe gegangen sein, als sie vor den Trümmern des jenseits der Weichsel in Praga liegenden Peterburger Bahnhofes standen, von wo aus der fluchtartige Abzug der Russen stattgefunden sollte, als am 6. August vorigen Jahres die Deutschen vor den Toren Warschaws standen und die deutsche Artillerie ihre Geschosse und Bomben auf die Bahnanlagen warf, alles vernichtend, was dem Feinde die Flucht erleichtern könnte.

Wenn man auf den allen Anblicken den stolzen Bau dieses Bahnhofes betrachtet, und man steht vor dem jetzt abgeriegelten Zinnenmauerwerk, dann denkt man so recht an die Worte des Dichters: „Ein kurzbar während Säkrednis ist der Krieg; den Dürren schlägt er und die Herde.“ „O, wie furchtbar“, entfuhr es manchem Munde, als wir an den endlosen Gleisen des ehemaligen Güterbahnhofes standen und die unabsehbaren Reihen der Güterwagen erblickten, welche von den Russen mit Petroleum befüllt und angezündet wurden, um sie nicht in die Hände des nachdrängenden Feindes fallen zu lassen. Jetzt ragen die Eisensteile, welche sich infolge der enormen Hitze total verbogen haben, als eine unformige Masse unheimlich auf den Untergleisen empor. Als wir dann auf die jenseits der Weichsel auf Warschauer Gebiet liegenden langgestreckten Gebäude der Fabrik aufmerksam machten, da wurde eingehend erwogen, weshalb wohl der Feind nicht diese Festung bemerkt hatte, um unteren Armeen entgegenzutreten und den weiteren Vormarsch zu hindern. Es wollte manche der Damen kaum glauben, daß auch dieser starke Fortgürtel kampfslos aufgegeben wurde, nur um fortzukommen aus der Nähe des Feindes.

Stolz leuchteten die Augen ab der Sänelligkeit und ungeheuren Arbeitsleistung unserer technischen Truppen, als wir ergriffen, in welcher kurzer Zeit es gelungen war, zwei von den drei über die Weichsel führenden vollständig gesprengten Brücken wiederherzustellen, um die Verfolgung aufzunehmen. Als nun auch die noch nicht wiederhergestellte Poniatowski-Brücke in Augenschein genommen wurde, da konnte man beim Anblick dieser Trümmermassen recht ermessen, was für eine gewaltige Arbeit es war, um die beiden anderen Brücken instandzusetzen und dem Verkehr zu übergeben. Jetzt fährt wieder die Eisenbahn darüber hin und die elektrische Straßenbahn verbindet nach wie vor Warschau mit Praga.

Wald vertrieb die Zeit, auch das Freilichttheater wurde besichtigt. Um 1/2 8 Uhr fand das letzte Konzert im großen Saale der Bühnensocietät statt. Danach geleiteten wir die meisten unserer lieben Gäste zum Wiener Bahnhof, da der 10.46 Uhr fahrende D-Zug schon zur Rückreise benutzt werden sollte. Ein letzter Händedruck und der Zug legt sich in Bewegung, unsere Gedanken mitnehmend nach dem fernem Berlin. Das Plätern der Taschenbücher verschwindet, und auch wir begeben uns nach unserem Heim, um morgen unsere gewohnte Beschäftigung wieder aufzunehmen, hoffend, daß bald das Telegramm durchläuft, das uns die Nachricht vom Frieden bringt. R. P.

Der Militärstoß um Hunderttausende betrogen.

Wie dem „Berliner Volksanzeiger“ aus Königsberg i. Pr. berichtet wird, wurden die drei Großschächter G. Dienz,

Th. Unter und Rebel verhaftet. Den in günstigen Verhältnissen lebenden Großschächtern wird zur Last gelegt, ganze Wagenladungen mit Vieh, das für behördliche Lieferungen bestimmt war, nicht an die dafür bestimmte Adresse abgeliefert, sondern nach Fälschung von dazu gehörigen Papieren weiter verpackt und zum eigenen Nutzen verkauft zu haben. Als Mißthäter werden mehrere Angestellte bezeichnet, welche für ihren „privaten Bedarf“ vom Schlachthofe in nächtlicher Stunde halbe und ganze Schweine sowie einzelne wertvolle Teile der für behördliche Lieferungen geschlachteten Tiere in der Weise beiseite gebracht haben sollen, daß sie die wertvollen Stücke in mit Blut gefüllte Kannen verpackten und durch Helfershelfer weiter veräußerten. Die unlauteren Machenschaften sind durch übermäßig große Geldausgaben einer Anzahl bei den Unterschleifen beteiligter Personen und in deren animierter Stimmung aus Tageslicht gekommen. In der Stadt ist das Gerücht verbreitet, daß einzelne der bei den Unterschleifen beteiligten Angestellten einen wöchentlichen Verdienst von 300—400 M. gehabt haben; die „Verdienste“ der in Haft genommenen Fleischermeyier sollen 400 000 bis 500 000 Mark betragen. (z)

Ein Tiroler Dorf eingedöhert. Freitag nachmittag 2 Uhr brach in dem Marktsiedel Deutsch-Watzei am Brenner Feuer aus, das bei dem herrschenden Wind sehr rasch um sich griff, so daß bis 5 Uhr bereits mehr als die Hälfte des ganzen Ortes in Schutt und Asche lag. Von Innsbruck gingen in Sonderzügen Militär- und Feuerwehmannschaften zur Hilfeleistung ab. Erst nach sechsstündiger Arbeit konnte der Brand bezwungen werden. 58 Wohnhäuser sind vernichtet worden. Menschenleben sollen nicht zu beklagen sein.

Mord. In Frankfurt a. M. wurde der 77 Jahre alte Privatier Ernst Habmann in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Es wird angenommen, daß es sich um einen Raubmord handelt.

Opfer des Bergsports. Der seit fünf Tagen vermißte Offiziersaspirant Erich Budde, Sohn des Direktors Budde in Wernigerode, der dem Münsterlager auf Urlaub in den Saß gezogen war, wurde am Hohenstein gerettet aufgefunden.

Anscheinend ist er beim Nalieren vom Kreuz des Hohenstein abgeführt.

Sanft bei einer Heimvorkellung. In der Gemeindefchule in Balja im Szabolcsker Komitat veranstaltete, wie ein Telegramm aus Budapest meldet, der Dorflehrer zu wohltätigen Zwecken mit einem selbst konstruierten Projektionsapparat einen Lichtabend. Ein Schulkunde, der die Karbidlampe halten sollte, ließ die Lampe fallen und es entstand Feuer. Der Vorhang und der Film gerieten in Brand. Die Besucher luden die Straße zu erreichen; es stellte sich jedoch heraus, daß jemand die Saaltür von innen abgesperrt und den Schlüssel abgezogen hatte. Schließlich gelang es einigen beherzten Männern, die Fenster einzuschlagen und zunächst die Kinder zu retten. Sechs Personen sind schwer, vierzehn leichter verwundet worden.

Volks-Feuerbekämpfungverein Grob-Berlin. Dienstag den 9. Okt. abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in Berlin, Kaler-Wilhelm-Str. 31 (Kaiserhof). Auch werden dabei Mitglieder aufgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

M. H. 55. Der Vater muß unter Angabe der Sparkasse und der Nummer des Sparkassenbuchs einen begründeten Antrag an das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin, Landberger Str. 43-47, auf Auszahlung des Sparguthabens stellen. — G. H. 203. Die Rolle wird Sie als Selbstthäter jetzt nicht mehr aufnehmen. Sie haben als Anzeigerin aber Anspruch auf die Reichswohnenhilfe. Diese ist bei der Kasse, bei der Ihr Ehemann zuletzt Mitglied war, zu beantragen. Gebiete Ihr Mann keiner Krankenkasse an, so müssen Sie einen Antrag auf Gewährung der Reichswohnenhilfe bei der zuständigen Staatskasse einreichen. — G. L. 8. Wenn Ihr Mann ein Jahreseinkommen von über 1500 M. hatte, so können Sie einen Antrag auf Gewährung der Zulage beim Volkseinkommen stellen. — H. R. 100. 1. und 2. Ja. 3. Von dem Vater des Kindes können während seiner Dienstzeit Unterhaltsgelder nicht verlangt werden. 4. Ja. — G. J. 100. 1. Das Krankengeld kann Ihnen nur soweit gefürzt werden, daß es insgesamt den durchschnittlichen Betrag des täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt. Wie hoch Ihr Arbeitsverdienst war, haben Sie nicht angegeben. 2. Ja. 3. Sie gehörten noch zum aktiven Heere.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Zeitweise heiter, aber sehr veränderlich. Im Küstengebiet überwiegen demüßt mit leichten Regenschauern. Besonders im Süden stellenweise Gewitter. Ostwärts fortschreitende leichte Abkühlung.

GARBÁTY
CIGARETTEN

DEUTSCHES FABRIKAT
TRUSTFREI

Rasch und sicher wirksam bei:

Jogal

Gicht Hexenschuß
Rheuma Nerven- und
Ischias Kopfschmerzen

Wirkl. glänzend bewährt. — Hunderte von Anerkennungen. Ein Versuch wird jeden von der Vorzüglichkeit des Präparates überzeugen. „Jogal-Tabletten“ sind in allen Apotheken erhältlich.
Preis pro Packung 3.50 Mark. Großpackung 1.40 Mark.

Reichel's
Magentropfen

(Beneid. Chens) gegen Appetitmangel, verdorbenen Magen, Sodbrennen, Blähungen, Druckgefühl, nervöse Magenschwäche, Uebelkeit, Magenkrampf, wie überhaupt Magenbeschwerden.
Fl. 80 Pf. echt nur mit „Metlico“ u. 2 M. einzig in der Welt.
Waren in Drogaprien nicht erhältlich, durch Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 1.

J. Baer
Balstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Moderne Herren- und Knaben-Anzüge, Eleg. Paletots, Vitor Joppen, jed. Preislag. Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung Billigste, feste Preise.

Münzen Rob Ball
Münzenhandlung
Berlin, Wilhelm-Strasse 40/47.

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

In Freien Stunden
Die
Wochenheft für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Gemüse-Pflanzen
in bester Auswahl.
Balkon- u. Freiland-
Blumenpflanzen.
Frühe Sendung in Ia.
Hochstamm- und Buschrosen.
E. Boese & Co.
G. m. b. H.
C. 25, Landberger Str. 64.

Eisenmoorbath Pretzsch a. Elbe

Auffallende Heilerfolge bei Gicht, Rheuma, Ischias, Nerven- und Frauenleiden. Billigste und beste Verpflegung in der Kriegszeit, da in der Gegend nur Landwirtschaft. Anerkannt guter, billiger und angenehmer Erholungsort. Angelsport, Flußbäder usw. Keine Kurtaxe. Prospekte durch die Badeverwaltung.

Stotterer. Metallbetten
Verlangen Sie kostenl. Kullärungsprospekt. G. Naackel, Reutbahn, Redenstr. 5. 144/5
Holzrahmenmatrassen, Strohbetten, billigt an Private, Katalog frei. Ottensmöbelfabrik Zuhl i. Thür.

Reiser

Spannen

Schuhe sind im Frühling und Sommer die angenehmste und eleganteste Fußbekleidung zum kurzen Rock

Friedrichstraße 179
Zaunbiersstraße 20
Königsstraße 34
Leipziger Straße 65
Oranienstraße 42a

Roßb. Turmstraße 50
Wallerstraße 30
Oranienstraße 34
Reutbahn, Bergstr. 7/8
Friedenau, Abelsstr. 14

Ommer-Kleidung



Schleierstoffblusen

aus guter wasserdichter Ware in überwältigender Auswahl, mit neuartigem Kragen u. Stehfragen

- 1. Ganz bestickt nur ... 5.50
2. Kattfrel mit großer Klappe ... 7.75
3. Gezeugt, mit reichem Stickerei-Muster ... 6.75



Straßenkleid

aus dauerhafter grauer Ware, mit weitem neuartigen Faltenkragen und elegantem Stehfragen. Weiter glücklicher Rod nur 46.—

„Lederkötter“

lange, feste Jacke, das anliegende Nieder durch einen Ciapp-Gürtel gehalten. Stocker Fall nur 22.50

Dopeline-Mantel

vorsichtige Ware, flotte Gürtelform, mit Seidentresse reich verziert, neuer Wiener Kragen nur 28.50

C & A BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Rönigstraße 33 Chausseestraße 113

Donnags geschlossen.

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 1. Siebungstag 6. Mai 1916

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie, 5th class, 1st drawing, 6th May 1916. Includes various numbers and prize amounts.

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 1. Siebungstag 6. Mai 1916

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

Nur die Gewinne über 192 M. sind in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie, 5th class, 1st drawing, 6th May 1916. Includes various numbers and prize amounts.

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 1. Siebungstag 6. Mai 1916

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

Nur die Gewinne über 192 M. sind in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie, 5th class, 1st drawing, 6th May 1916. Includes various numbers and prize amounts.

7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 1. Siebungstag 6. Mai 1916

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

Nur die Gewinne über 192 M. sind in Klammern beigefügt.

Table of lottery numbers for the 7. Preussisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuss.) Klassenlotterie, 5th class, 1st drawing, 6th May 1916. Includes various numbers and prize amounts.

Mittwoch, den 10. Mai: Zahlabend in Groß-Berlin.

Höchstpreise, Preisprüfungsstellen und Kontrollkommissionen.

Von Hermann Radtke.

Die Frage der Lebensmittelversorgung ist die brennendste der Diergebliebenen. Wer Gelegenheit hatte, in irgendeinem Zweig der Kriegsvorfürsorge tätig zu sein und aus dem Munde der Betroffenen selbst die einfachen, oft tragischen Schilderungen zu hören, der empfindet das Unrecht doppelt und ist verpflichtet, auf Besserung zu dringen.

Allgemein bekannt und oft besprochen ist, daß die Reichsregierung die Regelung der Lebensmittelpreise und die Verteilung derselben immer erst dann vornahm, wenn es zu spät war, das heißt: wenn die Preise eine solche Höhe erreicht hatten, daß sie den Unwillen der gesamten Bevölkerung hervorriefen und wenn die Vorräte fast aufgebraucht waren. Die festgesetzten Höchstpreise waren mit ganz geringer Ausnahme viel zu hoch und standen in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen der Produzenten und Händler.

Die Einrichtung von städtischen Preisprüfungsstellen konnte dem Uebel durchaus nicht wehren. Ganz richtig schreibt ein Mitglied der Groß-Berliner Preisprüfungsstelle in Nr. 228 des „Verl. Tageblatt“ vom 4. Mai 1916:

„Dagegen hat diese Bundesratsverordnung, indem sie den Gedanken der Preisprüfungsstellen aufnahm, ihre Rechtsgrundlage nur wenig erweitert. Sie hätte ihnen zu dem guten Willen auch die Macht verleihen können. Doch die Preisprüfungsstellen bekamen nur die einzige Anordnungsbefugnis, den Ausschlag von Preisüberschreitungen vorzuschreiben, und haben von dieser Befugnis weitestgehenden Gebrauch gemacht. Im übrigen wurde ihnen nur das Recht gegeben, ernüchternde Nachforschungen auch bei Widerstrebenden zu veranstalten. Die Ergebnisse ihrer Feststellungen aber dürfen sie nicht selbst veröffentlichen, sondern dürfen nur Gutachten abgeben und Anträge stellen. Sie dürfen „zurückgehaltene“ Waren nicht enteignen; das darf nur die „höhere Verwaltungsbehörde“, in Berlin der Polizeipräsident. Ihre Strafangelegenheiten gehen den gleichen Gang wie die Strafangelegenheiten von Privatpersonen, wenn auch das Berliner Polizeipräsidentium besondere Abteilungen für die Angelegenheiten des Lebensmittelverkehrs gebildet hat. Im Frieden mag es recht sein, daß diese Eingriffe in die Privatwirtschaft und die strafende Gewalt lieber von zwei oder drei als von einer Stelle ausgehen. Wenn man aber im Kriege von außerordentlichen Veranlassungen außerordentliche Leistungen erwartet, so muß man ihnen auch außerordentliche Vollmachten geben. Am schleppendsten wird der Geschäftsgang dann, wenn, wie in Groß-Berlin, die mit der Gemeindebehörde verbundene Preisprüfungsstelle nicht auch bei der Gemeindebehörde ihr polizeiliches Rückgrat findet, sondern mit allen Anträgen an die königliche Polizei herantreten muß, die, wie es selbstverständlich ihre Pflicht ist, die von den Preisprüfungsstellen geprüften Dinge noch einmal prüft.“

Jeder Uebergriff muß erwiesen sein; den Beweis zu erbringen, ist oft keine Kleinigkeit, wenn man bedenkt, daß geschäftsgewandte Händler immer einen Ausweg finden. Zur Beweisführung sind aber fortlaufende und strenge Kontrollen notwendig. Wer von selbst nicht soviel Einsicht aufbringen kann, dem muß sie aufgezwungen werden.

Hier und da hat man Kontrollkommissionen eingerichtet, so auch in Neudamm. Diese Kontrollkommissionen könnten zu einem gewissen Teil noch sehr segensreich wirken, wenn sie größere Befugnisse hätten und somit das Material zusammenbringen könnten, welches die Praxis ergibt.

Hier einiges aus der Praxis. Als im März d. J. die Zustände bei dem Butterverkauf unhaltbar wurden, führte man die sogenannten Speckarten ein, d. h. auf jede Speckart konnte nur eine bestimmte Menge entnommen werden. Die Klagen darüber, daß von den Geschäften angeheftet wurde, die Butter ist ausverkauft, trotzdem es nicht der Fall sein sollte, da nach immer bessere und feste Kunden der Geschäfte solche erhielten, kauften sich so, daß ich in Gemeinschaft mit noch zwei Mitgliedern der Preisprüfungsstelle eine Kontrolle in 8 Geschäften vornahm. Diese Kontrolle ergab trotz der Schilder: Butter ausverkauft und trotz der Versicherung der Verkäuferinnen, daß keine Butter mehr vorhanden sei, daß 70% Pfund Naturbutter und 2 1/2 Pfund Margarine vorgefunden wurden. Dabei muß bemerkt werden, daß die Kontrolle abends 7 Uhr 30 Minuten erst vorgenommen wurde.

Die Butter war stets eingepackt, öfter auch mit einem Namen versehen und zum größten Teile verpackt. Als Verkäufe kamen die Privaträume in Frage. In Räumen, auf Regalen, unter dem Schreibtisch, im Kleiderschrank und in einem Falle sogar im jungfräulichen Bette fand man diesen vielbegehrten Artikel.

Da unsere Vorkaufsbesatze besagt, daß wir die Räume, in denen die Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs gelagert werden, betreten dürfen, mußten wir wohl oder übel auch hier zuschlagen. Eine eingehende Schilderung der Vorgänge wurde der Preisprüfungsstelle übersandt; jedenfalls ist von dort das Notwendige veranlaßt worden.

Nun entsteht der Streit darüber, ob es gestattet sei, sich Waren vorher zu bestellen und noch heute ist die Ansicht in den maßgebenden Stellen die, daß die Vorbestellung gestattet ist. Man sucht das juristisch haarfährig nachzuweisen. Es sei dem wie ihm wolle, dieser Auffassung muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. In der heutigen Zeit darf keiner Vorräte haben. Wie ist es zu entschuldigen, wenn derjenige, der ein guter und ständiger Kunde eines Geschäfts war, nur seine Bestellung abzugeben braucht, um sicher in den Besitz seines Quantum zu kommen, ohne irgendwelche Mühe; während, da keine Garantie gegeben ist, daß ein jeder auf seine Karte auch wirklich Butter erhält, ein großer Teil der Bevölkerung — und gerade der, der die Butter am nötigsten gebraucht — von einem Geschäft zum anderen laufen muß, überall Kundendienst heischend, um am Abend ermüdet wieder mit leeren Händen nach Hause zu kommen. Wie soll es nun erst denen ergehen, die des Tages über arbeiten? Deshalb fort mit diesem System, keine Vorbestellung mehr. Reichen die Vorräte nicht aus, dann mag lieber die Nation herabgesetzt werden; ein jeder muß aber die Garantie haben, daß er seinen Teil auch wirklich bekommt. Heute ist es vielfach so, daß die Verkaufsräume in die Privaträume verlagert sind; hier werden die „bestellten“ Waren aufbewahrt und dem Kontrollierenden wird entgegengehalten: Hier sind die Privaträume! Dadurch wird jede Kontrolle unmöglich und der unangebrachten Bevorzugung Tür und Tor geöffnet.

Nach meiner Erfahrung muß ich annehmen, daß hiermit viel Unfug getrieben wird. Dafür nur ein Beispiel: Am 6. Mai nahm ich in einem Buttergeschäft auf Verlangen von Käufern, daß sie abgewiesen wurden, indem ihnen gesagt wurde, die Butter sei ausverkauft, eine Kontrolle vor. Mein Bestreben war, festzustellen, ob wirkliche Bestellungen vorlagen und in welchem Umfang es geschähe. Wir wurde trotz meiner Legitimation von der Verkäuferin jede Auskunft und der Zutritt zu den Räumen, wo die bestellte Butter lagerte, verweigert.

Erst nachdem ich polizeiliche Hilfe geholt hatte, war eine Kontrolle möglich. Es wurden 17 Pakete, die je ein halbes bis ein

Pfund enthielten, gefunden. Auf den Paketen befanden sich auch Namen. Als ich Auskunft über die Käufer erbat, um nachprüfen zu können, ob wirkliche Bestellungen vorlagen, konnte mir nur für drei Pakete die Adresse der Verkäufer angegeben werden.

Sollten solche Fälle, die sich wohl überall feststellen lassen, nicht Anlaß geben, hier eingzugreifen? Sollte nicht dafür gesorgt werden, daß, wenn es heißt, dieser oder jener Artikel ist ausverkauft, es auch in Wirklichkeit der Fall ist; während es heute so liegt, daß trotz aller Ankündigung für einen Teil noch immer Waren gibt, wenn er nur in der Lage war, ein „guter Kunde“ des Geschäfts gewesen zu sein.

Ein schnelles und kräftiges Eingreifen wird manche gerechte Erbitterung beseitigen.

Aus Groß-Berlin.

Auf der Suche nach Speck und Fleisch.

Einige Wochen ist es her, da forderten die Gemeindebehörden öffentlich auf, die Mittelstücke der Brotkarte bei dem Schlächter abzugeben, von dem man Fleisch zu beziehen wünscht. Dieser Aufforderung wurde entsprochen. Der Zweck dieser Maßnahme sollte sein, eine Uebersicht über den Bedarf in Berlin zu erhalten. Es sind Wochen ins Land gegangen. Wir haben gesehen, daß Viehhändlerverbände ins Leben gerufen worden sind, welchen die Viehhaltung übertragen worden ist. Wir haben auch eine Reichsfleischstelle erhalten. Wer aber in den letzten Tagen zu seinem Schlächter kam, bei dem er das Brotmarkenmittelstück abgegeben hatte, mußte die Wahrnehmung machen, daß Fleisch nicht vorhanden oder daß das Geschäft überhaupt geschlossen war. Glücklicherweise noch jene zu preisen, die eine zum Kauf von städtischem Schweinefleisch berechtigende Fleischkarte hatten. Diese „Glücklichen“ hatten unter Umständen — das heißt, wenn sie 3, 4 oder noch mehr Stunden in drängend fürchterlicher Enge geduldig ausgeharrt hatten — die Möglichkeit, ein oder zwei Pfund Schweinefleisch zu erhalten, wenn es nicht gerade alle war, ehe sie an die Reihe kamen. Unsere Schlächter hatten es oft gar nicht so eilig, die Läden zu öffnen, obwohl schon Hunderte vor der Tür standen, genau so, wie es in den Futterläden an der Tagesordnung ist. Nur ja nicht früher öffnen!

Aber am gestrigen Sonnabend war es doch auf dem Fleischmarkt trübselig. Da erzählte man uns von der Zahl der auf dem Schlachthofe aufgetriebenen Rinder, Hammel und Kälber, in den Schlächterläden, in den Markthallen war es gestern öde und leer. Wir besuchten gestern vormittag zwei Markthallen und fanden die Fleischhände geschlossen. In der Weddinghalle verkaufte ein Schlächter einige recht kleine Kälber, die im Handumdrehen alle waren. Dann bot ein anderer Händler noch stark ausgetrocknete Hammelbeine das Pfund zu dem unverschämten hohen Preise von 85 Pf. an. Als die Hausfrauen, über diese Dreistigkeit empört, stinkende Hammelknochen für diesen Preis zu verkaufen, dem Manne die Wahrheit sagten, packte er seinen Kram ein, warf ihn in eine Ankerktonne und schloß seinen Stand. In der Lindenhalle sah es nicht anders aus. Nur Geflügel war hier zu absonderlich hohen Preisen zu kaufen. In den Schlächterläden war Fleisch nur selten zu sehen.

Und so wendete sich das Interesse den Läden zu, auf welche die Polizei ein Auge geworfen hatte. Glücklicherweise im Gefolge der Polizei an einen Laden geriet, in dem große Vorräte gefunden wurden und sofort zum Verkauf gelangten.

Das war in der Wilhelmstraße bei dem Hofschlächtermeister Viebold der Fall. Viebold hatte schon seit Wochen an seinem Laden ein Schild mit den Worten: „Fleisch ausverkauft!“ angebracht, obgleich er mehrere Male in der Woche früh am Morgen beträchtliche Mengen rohen Fleisches geliefert erhielt. Oft genug führen die bekannten Viebold'schen Schlächterwagen hochbeladen mit Fleisch vor dem Geschäft vor. Im Laden wurde den zahlreichen Kunden aber nur selten etwas anderes als Leberwurst verkauft. Allmählich fiel dieser dauernde Fleischmangel in der Nachbarschaft auf, bis am Freitag eine Anzeige bei der Polizei erfolgte. Mehrere Beamte begaben sich sofort in den Viebold'schen Laden und stellten die Inhaberin der Firma, Frau Rosa Viebold, zur Rede. Ihr blieb nichts anderes übrig, als die Beamten in die tiefsten Kellerräume zu führen. Dort wurden Fleisch- und Wurstwaren entdeckt, wie sie bisher noch bei keinem Fleischer gefunden worden sind. Man fand hunderte von Jentnern Speck, Schinken, Dauerwürste, frisches Rind- und Schweinefleisch, Röstfleisch, ganze Tonnen Fett und Salz und noch vieles andere. Von den Kellerräumen begaben sich die Beamten in die Privatwohnung der Inhaberin, die sich in demselben Hause befindet. Auch dort wurden große Mengen von Vorräten, namentlich Wurstsorten, gefunden, die sofort in den Laden hinabgebracht wurden. Ferner ermittelte die Polizei, daß sich in der Villa der Frau Hofschlächtermeister Viebold in Wannsee ebenfalls große Vorräte von Fett und Dauerwaren befanden. Gestern vormittag begaben sich einige Beamte dorthin und entdeckten in der Tat gewaltige Vorräte von Dauerwurst und ganze Reihen von Tonnen mit Fett und Salz. Diese Waren werden sämtlich nach Berlin gebracht werden. Des Weiteren wird angenommen, daß sich in der Villa des zurzeit im Felde stehenden Mitinhabers der Firma, Witsch, in Fürstenberg in Mecklenburg auch große Vorräte von Fleischwaren befinden. Auch dort wird auf Veranlassung der Polizei eine sorgfältige Hausdurchsuchung abgehalten werden.

Der Geschäftsinhaber gibt an, zu großen Lieferungen an Hotels, Pensionen und Anstalten verpflichtet zu sein. Immerhin wurde ein großer Teil der gefundenen Waren gestern sofort verkauft.

Wie ein Lauffeuer lief die Nachricht in der ganzen Gegend um, und es dauerte nicht lange, fanden viele Hunderte von Frauen vor dem Schlächterladen. Erstent kehrten sie mit ihrer Leute heim. Auch an einigen anderen Stellen der Stadt veranlaßte die Polizei den Verkauf solcher zurückgehaltenen Waren; so beim Schlächtermeister Dabelow in der Potsdamer Straße und bei Vöbel in der Oberberger Straße 2. Vöbel erhielt städtisches Schweinefleisch, verkaufte aber nur einige Pfund und erklärte dann, das Fleisch sei ausverkauft. Das glaubten ihm die Frauen nicht und nahmen polizeiliche Hilfe in Anspruch. Und Herr Vöbel mußte nunmehr das noch vorgefundene Fleisch hergeben. Große Empörung machte sich

gegen einen Schlächtermeister Vionert in der Oberberger Straße 51/52 geltend, der den Frauen in der beleidigendsten Weise entgegengetreten sein soll, als sie ihn darauf aufmerksam machten, daß er von dem von der Stadt bezogenen Fleisch Schinken nicht verkauft habe. In der Brunnenstraße erschien die Polizei bei dem Schlächtermeister Scharlich, der dann schnell seine Vorräte in den Laden brachte. Das gleiche trat ein bei dem Schlächtermeister Morgenstern in der Sägerstraße, der Wurst zum Verkauf brachte, die schon roch. Auch bei zwei Schlächtermeistern in der Wadstraße auf dem Gesundbrunnen hielt die Polizei Umschau und sorgte für Verkauf. In einem Falle wurde eine größere Anzahl Satten Schmalz gefunden. Der Schlächtermeister suchte sich zu helfen, indem er erklärte, er habe das Schmalz für das Rote Kreuz bestimmt.

Es ist nur erwünscht, wenn in dieser Weise weiter durchgegriffen wird. Es zeigt sich aber von Tag zu Tag deutlicher, daß es immer unhaltbarer wird, den Vertrieb der wichtigsten Lebensmittel in den Händen Privater zu belassen. Die Stadt muß die Verteilung selber in die Hand nehmen und unter einer geordneten Kontrolle verkaufen lassen. Dazu gehört aber auch die Uebertragung polizeilicher Befugnisse an die städtischen Organe. Damit ist aber die Frage selbst noch lange nicht gelöst. Auch die Stadt Berlin kann der Bevölkerung nicht mehr Fleischwaren verabfolgen als ihr geliefert werden. Und was nützen alle Vereinbarungen, wenn sie nicht erfüllt werden? Hier Abhilfe zu schaffen, tut in erster Linie dringend not.

Der Magistrat teilt mit:

In einer bekannten berlinerfeindlichen Korrespondenz wird die Erklärung des Magistrats über die mangelhaften Schlächterfleischlieferungen der amtlich ins Leben gerufenen Viehhändlerverbände um deswillen demängelt, weil der Magistrat dabei die von der Pommer'schen Viehverwertungsgesellschaft bezogenen Fettschweine nicht mit angerechnet habe. Diese Behauptung ist unzutreffend. In jener Erklärung des Magistrats war ausdrücklich gesagt, daß auf die der Groß-Berliner Gemeinschaft zuzurechnenden 14 1/2 Schweine die Kraft besonderer Vertragsabslüsse zu liefern den Fettschweine angerechnet seien. Sie belaufen sich für Berlin auf etwas mehr als 2000 in der Woche. Selbst wenn man für die Vororte die gleiche Menge rechnet, würden die Viehhändlerverbände noch über 10 000 Schweine wöchentlich zu liefern haben. Davon haben sie in der Osterwoche nur den 20. Teil angeliefert, und sie werden es sich unmöglich zugute rechnen dürfen, daß Berlin und die Vororte Kraft einer längst vor dem Entstehen der Viehhändlerverbände getroffenen Vorsorge für die minderbemittelte Bevölkerung einige 1000 Stück abseits von der allgemeinen Vorsorge, welche bisher versagt hat, zu beziehen in der Lage waren.

Ebenso ist eine reine Erfindung, daß der Magistrat einen großen Teil der vertraglich gelieferten Fettschweine in Kühlhäuser legt. Das gesamte Schweinefleisch wird sofort der minderbemittelten Bevölkerung zugeführt. Zurückgehalten sind nur ganz geringe Mengen von Schmalz und Speck, die für die Befestigung in den städtischen Krankenhäusern, Lazaretten, Hospitälern und anderen Wohlfahrtsanstalten unbedingt benötigt werden. Hat doch Berlin für die tägliche Verpflegung von mehr als 28 000 Personen zu sorgen.

Übrigens stellt sich für die laufende Woche die Anlieferung der Viehhändlerverbände noch ungünstiger als in der vorherigen. Während Berlin 2125 Rinder zu beanspruchen hat, sind in der laufenden Woche nur 1238 geliefert worden gegen 1658 in der Vorwoche. Die Zahl der Kälber hat sich etwa auf dem Durchschnitt der letzten Wochen gehalten, während die Schweine von 681 auf 921 gestiegen sind, eine gegenüber dem Normalfall von mehr als 10 000 Schweinen in keiner Weise ins Gewicht fallende Vermehrung.

Bestrafungen wegen Ueberschreitung der Höchstpreise.

Das Polizeipräsidentium teilt nachstehende Straffälle mit:

1. Kaufmann Georg Felzer, Charlottenburg, Kaiserdamm 118 wohnhaft, ist durch polizeiliche Strafverfügung vom 27. April 1916 wegen Uebertretung der §§ 2 und 3 der Verordnung der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin vom 28. Januar 1916 mit 5 Mark oder einem Tage Haft bestraft worden, weil seine Angekauften in seinem Geschäftslokal, Leipziger Str. 97/98, den Verkauf von Schlachtwurst ohne genügende Begründung verweigert hatten.

2. Gemüsehändlerin Luise Götzen, Berlin, Dennewitzstraße 85 wohnhaft, ist durch Strafbefehl des königlichen Amtsgerichts Charlottenburg vom 29. März 1916 wegen Vergehens gegen die Verordnung des Magistrats Charlottenburg vom 10. Februar 1916, betreffend Regelung der Kleinhandelspreise für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut mit 20 M. eventuell 4 Tagen Gefängnis bestraft worden, weil sie Mohrrüben zum Preise von 20 Pf. anstatt 11 Pf. für das Pfund verkauft hatte.

3. Gemüsehändlerin Frida Kuhn, hier, Dreifundstr. 1 wohnhaft, ist durch polizeiliche Strafverfügung vom 18. März 1916 wegen Uebertretung der §§ 1 und 3 der Verordnung der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin vom 28. Januar 1916 mit 3 M. ev. einem Tage Haft bestraft worden, weil die Preistafel im Verkaufskramme nicht sichtbar angebracht war.

4. Kolonialwarenhändlerin Ella Krüger geb. Böchel, hier, Oberwalder Str. 29 wohnhaft, ist durch polizeiliche Strafverfügung vom 19. April 1916 wegen Uebertretung der Verordnung der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin vom 28. Januar 1916 mit 10 M. ev. zwei Tagen Haft bestraft worden, weil sie die Abgabe von Zucker von dem gleichzeitigen Verkauf von Kaffee abhängig machte.

5. Verkäuferin Gertrud Kumborf, hier, Inghener Straße 118 wohnhaft, ist durch polizeiliche Strafverfügung vom 21. April 1916 wegen Uebertretung der Verordnung der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin vom 28. Januar 1916 mit 10 M. ev. zwei Tagen bestraft worden, weil sie Mehl nicht verabfolgte, obwohl sie solches noch besaß.

Bevorzugte Kunden.

Gestern mußten wieder die Käufer, die Butter haben wollten, stundenlang auf den Straßen stehen und viele bekamen nicht einmal welche. Was das Stehen bei der Hitze, wie sie gestern herrschte, besonders für schwache Frauen bedeutet, die zu Hause die Wirtschaft besorgen und meist auch noch arbeiten müssen, kann man sich denken. Man wird doch das Aufzucken unter den Frauen verstehen, wenn sie bemerken, daß andere ohne die Unbequemlichkeiten zu Butter gelangen. Und wird ein Fall mitgeteilt, der sich in dem Buttergeschäft „Zu den drei Kronen“ in der Blumenstraße (nahe der Alexanderstraße) gestern Abend abgespielt haben soll. Es ließ die Butter frei ausverkaufen. Die Frauen glaubten das nicht und ersuchten den dabeistehenden Polizeibeamten, nachzusehen, ob die Butter wirklich ausverkauft sei. Der Beamte fand keine. Nun suchten die Frauen aber selbst und fanden in einer Schüssel

versteht noch etwa 8 bis 10 Pfund abgewogen und eingepackt. Jetzt erklärte die eine Verkäuferin, die Butter sei bestellt und werde später abgeholt.

Die Frauen die sich Stundenlang im heißen Sonnenbrand hin- stellen, um schließlich doch mit leeren Händen davongehen zu müssen, sind mit Recht empört darüber, daß andere auf diese Art bevorzugt werden. Die Polizei sollte auch hierauf ihr Augenmerk richten, denn derartige Fälle sollen sich recht häufig ereignen.

Muß das jetzt sein?

Uns liegt eine polizeiliche Strafverfügung vor, nach welcher eine Frau in zwei Mark Strafe genommen wird, weil sie am Sonntag, den 30. April, nachmittags, auf dem straßenwärts gelegenen Balkon in der Jablonstrasse Wäsche zum Trocknen aufgehängt habe. Der Balkon ist vier Treppen hoch gelegen. Aufgehängt hatte die Frau drei Windeln zum Bleichen, die sie bei der jetzigen Seifenknappheit nicht so gründlich hat reinigen können, wie das sonst der Fall ist. Sollte es jetzt nicht wichtigere Aufgaben geben als die Befreiung einer solchen Bagatelle?

Nur im Dugend?

Die Fleischverkaufsstellen der Stadt Berlin halten auch Wurstkonzerben feil. Daß mal eine eben erst gekaufte Wurstkonzerbe sich als verdorben erweist, scheint nicht oft vorzukommen. Eine Leserin unseres Blattes, die mit einer Wurst Leberwurst das Pech hatte, forderte Zurücknahme der Ware. Die Verkaufsstelleninhaberin machte eine Kostprobe, fand die Wurst sauer und beständige: „Die ist nicht genießbar“. Aber zunächst wollte sie sich vergewissern, ob auch sie selber auf Erfolg zu rechnen hatte. Nach einigen Tagen erklärte sie der Käuferin, an der Lieferstelle wollte man die etwa verdorbenen Konzerben nur im Dugend zurücknehmen und ersetzen. Demnach hätte die Käuferin auf ihr Geld zu warten, bis bei dieser Verkaufsstelle das Dugend verdorbener Konzerben voll wird? Wer weiß, wie lange das dauert! Wenn hier vielleicht in jedem Monat nur ein Konzerbe als verdorben zurückgebracht wird, dann braucht's zum Dugend ein ganzes Jahr. So lange sollen wohl auch in der Verkaufsstelle die verdorbenen Konzerben verwahrt werden? Man muß geradezu ein Mißverständnis der Verkaufsstelleninhaberin annehmen. Den Schaden hat aber die auf ihr Geld wartende Käuferin.

Nicht ohne Ausweis reisen!

Diese Mahnung wird in folgender amtlicher Bekanntmachung den Reisenden dringend ans Herz gelegt: Bei der Kontrolle der Eisenbahn benutzenden Reisenden hat sich herausgestellt, daß etwa nur die Hälfte sich über ihre Persönlichkeit ausweisen konnte. Um sich Unannehmlichkeiten und Verzögerungen in der Durchführung der Reise zu ersparen, kann den Reisenden nur dringend empfohlen werden, stets irgend einen amtlichen Ausweis bei sich zu führen. Am sichersten ist zwar immer ein Paß, doch genügen auch andere amtliche Ausweise. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die für 50 Pf. erhältlichen Postausweise, die die Postanstalten des Reiches ausstellen. Wenn auch für Deutsche ein Zwang zur Mitführung solcher Ausweispapiere bei Reisen innerhalb des Reiches nicht besteht, so liegt es doch im eigenen Nutzen der Reisenden, sich einen solchen zu verschaffen und stets bei sich zu haben.

Verbot des Bestreichens der Brotlaibe mit Del.

Vom Kriegsausbruch für Del und Fett wird uns mitgeteilt: Durch die Bundesratsverordnung vom 1. Mai 1916 ist verboten, in gewerblichen Betrieben Brotlaibe vor dem Ausbacken mit Fett zu bestreichen. Diese Maßregel war notwendig geworden, weil immer noch in einzelnen Teilen Deutschlands die Brotlaibe vor dem Einziehen in den Backofen eines besseren Aussehens wegen mit Del oder Fett bestrichen wurden und auf diese Weise lösliche Rohmaterialien, die dem Volke zu Genusszwecken anderweitig zugänglich gemacht werden könnten, nutzlos verloren gingen.

Bereits vorher war in den meisten Gegenden Deutschlands ein Bestreichen der Brotlaibe mit Del nicht mehr üblich. Die Trennung untereinander und auch vom Backblech erfolgte meist mit sogenannten Streumehl, das in Deutschland von den verschiedenen Fabriken in einwandfreier Qualität in den Handel gebracht wurde. Die sämtlichen Militär- und Marinebehörden haben schon seit Kriegsbeginn die Verwendung von Del und Fett zum Bestreichen der Brotlaibe verboten. Die Bevölkerung, die bisher gewohnt war, Brot zu erhalten, das durch die äußere Verwendung von Del und Fett ein glänzendes Aussehen hatte, wird daher darauf aufmerksam gemacht, daß die Verwendung von Streumehl eine durchaus sachgemäße ist, und daß die notwendig gewordenen Änderungen in dem Backprozeß berücksichtigt werden muß. Nach der neuen Gesetzesbestimmung dürfen die Bäcker Brote, die in der bisherigen Weise gebacken waren, nicht mehr herstellen und verkaufen.

Abteilung für Seifenversorgung in Berlin.

Auf Grund der Bekanntmachung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschlösungen ist von der Preussischen Landeszentralbehörde der Magistrat für den Stadtkreis Berlin als die zuständige Behörde im Sinne der §§ 2, 3 und 6 der erwähnten Bekanntmachung bezeichnet worden. Zur Bearbeitung der Geschäfte ist eine besondere Abteilung für Seifenversorgung im Rathaus, Zimmer 62a und 62b eingerichtet worden. Nach der genannten Bekanntmachung sind dem Magistrat die folgenden Geschäfte überwiesen:

1. Die Erteilung der Ausweise an Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Zahnmechaniker, Hebammen und Krankenpfleger zur Verabreichung von Feinseife bis zum doppelten Betrage der vorgeschriebenen Menge;
 2. die Erteilung von Ausweisen an solche Wäschereien, die weniger als zehn Arbeiter beschäftigen, zum Bezug der zur Aufrechterhaltung des Betriebes erforderlichen Mengen an Waschlösungen;
 3. die Zuteilung von Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschlösungen an alle diejenigen Personen, die eine hierfür geeignete Vorkarte nicht besitzen.
- Für alle übrigen Fälle ist der Kriegsausbruch für pflanzliche und tierische Öle und Fette, S. m. b. G., in Berlin, unter den Linden 8a, zuständig. Für die an den Magistrat zu richtenden Anträge auf Erteilung von Ausweisen sind bei der oben genannten Geschäftsstelle im Rathaus Formulare zu beziehen. Ueber die Versorgung derjenigen Personen mit Seife, welche eine geeignete Vorkarte nicht besitzen, ergeht noch eine besondere Bekanntmachung.

Vorsicht beim Genuß von Norkeln. Aus den verschiedensten Ortschaften sind in diesen Tagen Vergiftungen infolge Genußes von Norkeln gemeldet worden. In Fürstentum und Hangelberg sind besonders zahlreiche Erkrankungen vorgekommen. Es werden von dort nicht weniger als 30 ernstliche Vergiftungsfälle gemeldet. Neueste Vorsicht beim Genuß dieser bisher als unschädlich angesehenen Pilze ist daher geboten.

Die Schlösser-Stiftung.

Von Herrn Dr. jur. Schlösser ist der Stadtgemeinde Berlin im Jahre 1892 ein Betrag von 100 000 M. zur Begründung einer Stiftung unter dem Namen „Auguste-Emilie-Schlösser-Stiftung“ überwiesen worden. Der Zweck der

Stiftung ist, aus den Zinserträgen des Kapitals bedürftigen Personen beiderlei Geschlechts ohne Ansehung der Religion Freistellen in den städtischen Heimstätten zu beschaffen. Personen, die der Wohlthaten dieser Stiftung teilhaftig werden wollen, haben ihre Gesuche an das Bureau der städtischen Heimstätten hier, Stralauer Str. 44/45, II. Hof 2 Treppen, unter Vorlegung eines ärztlichen Attestes über ihren Zustand nach einem bestimmten Formular, das von dem Bureau kostenfrei verabfolgt wird, zu richten oder dort mündlich anzubringen.

Wir bemerken hierbei, daß die Heimstätten den Zweck verfolgen, Personen nach einer überstandenen Krankheit oder zur Verhütung einer zu besorglichen Krankheit wieder schneller Wiedererlangung ihrer Erwerbsfähigkeit sowie Wöchnerinnen mit ihren Kindern aufzunehmen. Der Aufenthalt dabeilist also nur vorübergehend, auch werden bare Geldunterstützungen aus der Stiftung nicht gewährt.

Zweckverband und Dahlem.

Der Architekt Herr Hermann Janen teilt mit: „In der letzten Hauptversammlung des Zweckverbandes bemängelte der offizielle Berichterstatter, Herr Justizrat Sonnenfeld, bei dem Bebauungspläne Dahlem u. a. das in fiskalischem Interesse erfolgte Jurisdiktionsänderungen sämtlicher öffentlicher Gebäude auf Hinterland zwecks Erreichung einer erhöhten Ausnutzung der Straßengrundstücke für Privatgrundstücke, ferner die Verfümmelung der Straßenzüge durch öffentliche Grünflächen durch teilweise Bebauung mit privaten und monumentalen Bauten, die Verfümmelung der Straßenzüge. Herr Kommerzienrat Haberland nannte als Schöpfer des Planes neben Herrn Geheimrat Kallmann auch meinen Namen. Um einem Mißverständnis vorzubeugen, bemerke ich, daß ich lediglich die Grundidee für den Gesamtplan angab. Genannte auch von mir stets bedauerte Mängel sind nachträglich ohne mein Zutun und zum Teil gegen meine ausdrücklichen schriftlichen und mündlichen Einsprüche seitens der Geschäftsstelle Dahlem und ihrer technischen Vertreter, darunter Herr Geheimrat Kallmann, ausgeführt worden.“

Um einen Unglücksfall handelt es sich bei dem Sturz durch das Glasdach, über den wir dieser Tage berichteten. In der Kapelle der Neupostholländischen Gemeinde am Ostbahnhof fand der Wiener einen jungen Mann, der später als der 19 Jahre alte Arbeiter Franz Nerlich aus der Müddersdorfer Straße festgestellt wurde, in einer Blutlache tot vor dem Altar liegen. Es wurde zuerst angenommen, daß dieser bei einem Einbruch durch das Glasdach gefallen sei. Die Feststellungen der Kriminalpolizei haben jetzt unzweifelhaft ergeben, daß dies nicht der Fall ist. Der junge Mann ist das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Er war in einem Getreidegeschäft auf demselben Grundstück beschäftigt und hatte sich dort nachmittags entfernt, weil er infolge seiner Krankheit heftige innere Schmerzen hatte und in dem Gebäude ein Plätschen suchen wollte, um ganz für sich allein zu sein. Er kam hierbei auf das Glasdach, das als solches nicht zu erkennen war, weil es stark mit Staub bedeckt ist, brach durch und fand so den Tod.

Ausgesetzt? Vor dem Hause Schwedenstr. 19, an der Ecke der Exerzierstraße, stand gestern vormittag längere Zeit ein Kinderwagen mit einem etwa zwei Jahre alten Knaben. Es fiel auf, daß sich niemand um den Kleinen kümmerte, obwohl er unausgesetzt wimmerte. Alle Nachfragen und Erkundigungen nach der Eigentümerin des Wagens und der Mutter des Kindes blieben erfolglos, so daß sich die Polizei veranlaßt sah, sich des Kindes anzunehmen. Sie ließ es nach dem Waisenhaus bringen und legte die Nachforschungen nach der Mutter, bisher jedoch ohne Erfolg, fort.

Beim Baden ertrank ein gestern nachmittag der neun Jahre alte Sohn Herbert des Schneiders Widmer aus der Grützbürger Straße 10. Der Junge badete außerhalb der Badeanstalt im Weichen See. Plötzlich ging er unter und kam nicht wieder hoch. Der Bademeister Hoppe der Anstalt, der von dem Vorfall sofort Kenntnis erhielt, machte gleich Rettungsversuche. Es gelang ihm auch, den Knaben bald aus dem Wasser zu holen, jedoch blieben Wiederbelebungsbemühungen ohne Erfolg.

Einer Gadergung zum Opfer gefallen sind der 70 Jahre alte Tischler Wilhelm Wilhelm und seine Ehefrau Martha, die im Hause Admiralsstraße 30 wohnen. Da das Ehepaar seit Donnerstagabend nicht mehr gesehen worden war und aus der Wohnung heraus Gasgeruch drang, öffnete man und fand die alten Leute tot im Bett liegen. Der Gashahn der Zimmerlampe stand offen. Ein Selbstmord wird als ausgeschlossen erachtet; es wird vielmehr ein Unglücksfall angenommen. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht.

Für die arbeitende Jugend Berlins

Beginnen jetzt wieder Sommerspiele im Freien. Sie finden statt:

Moskott: Spielplatz an der Bremer Straße, Mittwoch und Freitag, 7-9 Uhr abends.

Wedding: Schillerpark (Rasenspielfeld), Mittwoch 6 bis 9 Uhr abends.

Geandbrunn und Rosenthaler Vorstadt: Humboldthain (Rasenspielfeld), Montag und Donnerstag 7-9 Uhr abends.

Schönhäuser und Kreuzauer Vorstadt: Am Falkplatz, Mittwoch 7-9 Uhr abends; Exerzierplatz, Schönhäuser Allee, Montag 7-9 Uhr abends.

Osten und Nordosten: Friedrichshain (Rasenspielfeld), Montag 7-9 Uhr abends, Mittwoch 7 1/2-9 1/2 Uhr abends.

Süden und Südosten: Treptower Park (Rasenspielfeld VII), Mittwoch von 7-9 Uhr abends, Sonntags von 2-8 Uhr nachmittags.

Westen und Südwesten: Tempelhofer Feld, Freitag 7-9 Uhr abends.

Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen werden auf die Spiele aufmerksam gemacht und zur Teilnahme freundlich eingeladen. Legitimationskarten, die zur Teilnahme an den Spielen berechtigten, werden allen Jugendlichen auf den Spielplätzen unentgeltlich ausgestellt.

Aus den Gemeinden.

Einführung von Lebensmittelkarten in Schöneberg.

Bei der nächsten Vorkartenteilung erhält jeder Schöneberger Einwohner eine Lebensmittelkarte, die durch abtrennbare Abschnitte in erster Linie die Verteilung von Fleisch und Fett in den Schöneberger Fleischläden vom 15. Mai ab regeln soll. Diese Abschnitte sollen dem Lebensmittelhändler die Befriedigung möglichst vieler Verbraucher in gleichmäßiger Weise begünstigen machen, da der Nachweis durch Abschnitte die Grundlage der Fleischverteilung durch die Gemeinde bilden wird. Bei der schwankenden Zufuhr ist die gleichmäßige Rationierung des einzelnen Abschnittes für einen längeren Zeitraum sehr schwierig; andererseits verlangt die wirksame Überwachung des Schlächters, daß der einzelne von ihm abgegebene Abschnitt jeweils den gleichen Wert hat. Die Schöneberger Lebensmittelkarte will diese Schwierigkeiten dadurch beseitigen, daß die Gültigkeitsdauer des gleichwertigen Abschnittes nicht im Voraus bestimmt ist, sondern daß ein Abschnitt nach dem anderen, je nach der Zufuhr und der Befriedigung und der Verbraucher durch öffentlichen Anschlag an den Schlächterläden aufgerufen wird.

Die Lebensmittelkarte enthält außerdem noch einen Abschnitt über ein halbes Pfund Hälftenstücke, deren Zuteilung gleichfalls in der nächsten Vorkartenteilung in Aussicht steht, ferner weist sie noch einige nur durch fortlaufende Buchstaben bezeichnete, sonst leere Felder für weitere, von der Stadt an die gesamte Bürgerschaft auszugebende Lebensmittel auf, bei deren Verteilung der Magistrat sich der Kleinhandelsgeschäfte bedienen will. An diesen Geschäften wird jeweils der betreffende Abschnitt durch Anschlag aufgerufen und so die Bürgerschaft am raschesten

Benachrichtigt. Der abzutrennende Abschnitt ermächtigt dem Kleinhandler den Nachweis über den Vertrieb der ihm übergebenen Ware und die Berücksichtigung der Bürgerschaft nach den Anweisungen des Magistrats. Der Umweg über die Prokominmission zur Erlangung von Hälftenfleisch und Fleischknochen, Speck- und Schmalzarten usw., der bisher von den Bürgern gegangen werden mußte, wird damit eripart.

Die Kontrolle der einzelnen Ladengeschäfte nach etwa verstedten Vorräten ist in Schöneberg seit Einführung der gemeinschaftlichen Fleischverteilung durch sachmännlich geübte Kontrollen bezügliche durchgeführt worden; sie wird auch weiter mit Entschiedenheit durchgeführt werden, damit vor dem 15. d. M. nicht etwa Vorräte zurückgehalten werden.

Die Geschäftszeit in den Neuköllner Freizeugeschäften.

Auf Wunsch der „Vereinigten Freizeute von Neukölln“ hatten wir vor einigen Tagen mitgeteilt, daß in der Sommerzeit die Freizeugeschäfte des Sonntags um 1 Uhr geschlossen werden. Gegen diesen Beschluß wendet sich nun in einer öffentlichen Erklärung der Vorstand der Neuköllner Zwangsinnung und teilt mit, daß die Geschäfte wie bisher bis 2 Uhr geöffnet sind.

Wir möchten unsere Leser ermahnen, in diesem Kompte um die verkürzte Geschäftszeit der Vereinigten Freizeute zu unterstützen, und sich vor 1 Uhr bedienen zu lassen.

Aus der Treptower Gemeindevertretung.

In der Sitzung vom 5. Mai nahm wiederum die Lebensmittellieferung einen breiten Raum der Verhandlungen ein. Unsere Genossen hatten eine Anfrage eingebracht über die Maßnahmen des Gemeindevorstandes zur Verhinderung des Höchstpreisüberreitens sowie über die Kontrolle des gemeindlichen Fleischverkaufes überhaupt, zum anderen über den zur Verhinderung freigegebenen Anteil. Sie begründeten die Anfrage mit den Vorgängen aus letzter Zeit und forderten, daß die mit dem Verkauf des Gemeinde zugewiesenen Fleisches betrauten Schlächtermeister sich den Käufern gegenüber unbedingt eines aufständigen Tones bedienen müßten und jede Erklärung zu vermeiden hätten, was bei einzelnen von ihnen leider nicht der Fall sei. Ebenso müßten sich aber auch die zur Aufsicht bei den verschiedenen Verläufen bestellten Gemeinbediener bemühen, daß sie zum Schutze des Publikums und der öffentlichen Interessen da seien. Als besonders dringend wurden auch Maßnahmen gefordert, das lange Anstehen vor den Läden zu vermeiden.

Der Bürgermeister sagte weitgehendste Berücksichtigung der Wünsche zu. Dazu hat er Höchstpreisüberreitungen, Zurückhaltung von Waren und sonstige Unregelmäßigkeiten der Gemeindebehörde ungenügend zur Kenntnis zu bringen, da nur dadurch schleunigste Abstellung möglich sei. Die Preiskontrolle könne in erster Linie durch das Publikum mit Hilfe der ausgehängten Preislisten erfolgen, außerdem sind die Gemeinbediener auf diesem Gebiete tätig. Anstände im Vertrieb haben sich bisher nur bei wenigen Verkäufern ergeben. Von den durch den Kreis zugewiesenen Schweinen dürfen laut Bestimmung bestimmte Teile, dabei auch ein Schädel pro Schwein, zu Wurst verarbeitet werden. Dieser Anteil beträgt ungefähr ein Viertel des Gesamtgewichts. Mehrfach durch den Gemeinde-Vorort vorgenommenen Hausdurchsuchungen haben Mißstände auf diesem Gebiete nicht ergeben. Die wenigen von der Regierung überwiesenen Schweine würden vollständig als Rohfleisch verkauft.

Um das lange Warten der Käuferinnen zu vermeiden, beabsichtigt der Gemeindevorstand eine Gruppeneinteilung der Lebensmittellieferanten. Danach werden bestimmte Käuferzahlen auf die einzelnen Tagesstunden eingeteilt. Von den Gemeinbedienten wurde hierzu die Berücksichtigung der tagsüber gewerkschaftlich beschäftigten Frauen gefordert. Eine weitere Verringerung erhofft der Gemeindevorstand von der Bildung eines Rates für die Lebensmittellieferung aus Bürgern, die am Tage die erforderliche Zeit opfern können, die Verteilung der Bestände zu regeln, den Verlauf zu überwachen und über Beschaffungen mit zu entscheiden. Die Gemeindevertretung stimmte dem Plane zu.

Für die Sonderkriegssteuer für ganz oder teilweise arbeitslose Legilarbeiter erhielt der Gemeindevorstand Bescheid, die von der Stadt Berlin zu beschließenden Maßnahmen auch auf Treptow anzuhängen. In Aussicht genommen sind Unterstützungsbeträge von 9, 17 und 25 Pf. für männliche, 13 und 20 Pf. für weibliche Personen, je nach Alter, für jede ausgefallene Arbeitsstunde. Verheiratete erhalten dazu einen Kinderzuschlag. Von den entstehenden Gesamtaufwendungen trägt die Gemeindekasse nur ein Fünftel bis ein Sechstel, das übrige tragen Arbeitgeber, Staat und Reich. Für die von der Gemeinde zu zahlenden Zuschüsse mußte einer Erhöhung, die insgesamt 21 000 M. betragen dürfte, zugestimmt werden. Weiter sollen zunächst sechs Pferde auf eigene Rechnung der Gemeinde eingestellt werden.

Regelung der Fleischversorgung in Friedrichsfelde.

Um die Fleischversorgung in geregelter Weise zu lenken, will die Gemeinde den Versuch machen, bei den Fleischern meistern eine sogenannte feste Kundschaft einzurichten. In diesem Zwecke hat sie angeordnet, daß die Vorkartenmittelsstücke der 63. Woche am Montag, den 8. Mai d. J., bei den Fleischern meistern abzugeben sind, wo jeder in nächster Zeit sein Fleisch zu kaufen gedenkt.

Infolgedessen hat jeder Haushaltungsvorstand dafür zu sorgen, daß die Vorkartennittelsstücke, unter Angabe des Namens, Verwes und der Wohnung, in voller Zahl pünktlich zur Abgabe gelangen, da andernfalls die Ausstellung einer Fleischkarte in Frage gestellt wird.

Neue Bestimmungen für den Potsdamer Lebensmittelhandel.

Die letzten Erfahrungen im Lebensmittelhandel haben den Potsdamer Magistrat veranlaßt, für den Bezug einiger Handelsartikel neue Bestimmungen zu erlassen, die von jetzt ab zur Anwendung kommen sollen. Eine der wichtigsten ist die Vermessung der Fleischmenge für den einzelnen Haushalt. Veranlassung zu diesem Vorgehen hat die Lattache gegeben, daß mehrere Schlächtermeister ihrer ständigen Kundschaft größere Quanten Fleisch ins Haus geschickt haben, als jetzt zu rechtfertigen ist. Um solche Güntingswirtschaft auszuwickeln, hat der Magistrat bestimmt, daß künftig nur jedem Haushalt ein Pfund Fleisch überlassen, daß nichts vorausbestellt und nichts zurückbehalten werden darf, daß von dem zur Verteilung bestimmten Fleisch keine Wurstwaren hergestellt werden dürfen und die ganzen Vorräte im Laden zu verkaufen sind.

Ähnlich wie beim Fleischverkauf haben sich auch beim Butterverkauf Änderungen der Bestimmungen und Einteilung als unabweislich herausgestellt. Die täglichen Butterlieferansammlungen sind trotz aller Wünsche der städtischen Verwaltung nicht beseitigt und in den letzten warmen Tagen bekam das Straßenbild noch eine neue Note. Die Frauen hatten sich Stühle und Sitzgelegenheiten mitgebracht und schützten sich durch aufgespannte Schirme vor der Sonnenglut. Um auch in der Butterversorgung Wandel zu schaffen, werden neue Anweisungen ausgegeben mit dem Vermerk des Wohnungsbezirkles. Für jeden Wohnungsbezirk wird ein bestimmter Tag für den Einkauf von Tafelbutter in den städtischen Verkaufsstellen vorgegeben. Jeder Haushalt weiß dann, wenn er sich mit Butter zu versorgen hat und man hofft, mit dieser Regelung die Straßenansammlungen zu beseitigen.

Parteiveranstaltungen.

Friedrichsfelde. Mitgliederversammlung am 10. Mai, abends 9 Uhr, bei Sudbrinl. Vortrag des Genossen Waldmann über „Lebensmittellieferung“. Vortrag des Genossen Juchmann über das „Rosenfest“.

Niederhohenschönhausen Nordend. Mittwoch, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Rottig, Blankenburger Str. 4 (Schwarzer Acker): Jahresgeneralversammlung. Bericht des Vorstandes und der Familienräte, Wahl des Vorstandes und der Funktionäre, Wahl von Delegierten, Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Donnerstag, den 11. Mai, abends 8¹/₂ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:
Vertrauensmänner-Versammlung.

Tagesordnung:
Bericht über die Feuererzeugzulagen.
Zu dieser Versammlung sind die Vertrauensleute, Druckereikassierer und die Delegierten zur Generalversammlung eingeladen.
Um pünktliches und vollständiges Erscheinen ersucht
Der Gauvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Kungestraße 30.

Branchen-Versammlungen:
Küchenmöbeltischler.
Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, Stralauer Brücke 3.
Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung.
2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Kistenmacher.
Montag, den 8. Mai, abends 7¹/₂ Uhr, in den Andreas-Festfalen, Andreasstr. 21.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern wegen der Feuererzeugzulage.
2. Branchenangelegenheiten.

Bergolder.
Dienstag, den 9. Mai, abends 6 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer 15, Saal 3:
Tagesordnung:
1. „Unsere nächsten Aufgaben in der Vertragsfrage.“
Referent: Gauvorsitzer Franz Stasche.
2. Branchenangelegenheiten.

Donnerstag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1:
Versammlung aller in den Innenbau-Betrieben beschäftigten Tischler, Maschinenarbeiter und Möbelpolierer.
Tagesordnung:
Die anhaltende Verzögerung und die Löhne in der Innenbau-Branche.

Donnerstag, den 25. Mai 1916, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4:
Ordentliche Generalversammlung.
Anträge zur Generalversammlung müssen bis zum 13. Mai an das Bureau eingereicht sein.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeullier
Ortsverwaltung Berlin.
Donnerstag, den 11. Mai 1916, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:
Ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftliches. 2. Bericht und Abrechnung vom 1. Quartal 1916. 3. Vortrag des Kollegen B. Blum über: „Unsere Organisation während der Kriegszeit“. 4. Bericht über den 157/18. Die Kollegen werden hiermit ersucht, recht zahlreich und pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Ohne Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte kein Eintritt.
Die Ortsverwaltung.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl. Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsondungen selbst. Amt Zentrum 7890.
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Spezialarzt
Dr. med. Wockentaß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8
Zurückgekehrt
Dr. Zadek
Oranienstraße Nr. 139 II. Teleph.: Moritzpl. 3630.

Bad Reinerz
Dr. Stern

Spezialarzt
für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Venenkrankheiten jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren, Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.
Spracht. 10-2, 5-9, Sonntag, 11-2.
Donnerstag nachts, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Zigarren.
Kronpr. 7/8, Hassler, 7/8, 7/30, Deutsch Sieg, 7/8, 7/30, Wachtl Rk 8/30, Dages-Zigaretten (24, 31, 7/8, 7/30).
Karl Heine, Berlin 11, Lindenstr. 47.

Möbel-Angebot.
Solche Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Rückvergütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten D. 3 an die Expedition des „Vorwärts“.
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Unserem Freunde, dem Buchbinder **Hermann Nissel** und seiner Ehefrau **Emilie**, geb. Nissel, Neust. Bergstr. 156, zum heutigen 50. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Berlin-Mariendorf und Umgegend.
Am Montag, den 15. Mai 1916, abends 6¹/₂ Uhr, im Lokal von Karl Wenschel, Berlin-Mariendorf, Chausseestr. 27:
Ordentliche Ausschuss-Sitzung der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Abnahme der Jahresrechnung für 1915.
3. Bericht des Rechnungsausschusses.
4. Herabsetzung der §§ 50 und 51 der Satzung.
5. Bericht über den 299/1. Einmalige Anträge oder Beschwerden, bei denen die Einzahlung in die Kassenkonten erforderlich ist, und spätestens bis zum 12. Mai cr. dem Vorstande schriftlich einzureichen.
Berlin-Mariendorf, den 6. Mai 1916.
Der Kassenvorstand.
K. u. G. Leib, Vorsitzender.

Bäckerei-Genossenschaft Charlottenburg u. Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bilanz per 31. Dezember 1915.

Waffen-Konto	1 652,90
Geld-Konto	633,50
Anteil-Konto H. E. G.	100,-
Sparen-Konto F.	147,20
B	160,-
Geld-Konto	53,-
Baren-Konto	2 206,94
Kassens-Konto	400,-
Bücherei-Konto	4 802,23
Kassa-Konto	6 510,10
	16 725,87

Im Laufe des Geschäftsjahres ist kein Genosse eingetreten und kein Genosse ausgeschieden. Am 31. Dezember 1915 betrug die Mitgliederzahl 18 und das Mitgliederbuch 540 M. Die Kassensumme von 540 M. hat sich nicht vermehrt und nicht vermindert. 100/4
Der Vorstand.
Hermann Siebig, Adolf Dietz.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel. Bezirk 305 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau **Henriette Richter** (Friedrichsholzer Str. 29) gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
214/3 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
2. Abt. Bez. 498.
Am Mittwoch, den 3. Mai, verstarb unser Genosse, der Quinmacher **Hermann Kruse** (Gieselerstr. 2).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 2¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Nordfriedhofes in Niederschönhausen, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
228/79 Der Vorstand.

Gesangverein Lerehe-Einigkeit (Hutmacher).
Am 3. Mai verstarb unser Sangesbruder **Hermann Kruse** (Ehrenmitglied).
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen lieben Freund, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 2¹/₂ Uhr, auf dem Nordfriedhof, Nordend, aus statt.
68/8 Der Vorstand.

Schwimmverein „Vorwärts“
Berlin 1897.
Wiederum haben wir die traurige Pflicht, den Mitgliedern den Bericht eines unserer Schwimmgossen **Paul Krebs** bekannt zu geben. Er fiel als Opfer des Weltkrieges.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Für sein Vaterland fiel bei einem Sturmangriff am 31. März 1916 unser lieber Kamerad, der Zimmerer **Albert Kopczynski**.
Rauchklub „Freie Allianz“
R. u. K. R. B.
Aufsicht und fern der Heimat bist Du von uns gegangen, Dein Bitten und Streben für die große, gemeinsame Sache wird unvergessen sein.

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefevre
Berlin S, Oranienstr. 158
Wunderbare Neuheiten, Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbettschöcken usw. in allen Stilarten.
Abgepaßte Dekorationen mit Quorböhang.
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko.

Stoffe
für feine Damen-Kostüme, Herren-Anzüge usw.
Mtr. 4,-, 6,-, 8,-, 10,-, 12,- M.
Tuch-Lager
Koch & Seeland G. m. b. H., Gertraudenstr. 20/21, gegenüber d. Petrikirche.

Kranzspenden sowie sämtliche **Blumenarrangements** liefert schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 60, Tel. Moritzpl. 7203.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel. Bezirk 305 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin, Frau **Henriette Richter** (Friedrichsholzer Str. 29) gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
214/3 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
2. Abt. Bez. 498.
Am Mittwoch, den 3. Mai, verstarb unser Genosse, der Quinmacher **Hermann Kruse** (Gieselerstr. 2).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 2¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Nordfriedhofes in Niederschönhausen, Nordend, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
228/79 Der Vorstand.

Gesangverein Lerehe-Einigkeit (Hutmacher).
Am 3. Mai verstarb unser Sangesbruder **Hermann Kruse** (Ehrenmitglied).
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen lieben Freund, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 2¹/₂ Uhr, auf dem Nordfriedhof, Nordend, aus statt.
68/8 Der Vorstand.

Schwimmverein „Vorwärts“
Berlin 1897.
Wiederum haben wir die traurige Pflicht, den Mitgliedern den Bericht eines unserer Schwimmgossen **Paul Krebs** bekannt zu geben. Er fiel als Opfer des Weltkrieges.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Für sein Vaterland fiel bei einem Sturmangriff am 31. März 1916 unser lieber Kamerad, der Zimmerer **Albert Kopczynski**.
Rauchklub „Freie Allianz“
R. u. K. R. B.
Aufsicht und fern der Heimat bist Du von uns gegangen, Dein Bitten und Streben für die große, gemeinsame Sache wird unvergessen sein.

Wiederum hat der Krieg einen unserer Mitarbeiter als Opfer gefordert. Am 23. April 1916 fiel auf dem Kriegsschauplatz im Alter von 31 Jahren **Richard Meinert** Buchbinder.
Ein Jahrzehnt hat er unseren Betriebe treu gedient und sich allgemeine Achtung und Zuneigung erworben. Wir werden ihm ein treues Gedenken bewahren.
Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstells Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Karl Eschenhorn** (Reichenberger Str. 123) im Alter von 59 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, nachmittags 1¹/₂ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
89/9 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechslerführer **Heinrich Schreiber** am 5. d. Mts. im Alter von 78 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Wohnung Fabelberger Str. 3, aus nach dem neuen Johannis-Kirchhof, Wilmersdorf, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
64/15 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Tapezierer. Filiale Berlin.
Auf dem Schlachtfeld fiel am 2. März 1916 unser Mitglied **Bruno Röhring** 26 Jahre alt.
Am 29. April 1916 verstarb unser Mitglied **Karl Thürling** 53 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!
178/4 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen (Kl. Versicherungsvereine) Verwaltungsstelle Berlin IV.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied Frau **Ida Habermann** (Ruhlsberger Str. 22) am 4. Mai verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Andreas-Kirchhofes in Wilmersdorf aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
283/14 Die Ortsverwaltung.

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. Ortsverwaltung Berlin.
Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß am Mittwoch unser langjähriges Mitglied **Hermann Kruse** 65 Jahre alt, nach kurzer Krankheit verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 2¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Nordfriedhofes in Nordend aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
76/6 Der Vorstand.

Als Opfer des Weltkrieges fiel auf dem westlichen Kriegsschauplatz am 25. April cr. mein innig geliebter Mann, Vater meines einzigen Sohnes, der Landsturmmann **Richard Meinert** im 31. Lebensjahre.
Dies zeigen an in diesem Schmerz im Namen aller Angehörigen
Fran Anna Meinert und Sohn.

Als Opfer des Weltkrieges fiel in den Kämpfen am 25. April 1916 unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Webermann **Georg Jaunich** im Alter von 30 Jahren.
Im Namen aller Hinterbliebenen
Julius Jaunich.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder, der Schlosser **August Heine** Burgsdorfer 3 am 3. Mai plötzlich gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, nachmittags 4¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Nordfriedhofes, Wilmersdorf, aus statt.
Dies zeigen heftig an
Die trauernden Eltern und Geschwister.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe und unvergessliche Frau, Schwieger- und Großmutter **Henriette Richter** am Freitag verstorben ist.
Um ihres Seelen willen
Mag Richter, Berlin O., Friedrichsrieder Straße 20.
Klara Gleich geb. Richter als Tochter.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus statt.

Wiederum hat der Krieg einen unserer Mitarbeiter als Opfer gefordert. Am 23. April 1916 fiel auf dem Kriegsschauplatz im Alter von 31 Jahren **Richard Meinert** Buchbinder.
Ein Jahrzehnt hat er unseren Betriebe treu gedient und sich allgemeine Achtung und Zuneigung erworben. Wir werden ihm ein treues Gedenken bewahren.
Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Anschläger **Karl Kummer** (Aderstraße 13) am 4. Mai gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, nachmittags 4¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in Pantom, Bollmannstraße 66, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
116/0 Die Ortsverwaltung.

Am 25. April 1916 (Geburts-tag) fiel als Opfer des Weltkrieges unser lieber Mitarbeiter, der Buchbinder **Richard Meinert** im Alter von 31 Jahren.
In ehrender Erinnerung wird ihn behalten
Das Personal der Vorwärts-Buchdruckerei.

Allen Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.

Allen Bekannten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere liebe Tochter und Schwiegermutter **Marie Mauritz** geb. Danrow nach kurzem Krankenlager am 3. Mai sanft entschlafen ist.
Dies zeigen heftig an
Alfred Mauritz als Gatte, jurzwei in Liebe.
Familie W. Danrow, Wilmersdorf.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Mai, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsholzer aus um 4 Uhr statt.



Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 31. März fiel beim Sturmangriff unser Genosse **222/3**
Bruder.
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 5. Berliner Reichstagswahlkr. AM. 1b.

Am 9. April fiel bei einem Sturmangriff
Erich Dendorfer
(Bankstr. 57, 18. Abteilung) im Alter von 22 Jahren.
Am 31. März fiel im Alter von 33 Jahren der Flammere
Albert Kopczynski
Drontheimer Str. 21, 19. Abt., Bez. 829a.

In einem Seegefecht fiel der Held
Paul Jesupeit
(27 Jahre alt) Goltzschstr. 10, 20. Abt., Bez. 825a.
Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkr.

Am Felde gefallen der Barbier
Adolf Baganz
Bismarckstr. 9, 24. Bezirk.

Am Felde fiel am 11. April der Arbeiter
Hermann Imman
Kaiser-Friedrich-Str. 32, 4. Bezirk.

Am Felde fiel am 31. März der Schlosser
Alfred Kürig
Dissastr. 34, 4. Bezirk.

Am Felde fiel der Bildhauermeister
Richard Marx
Weichselstr. 34, 4. Bezirk.
Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Durch einen Granatschuh fiel unser Genosse
Rudolf Kolberg
Denkstr. 27.

Bei den Kämpfen am 10. April fiel unser Genosse
Hans Wustermark
im 25. Lebensjahr.

Soziald. Wahlverein Niederbarnim, Bez. Pankow, Gruppe 10.

Gefallen
Max Udewenz
Schlosser, Treptow, Gracistr. 5.
Sozialdemokr. Wahlverein Treptow-Baumschulenweg.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 20. April 1916 unser Genosse,
der Schlosser
Paul Lilienthal
Semestr. 19, Gruppe 11, im Alter von 26 Jahren.
Sozialdemokr. Wahlv. Niederbarnim, Bez. Lichtenberg.

Am 17. April 1916 fiel unser Mitglied
Hermann Weber
Sozialdemokratischer Wahlverein Drowitz.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen
Kollegen.

Fritz Behrendt, Metallarbeiter,
geb. 25. 10. 1890 in Berlin.

Franz Bludau, Schlosser,
geb. 2. 7. 1885 in Spandau.

Otto Gabriel, Schlosser,
geb. 14. 10. 1877.

Karl Gieche, Metallarbeiter,
geb. 13. 10. 1884 in Wehensee.

Hermann Hartmann, Schlosser,
geb. 5. 11. 1895 in Berlin.

Max Hennig,
geb. 11. 12. 1884 in Knustwalde.

Gustav Hoffmann, Helfer,
geb. 2. 8. 1888 in Drossen.

Paul Josupeit, Schlosser,
geb. 22. 2. 1899 in Danzig.

Richard Klose, Klempner,
geb. 3. 3. 1888 in Strehlen.

Paul Klob, Klempner,
geb. 23. 3. 1891 in Berlin.

Ernst Koch, Metallarbeiter,
geb. 4. 4. 1890 in Berlin.

Paul Lehmann, Dreher,
geb. 16. 10. 1890 in Berlin.

Willi Lohmann, Dreher,
geb. 18. 10. 1892 in Berlin.

Friedrich Meier, Mechaniker,
geb. 12. 4. 1894 in Hannover.

Hugo Mohnsame, Schlosser,
geb. 25. 1. 1887 in Stalteinheim.

Karl Pietsch, Metallarbeiter,
geb. 17. 8. 1889 in Schöneberg.

Paul Reinhardt, Klempner,
geb. 3. 4. 1892 in Berlin.

Artur Röhmann, Dreher,
geb. 31. 10. 1881 in Berlin.

Artur Ruß, Schlosser,
geb. 5. 2. 1886 in Falkenberg.

Artur Rückwald, Dreher,
geb. 11. 1. 1895 in Randhof.

Paul Schmidt, Schlosser,
geb. 14. 1. 1895 in Blinowendorf.

Max Simke, Graveur,
geb. 27. 1. 1885 in Berlin.

Ehre ihrem Andenken!

116/5

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Als weitere Opfer des Weltkrieges verloren wir nachstehende
Kollegen:

Karl Lobdowski, Kartonnierer,
geb. 20. 8. 93 in Bielefeld.

Fritz Eckebrecht, Buchbinder,
geb. 7. 12. 89 in Berlin.

Bruno Klausch, Buchbinder,
geb. 23. 6. 95 in Berlin.

Bruno Bauer, Buchbinder,
geb. 6. 8. 92 in Berlin.

Max Hahn, Buchbinder,
geb. 20. 12. 79 in Berlin.

Karl Bünning, Buchbinder,
geb. 28. 6. 88 in Nordhausen.

Karl Nowak, Buchbinder,
geb. 8. 3. 90 in Nieder-Eggen.

Eugen Stiller, Buchbinder,
geb. 20. 9. 95 in Berlin.

Georg Herrmann, Buchbinder,
geb. 7. 2. 83 in Laß.

Richard Meinert, Buchbinder,
geb. 28. 4. 85 in Westhof.

Wir werden allen ein ehrendes Andenken bewahren!

23/15

Die Ortsverwaltung.

Turnverein „Fichte“ Berlin

Mitglied des



Arbeiter-Turnerbundes.

Wiederum haben wir folgende Turngenossen als Opfer
des Weltkrieges zu beklagen:

Richard Haake,	1. Männer-Abteilung.
Karl Glöckner,	2. " "
Fritz Uckley,	3. " "
Georg Goldmann,	3. " "
Max Demant,	4. " "
Rudold Schneider,	10. " "
Friedrich Bobeth,	11. " "
Oskar Förster,	11. " "
Hermann Hofsäß,	11. " "
W. Buick,	13. " "
Bruno Spethmann,	15. " "
Friedrich Henkel,	15. " "
Adolf Lehmann,	16. " "
Emil Giese,	17. " "
Albert Lange,	18. " "

Ehre ihrem Andenken!

185/8

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß folgende
Mitglieder im Felde gefallen sind:

Erich Kaselow, Bezirk 20

Adalbert Kopczynski, Bezirk 18

Otto Schulz, Bezirk 7.
(Lehler ist im Felde erkrankt und in der Heilanstalt verstorben.)

Ehre ihrem Andenken!

254/8

Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß folgende Kollegen auf dem
Schlachtfelde gefallen sind:

Johann Schemenz, 26. Revier-Inspekt.

Karl Hanne, Ruhlgarten.

Franz Springer, Kohlenplatz.

Hermann Krause, Desinfektion.

Otto Oese, 28. Revier-Inspekt.

Wir werden Ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

33/7

Die Ortsverwaltung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme
beim Heimzuge meines guten Mannes und Vaters

Otto Grundke

sagen wir hiermit unseren innigsten Dank. **209/15**
Eise Grundke geb. Günther
Ursula Grundke

Berlin N. 29, im Mai 1916.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

Johann Bronzkowski, Arbeitskutscher.

Friedrich Buchholz, Geschäftsdienner.

August Feindt, Geschäftsdienner.

Fritz Hähnlein, Industriearbeiter.

Otto Holland, Lagerarbeiter.

Karl Köhler, Geschäftsdienner.

Karl Koschel, Geschäftsdienner.

August Niemaks, Fensterputzer.

Ehre ihrem Andenken!

64/14

Die Bezirksleitung.

Durch den Weltkrieg jäh entzogen wurde uns unser braver, hoff-
nungsvoller Sohn und Stiefsohn, einziger geliebter Bruder, Stiefbruder
und Neffe

Erich Dendorfer

Grabenr. im Ref.-Inf.-Regt. 201
im blühenden Alter von 22 Jahren.

Er fiel am 9. April bei einem Sturmangriff.
In diesem Schmerz

Karl Leid und Frau **Anna Leid** verw. Dendorfer.
Walter Dendorfer, Gertrud Leid.
Joseph Dendorfer und Frau als Onkel und Tante.

Rein Blut gab Dir ein Leben,
Das schuf mir eine Welt;
Die hat mir Licht gegeben:
Neu war mein Tag erhellt.

O Kind, Du Blickst auf Erden,
Du lachst jung mein Blut:
Ich sah Dich mutig werden,
Du wuchst auch mir der Mut.

Legt alles nun zerschlagen,
Das Hellste zerschelt!
Lagt Euch von **W a r t e r n** sagen,
Was auslösch in der Welt!

Deine tiefgebeugte Mutter.
Schlaf wohl, geliebtes Bruderherz.
Du bleibst mir unersetzlich.
Dein zurückbleibender Bruder Walter.

Nach 17 Monaten langer Un-
gewißheit wurde mir die trauerige
Nachricht zuteil, daß mein lieber
Brüder, der Referent

Hermann Jandt

im Alter von 28 Jahren in Ge-
fangenschaft an schwerer Lungen-
entzündung am 17. Januar 1916
verstorben ist. **111/2**

Es trauert um Dich
Deine tiefbetäubte Braut
Emilie Bachmann.

Wäre jeder so wie er,
Gib' es weder Krieg noch Not,
Als Sohn des Volkes hat er
Getreu bis in den Tod.

Reicht sei Dir die fremde Erde!

Als Opfer des Weltkrieges starb
am 29. April 1916 im Lazarett
unser lieber Sohn und Bruder,
der Musikler

Erich Knopf

Inf.-Reg. 44, I. Komp. **170**

In seiner Trauer **170**
Wilhelm und Hedwig Bus,
als Eltern.

Elisabeth Knopf, als Schwester.
Walter und Willi Bus,
als Brüder.

Schöneberg, Rumpfenburgerstr. 9.
Ruhe sanft!

Als Opfer des Weltkrieges starb
durch einen Granatschuh am
30. April mein lieber Mann und
guter Bruder, der Landsturmmann

Kurt Pötschke

Referat-Inf.-Regt. Nr. 208,
im Alter von 35 Jahren.

In tiefem Schmerz
Frau **Gemma Pötschke**,
Herr **Arno Pötschke** als Bruder.
Wir werden Dich nie vergessen.

Als Opfer des Weltkrieges starb
durch Granatsplitter am 21. April
1916 unser lieber Sohn und Bruder,
der Pianist

Paul Reinhardt

4. Minenwerfer-Bataillon
im Alter von 24 Jahren.

Im tiefbetäubten Schmerz
Familie Reinhardt.

Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzsenden bei
der Beerdigung meines lieben Vaters
und guten Vaters **170**

Wilhelm Krüger

lagen wir allen, insbesondere dem
Genossen **Ubi** für die tröstlichen
Worte am Sarge sowie dem Schöne-
berger Frauenchor für den Grab-
gelang unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksgiving.

Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem, die meinem lieben Vaters,
unserem guten Vater das letzte Geleit
gegeben haben, sowie den verehrten
Genossen, welche uns mit Rat und
Tat so hilfreich beistanden, zumal
Herrn **Trinis** für die lebenswahren
Worte am Sarge des Entschlafenen,
Ihnen allen sagen wir unseren tief-
gefühltesten Dank. **113/4**

Elise Berta Pfaff

und Kinder.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
senden bei der Beerdigung unseres
lieben Sohnes, Bruders, Onkels und
Bräutigams **822/2**

Karl Langhorst

sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten, der Firma **Baruch** und Kol-
legen, dem **Kantzenverein** **Jimia**, **Spar-**
verein **Rote** **Stelle** und dem **Stoff-**
Freund **unseren** **innigsten** **Dank**
Wilhelm Langhorst
und Frau.